

# Sowi<sup>Pro</sup>

Sozialwissenschaftliche Lehrforschungsprojekte  
an der Georg-August-Universität Göttingen



BAND 05

## POLITISCHE TEILHABE

Beiträge eines studentischen Lehrforschungsprojekts

› Herausgegeben von Anke Freuwört

Die Schriftenreihe **SowiPro** dient der regelmäßigen Veröffentlichung aktueller Forschungsergebnisse aus studentischen Lehrforschungsprojekten der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. SowiPro repräsentiert vielfältige Arbeiten, die sich mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen beschäftigen und im Rahmen von forschungsorientierten Seminaren oder in Form von Abschlussarbeiten von Studierenden der Sozialwissenschaften bearbeitet wurden. Weitere Informationen zur Schriftenreihe und den Möglichkeiten der Veröffentlichung erhalten Sie unter:

> [koordination.basowi@uni-goettingen.de](mailto:koordination.basowi@uni-goettingen.de)

● **Herausgeberin:**

Anke Freuwört ([anke.freuwoert@uni-goettingen.de](mailto:anke.freuwoert@uni-goettingen.de))

● **Mit Beiträgen von:**

Marlene Kulla  
Melina Lindberg  
Lara Niemöller  
Mona Oppenheimer  
Frieda Tertelmann  
Jakob Willnow

● **Cover – Layout:**

Simon Reineke (2023)

● **Cover – Bild:**

Demonstration von Fridays for Future. Pixabay, Dominic Wunderlich

Die hier präsentierten Forschungsergebnisse entstanden während eines Lehrforschungsprojektes unter Leitung von Anke Freuwört im Wintersemester 2022/23 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.

Veröffentlichung mit freundlicher Unterstützung von Lara Niemöller.

# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung

**Politische Teilhabe erforschen – Eine Einführung ..... 1**

Anke Freuwört

## Organisierte Formen der politischen Partizipation

**Partizipation in Basisgewerkschaften – Akteurszentrierte Perspektiven auf  
anarchosyndikalistische Gewerkschaftstrukturen ..... 7**

Marlene Cäcilie Kulla

**Politische Partizipation von Jugendlichen im Göttinger Jugendparlament –  
Möglichkeiten und Grenzen ..... 22**

Mona Oppenheimer

**Motive, Ziele, Hürden – Politische Partizipation von Göttinger Jugendlichen im lokalen  
Jugendparlament ..... 38**

Melina Lindberg

## Unstrukturierte Formen der politischen Partizipation

**Postkoloniale Aufarbeitung in Göttingen– Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung  
Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen ..... 55**

Frieda Tertelmann

**Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen - und die  
Rolle des sozialen Umfelds ..... 74**

Jakob Willnow

**Die Hörsaalbesetzung des ZHG011 als Klimaprotestbewegung - Beteiligung und  
Motivation ..... 88**

Lara Niemöller

**Autor:innenverzeichnis ..... 102**

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Cluster.....	13
Abbildung 2: Aktivistische Verhüllung des Süd-West-Afrika Denkmals.....	59
Abbildung 3: Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen .....	63
Abbildung 4: Häufigkeit einzelner Kategorien im Verhältnis zu allen Kategorien.....	82
Abbildung 5: Kategorienhäufigkeit in Relation zu Gesamthäufigkeiten des Interviews in Prozent .....	96

# EINLEITUNG

---



## **Politische Teilhabe erforschen – Eine Einführung**

Anke Freuwört

Politische Teilhabe erforschen – das war der Titel eines Lehrforschungsprojektes im B.A. Sozialwissenschaften der Universität Göttingen im Wintersemester 2022/2023.

Die politische Teilhabe wird als Forschungsthema aufgegriffen, da diese in der Wissenschaft allgemein und je nach Disziplin ausschließlich unter spezifischen Gesichtspunkten und nur mit Hilfe spezifischer Methoden untersucht wird. So wird bspw. in der Politikwissenschaft das Wahlverhalten und das politische Interesse mittels quantitativer Methoden analysiert, während die Soziologie eher qualitativ nach den Beweggründen hinter Wahlentscheidungen und politischen Meinungsbildern forscht. Die Erziehungswissenschaft nimmt den Blick zusammen mit der Soziologie bezüglich der politischen Sozialisation ein usw. Untersucht werden hierzu vielfach Formen der formellen politischen Teilhabe, d. h. z. B. Wahlen zu den Kommunal-, Landtags- und Bundeswahlen oder die Mitgliedschaft in Parteien oder verschiedenen (Gewerkschafts-)Verbänden. Politische Partizipation wird im informellen Teilhabeprozess eher unter verschiedenen Protest- und Demonstrationsformen untersucht.

Wenig untersuchte Forschungsfelder eröffnen sich z. B. in der Migrationsforschung. Kaum Veröffentlichungen bestehen zu Migrant\*innenselbstorganisationen, die sich „als Akteure einer offenen und demokratischen Gesellschaft“ (Freuwört et al. 2021) verstehen und darüber politisch handeln. Das Oberthema der Lehrforschung ist auf einen Mangel der Thematisierung politischer Teilhabe in aktuellen politischen Zielsetzungen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen zurückzuführen (Freuwört 2023a). Nachhaltigkeit, die in der Regel durch die offizielle Beteiligung Vieler angestrebt wird, sich jedoch nicht in der formellen Beteiligung und Eröffnung von politisch-rechtlichen Möglichkeitsräumen wiederfindet.

## Politische Teilhabe erforschen

Für den vorliegenden Sammelband wird als politische Teilhabe der Zugang zu formellen wie auch informellen politischen Beteiligungsmöglichkeiten verstanden. Durch rechtliche Umstände werden diese Beteiligungsmöglichkeiten, die später als Partizipation aufgegriffen werden, gerahmt und reguliert. D. h., dass durch gesetzliche Vorschriften die Zugänge zu politischer Teilhabe fremdbestimmt werden. Als politische Partizipation wird in diesem Zusammenhang die Ausübung der politischen Rechte verstanden, die im formellen wie auch informellen erfolgen kann (Freuwört 2023b).

Im Bereich der formell politischen Partizipation gibt es Hürden über die Staatsbürgerschaft, den Wohnort und das Alter (z. B. zum Wahlrecht an Kommunal-, Landtags- und Bundeswahlen). Auch die informelle politische Partizipation erfährt Regularien, die ebenfalls über die Staatsbürgerschaft, Gruppenzugehörigkeit etc. bestimmt werden können.

## Das Lehrforschungsprojekt

Ziel des Forschungsprojektes war es, den Studierenden die im Studium erworbenen Fach- und Methodenkenntnisse z. B. in der Politikwissenschaft oder der Soziologie über die Fächergrenzen hinweg in interdisziplinär angelegten Lehrforschungsprojekten zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen zu erfassen, fachlich und methodologisch zu reflektieren und problemorientiert und partizipativ in Forschungsgruppen zu bearbeiten.

Die Einzigartigkeit des Lehrforschungsprojektes zeichnet sich sowohl durch die offene Struktur als auch durch die Mitgestaltung der Studierenden im Sinne des *forschungsorientierten Lernens* aus. Innerhalb eines Semesters haben die Studierenden eigenständig Forschungsprojekte entwickelt, durchgeführt und abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden in [wissenschaftlichen Postern](#) veröffentlicht.

Weiterführende Informationen über den Aufbau und Hintergrund der Lehrforschung „Politische Teilhabe erforschen“ sind in dem DVPW Blog zur Reihe „Herausragende Lehre in der deutschen Politikwissenschaft“ abrufbar.

Im Lehrforschungsprojekt haben insgesamt 15 Studierenden in sechs unterschiedlichen Forschungsgruppen zu selbst gewählten Aspekten der politischen Teilhabe geforscht. Hierzu wurde der Schwerpunkt in den einzelnen Gruppen verstärkt auf die informelle Partizipation gelegt. Unter verschiedenen rechtlichen Ausgangslagen wurde das Engagement von Jugendlichen, Studierenden und anderen Statusgruppen untersucht sowie verschiedene Partizipationsformen wie



Gewerkschaften, Hörsaalbesetzungen, Jugendparlamente und postkoloniale Gruppierungen in den Blick genommen. Während in der wissenschaftlichen Forschung eine vermehrt quantitative Perspektive auf die Erforschung von politischer Teilhabe eingenommen wird, haben die Forschungsprojekte einen qualitativen Ansatz verfolgt.

Der vorliegende Sammelband vereint einen Teil der Forschungsprojekte und stellt deren zentralen Ergebnisse heraus. Zur Würdigung der intensiven Arbeit der Studierenden werden die Beiträge des Sammelbands nachfolgend vorgestellt.

## Beiträge des Sammelbands

Der Sammelband gliedert sich in Beiträge zu organisierten wie auch zu unstrukturierten Formen der politischen Partizipation.

Die Studierende Marlene Cäcilie Kulla beschreibt in ihrem Beitrag *Partizipation in Basisgewerkschaften – Akteurszentrierte Perspektiven auf anarchosyndikalistische Gewerkschaftsstrukturen* Potenziale und Grenzen von Basisgewerkschaften. Über einen Blick in die Gewerkschaftsforschung, eine Bezugnahme auf Machtressourcenansätze und den „Labor Revitalization“ Ansatz baut die Autorin ihre eigene leitfadengestützte Interviewforschung auf. Die gewonnenen Daten wurden nach der Grounded Theory ausgewertet und geben Einblick in die Eignung der Gewerkschaftsform für atypische Beschäftigte.

Politische Jugendbeteiligung ist das zentrale Thema in Mona Oppenheimers Beitrag *Politische Partizipation von Jugendlichen im Göttinger Jugendparlament – Möglichkeiten und Grenzen*. Frau Oppenheimer bedient sich in ihrem Beitrag der Selbstbestimmungstheorie von Ryan und Deci, um die Möglichkeiten und Grenzen politischer Jugendbeteiligung zu analysieren. Die Daten wurden über leitfadengestützte Interviews erhoben und mittels der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Aus demselben Forschungsprojekt berichtet auch Melina Lindberg in ihrem Beitrag *Motive, Ziele, Hürden-Politische Partizipation von Göttinger Jugendlichen im lokalen Jugendparlament* über ein lokales Beispiel politischer Jugendbeteiligung. Mittels leitfadengestützter Interviews und der qualitativen Inhaltsanalyse wurden Daten in einem Jugendparlament erhoben. Die Ergebnisse werden unter Bezug auf Rational-Choice Theorien über eine allgemeine Unzufriedenheit der Jugendlichen, moralische und soziale Anreize wie auch die Wahrnehmung der eigenen politischen Wirksamkeit dargestellt.

## Politische Teilhabe erforschen

Postkoloniale Aufarbeitungsprozesse stehen im Interessenkonflikt zwischen Städten und lokalen Gruppierungen. Frieda Tertelmann greift dies in ihrem Beitrag *Postkoloniale Aufarbeitung in Göttingen– Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen* systematisch auf. Über die Postkolonialitätsforschung und mit Rückbezug auf die Theorie des kollektiven Gedächtnisses nach Torres wertet Frau Tertelmann selbstgewonnene Daten aus einer postkolonialen Gruppierung aus. Über die Grounded Theory werden wiederkehrende Probleme in einem Desinteresse an dekolonialer Aufarbeitung und unterschiedlichen Strukturproblemen aufgearbeitet.

Im Rahmen der Klimaprotestbewegung untersucht Jakob Willnow in seinem Beitrag *Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen - und die Rolle des sozialen Umfelds* die Hörsaalbesetzung der Universität Göttingen durch die Gruppe *End Fossil: Occupy! Göttingen*. Über die qualitative Inhaltsanalyse werden die über leitfadengestützte Interviews erhobenen Ergebnisse zunächst allgemein anhand des Kategorienschemas dargestellt. Einen Schwerpunkt der Auswertung legt Herr Willnow anschließend auf die Erklärbarkeit des sozialen Umfeldes für die politische Partizipation an Protestaktionen.

*Die Hörsaalbesetzung des ZHG011 als Klimaprotestbewegung - Beteiligung und Motivation* bildet den Beitrag von Lara Niemöller. Frau Niemöller untersucht ebenfalls eine Hörsaalbesetzung an der Universität Göttingen unter Bezug auf das Civic-Voluntarism-Modell von Verba et al. und das Konzept der partizipatorischen Lebenswelten von Frankenberger et al. Die Daten der Studie wurden über leitfadengestützte Interviews gewonnen und über die qualitative Inhaltsanalyse ausgewertet.

## Bibliographie

- Freuwört, Anke (2023a). Nachhaltigkeit ohne Wahlrechte? Wie sich Migrant\*innen politisch artikulieren. In: Monika Alisch/Manuela Westphal (Hg.). *Soziale Nachhaltigkeit in der (Post) Migrationsgesellschaft*. Leverkusen, Verlag Barbara Budrich.
- Freuwört, Anke (2023b). Politische Teilhabe – eine kritische Beurteilung von Zugängen für Zugewanderte und Geflüchtete. In: A. Delic/I. Kourtis/Olga Kytidou et al. (Hg.). *Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen? Kritische Positionierungen zu wissenschaftlichen und medialen Diskursen im Kontext von Flucht und Asyl*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 85–97.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2021). Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda-neue Handlungsspielräume? *Voluntaris-Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* 9 (1), 84–96.

# ORGANISIERTE FORMEN DER POLITISCHEN PARTIZIPATION

---

# **Partizipation in Basisgewerkschaften – Akteurszentrierte Perspektiven auf anarchosyndikalistische Gewerkschaftsstrukturen**

Marlene Cäcilie Kulla

## **Die basisdemokratische Gewerkschaftsstrategie**

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Arbeitsbedingungen drastisch verändert. Der Einsatz von Technologie und die Globalisierung der Wirtschaft haben dazu geführt, dass viele Arbeitnehmende mit unsicheren Arbeitsverhältnissen und prekären Beschäftigungsbedingungen konfrontiert sind. Diese Veränderungen der Arbeit haben es erschwert, dass sich Beschäftigte organisieren und ihre Rechte mittels traditioneller Gewerkschaften vertreten können. In diesem Kontext gewinnen neue, offenere Gewerkschaftsstrategien zunehmend an Bedeutung.

Eine Möglichkeit, diese Strategien umzusetzen, findet man in Basisgewerkschaften. Sie setzen sich für eine Beteiligung und Selbstorganisation der Arbeitnehmer:innen ein, indem sie der Organisierung eine demokratische Struktur und Entscheidungsfindung zugrunde legen. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag untersucht, welche Potentiale und Grenzen anarchosyndikalistische Gewerkschaftsstrukturen bieten, um daraus Implikationen abzuleiten, ob und für wen diese Gewerkschaftsstruktur besonders geeignet ist. Hierzu wurde ein semistrukturiertes qualitatives Interview mit einer gewerkschaftsnahen Person geführt, aus welchem mithilfe eines mehrstufigen Verfahrens Kategorien gefasst wurden, die verschiedene Eigenschaften der Basisgewerkschaft clustern. Insgesamt haben sich vier in sich geschlossene Potentiale und drei Cluster für Grenzen von Basisgewerkschaften herauskristallisiert, die in die weitere Forschung zu Lohnabhängigenmacht, insbesondere in prekären, schnelllebigen und vermarktlichten Branchen und Berufsgruppen, eingeordnet werden können.

Im weiteren Verlauf wird der Forschungsstand erläutert, das Forschungsdesign erklärt und die Ergebnisse des Interviews vorgestellt und diskutiert. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse in den Kontext der aktuellen Diskussionen um die Rolle von Gewerkschaften, ihre Bedeutung für die Arbeitswelt und auch in gesamtgesellschaftliche politische Anliegen eingeordnet werden.

### Paradigmenwechsel in der Gewerkschaftsforschung

Die postindustrielle Arbeitswelt hat die deutsche Gewerkschaftslandschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Nicht nur werden bisher gut organisierte Industriezweige (teilweise im Zuge einer Privatisierung) flächendeckend wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert (vgl. Ebbinghaus/ Göbel 2014: S. 211), sondern auch durch die Deindustrialisierung berufsständische Wertebindungen aufgelöst. Die Pluralisierung und Individualisierung der postindustriellen Arbeitswelt erschweren insgesamt die gewerkschaftliche Organisation (vgl. ebd. 2014: S. 211). Damit zusammenhängend wurden Gewerkschaften als „überalterte Reformbremser“ (Schmalz/ Dörre 2014: S. 233) wahrgenommen, was sich wiederum auch negativ auf die gewerkschaftliche Partizipation auswirkt. Aufgrund dieser Entwicklung wurden klassische Gewerkschaften bereits als Auslaufmodell diskutiert (vgl. Fischer 1997: S. 121-128).

In dieser pessimistischen Lage der Gewerkschaften keimt in der Forschungsliteratur um die Jahrtausendwende mit den *labor revitalization studies* (LRS) ein Paradigmenwechsel auf. Dieser Ansatz lehnt das Krisennarrativ ab und setzt sich stattdessen mit Anpassungsstrategien und Handlungsoptionen der Gewerkschaften auseinander (vgl. Brinkmann et al. 2008: S. 48–49). Der von Schmalz und Dörre (2014) weiterentwickelte Machtressourcenansatz reiht sich in die Tradition des LRS ein. Hier nennen die Autoren vier Ressourcen, die Lohnabhängige kollektivieren können, um im Weber'schen<sup>1</sup> Sinne Macht auszuüben. Die vier Ressourcen setzen sich dabei wie folgt zusammen: Die strukturelle Macht geht mit einer Störung des Betriebsablaufs einher, welcher ökonomische Einbußen nach sich zieht. Sie ist eine primäre Machtressource, da sie von den Lohnarbeitenden direkt genutzt werden kann. Die gesellschaftliche Macht profitiert von Kooperationen mit anderen sozialen Akteuren; dabei entfernt sich die Gewerkschaft von der rein betrieblichen Ebene und breitet sich auf gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung aus. Die Organisationsmacht meint einen Zusammenschluss der Akteure, welche als Kollektiv sowohl strukturelle wie auch gesellschaftliche Macht bündeln können. Die institutionelle Macht

---

<sup>1</sup> Webers Machtdefinition: „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Weber 1980: S. 28).

schlussendlich ist eine sekundäre Machtform, weil sie lediglich eine zeitweise Manifestation der anderen Machtformen ist. Damit sind z. B. Gesetze oder Zugeständnisse gemeint, die in ihrer Wirkung über einen unbestimmten Zeitraum hinweg die konfrontative Ausübung primärer Machtressourcen auf Eis legen. Schmalz und Dörre zeigen in diesem Werk auch, dass vor allem die Organisationsmacht, insbesondere die innere Kohäsion unter dem sozialstrukturellem Wandel der Arbeitswelt geschwächt wurde (vgl. Schmalz/ Dörre 2014: S. 226).

Auf die Wiederbelebung ebendieser Macht zielen die ebenfalls im Rahmen der LRS viel diskutierten *organizing*-Strategien ab: Die Autor:innen Brinkmann et al. (2008) konnten in einer ausführlichen Literaturlauswertung zeigen, „dass weit gefasste *organizing*-Ansätze zu einem wichtigen Bezugspunkt sowohl der praxisorientierten Gewerkschafts- als auch der internationalen wissenschaftlichen Debatte geworden sind“ (Brinkmann et al. 2008: S. 108). Der Begriff der weit gefassten *organizing*-Ansätze wird kontrastiv gesehen: Während die enge Version nur auf Ergänzungen zu den bestehenden Gewerkschaftsstrukturen beruht, sieht die weite Version eine fundamentale Änderung ebendieser Strukturen vor und reformiert das eigene Selbstverständnis grundlegend. Die weite Version bedeutet dabei eine inhaltliche Fokussierung gesellschaftlicher bzw. politischer Themen wie sozialer Gerechtigkeit (*political unionism*). Außerdem geht der Ansatz einher mit einem stärker auf die Gegebenheiten der Branche abgestimmten und konfrontativeren Arbeitskampf, einer kampagnenorientierten Praxis, einer auf Mitbestimmung ausgerichteten Mitgliederstruktur sowie einer Orientierung auf Bündnisse mit anderen Organisationen, die dieselben Ziele verfolgen (vgl. ebd. 2008: S. 108–110).

Ebendiese weit gefasste *organizing*-Strategie entspricht in vielem Punkten der Organisationsstruktur und den Zielen, welche sich die in Deutschland agierende anarchosyndikalistische Gewerkschaftsföderation FAU (Freie-Arbeiter\*innen-Union) selbst zuspricht. In den Grundsätzen der FAU findet man beispielsweise politische Zielsetzungen wie z. B. die „Überwindung des Kapitalismus“ (Prinzipien und Grundlagen der FAU — Freie Arbeiter\*innen-Union 2023: 1.3). Auch eine bündnisorientierte Zielverfolgung wird in den Grundsätzen festgeschrieben (ebd.: 1.1). Weiterhin heißt es zu den Arbeitskämpfen, dass diese möglichst unmittelbar und zugeschnitten auf die jeweilige Situation stattfinden (ebd.: 2.3) sowie durch primäre Machtressourcen in konfrontativer Weise durchgeführt werden (ebd.: 2.4). Mediale Aufmerksamkeit bekommen Basisgewerkschaften in jüngster Zeit vor allem, weil sie Berufsgruppen erreichen, die aus dem Raster der Einheits- und Industriegewerkschaften fallen. Die FAU schaffte es zum Beispiel erfolgreich

plattformvermittelte *Rider*<sup>2</sup> zu organisieren, welche vorher von den zuständigen DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) Gewerkschaften keine Unterstützung erhielten, weil sie dort als „nicht organisierbar“ galten (vgl. Heiland/ Schaupp 2020: S. 62). Basisgewerkschaften haben also nicht nur einige strategische Überschneidungen mit den *organizing*-Strategien der LRS, sie scheinen dabei auch noch bei den Beschäftigungsgruppen zu funktionieren, die eine mit der Entgrenzung der Arbeitswelt größer werdende gewerkschaftliche Organisationslücke darstellen. Man könnte sagen, Basisgewerkschaften inszenieren sich hier als Vorreiter der weit gefassten gewerkschaftlichen *organizing*-Strategie.

Die Mitgliedschaft in der FAU ist damit gleich auf zwei Ebenen ein spannendes Forschungsfeld im Bereich der politischen Partizipation: Zum einen, weil die gewerkschaftlichen Kämpfe der FAU-Basisgewerkschaft eine an entgrenzte Arbeitsbedingungen angepasste Art der gewerkschaftlichen Partizipation erschließen. Zum anderen, weil die Mitglieder der FAU nicht nur auf betrieblicher Ebene politisch handeln, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene fundamentale Änderungen der Gesellschaftsordnung wie eine Überwindung des Kapitalismus anstreben. Hier findet also auch eine zunehmende Entgrenzung zwischen betrieblicher und gesellschaftlicher/politischer Partizipation statt. Forschende, die sich mit Basisgewerkschaften in Deutschland auseinandergesetzt haben, haben sich dabei bisher auf konkrete Arbeitskämpfe fokussiert. Eine Forschungslücke ergibt sich bezüglich einer allgemeinen Erörterung und Untersuchung anarchosyndikalistischer Gewerkschaftsstrukturen in Deutschland.

### Methodischer Zugang

Aufgrund der Überschneidung mit den *organizing*-Strategien dem Mangel an einschlägigen Studien zu basisgewerkschaftlicher Partizipation in Deutschland befasst sich dieses Forschungsprojekt mit der grundlegenden Frage, welche Potentiale die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsstruktur bietet.

Der Fokus dieser Forschungsarbeit liegt in einer möglichst umfassenden Erfassung subjektiver Perspektiven und Motivationen gewerkschaftsnaher Personen, um explizit akteurszentrierte Anwendungsmöglichkeiten basisdemokratischer Gewerkschaftsstrukturen zu erfassen. Unter Annahme des interpretativen Forschungsparadigmas wird für dieses Forschungsprojekt davon ausgegangen, dass die soziale Wirklichkeit von den Akteuren interaktiv geschaffen wird (vgl. Rosenthal

---

<sup>2</sup> In der Gig Economy werden Menschen oft als *Rider* bezeichnet, wenn sie als selbständige Auftragnehmer für Online-Plattformen arbeiten, die Vermittlung von Dienstleistungen wie Essenslieferungen, Kurierdiensten oder Fahrdiensten anbieten.



2005: S. 15). Um einen Zugang zu dieser Wirklichkeit zu bekommen, sollen die subjektiven Erfahrungen der handelnden Akteure erfasst und interpretiert werden (ebd.). Es wird konkret davon ausgegangen, dass gewerkschaftsnahe Akteure gewerkschaftliche Arbeit in einem politischen und gesellschaftlichen Kontext erfahren und gestalten. Dessen Erfassung und Interpretation gibt weitere Aufschlüsse darüber, für welche Personengruppen die Gewerkschaft besonders geeignet ist und welche Potentiale und Grenzen gewerkschaftsnahe Akteure in ihrer politischen Partizipation erleben.

Das Forschungsfeld begrenzt sich auf die Perspektiven von Menschen, die sich in Basisgewerkschaften organisieren oder von der Basisgewerkschaft besonders angesprochen werden. Die geographische Eingrenzung der Erhebung beschränkt sich auf Basisgewerkschaften in Deutschland, konkret die FAU; allerdings wurden seitens der:des Interviewten teilweise auch Einblicke in Strategien der vergleichsweise stärkeren spanischen Schwestergewerkschaft *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) gegeben, an der sich die deutsche FAU teilweise organisatorisch orientiert. Die in diesem Kontext genannten Potentiale werden deshalb auch als mögliche zukünftige Potentiale der FAU genannt, aber explizit als solche gekennzeichnet, weil eine enge internationale Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Akteure eine Assimilation der möglichen Potentiale nahelegt. Die Erhebung ist zum Jahresende 2022 entstanden und adressiert vor allem nahe Zukunftsdiagnosen.

Um die individuellen Perspektiven und Erfahrungen in Verbindung mit anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsstrukturen zu erfahren, wurde für dieses Forschungsprojekt ein semistrukturiertes Interview mit einem aktiven Mitglied der Basisgewerkschaft geführt. Insgesamt zehn vorbereitete Fragen waren explizit auf akteurszentrierte Perspektiven gerichtet. Darunter waren sowohl Fragen, die auf subjektive Handlungsmotive der:des Interviewten abzielen, zum Beispiel „Welche Motive treiben dich an, dich ehrenamtlich in der Basisgewerkschaft zu beteiligen?“ sowie subjektübergreifende Fragen wie „Für welche Personen ist die FAU besonders geeignet?“. So konnte gewährleistet werden, dass trotz der kleinen Stichprobe ein möglichst breites Spektrum verschiedener Handlungsmotive Einzug in das Interview bekommen. Insgesamt waren die Fragen offen und erzählgenerierend formuliert, sodass explizit Erzählungen über das eigene Erleben der interviewten Person in den Vordergrund gerückt wurden.

Über ein Neumitgliedertreffen eines lokalen FAU-Syndikats ist ein erster Zugang entstanden. Der dort entstehende Kontakt führte zu einem aktiven Mitglied der FAU, dem aus verschiedenen Gründen nahegelegt werden kann, ein übergreifendes Verständnis über den Hintergrund basisdemokratischer Organisation

sowie über die Perspektiven verschiedener Personen mit unterschiedlichen soziodemographischen Hintergrund mitzubringen. Das Sample eignet sich also insbesondere, um einen Eindruck von der subjektiven Wahrnehmung basisgewerkschaftlicher Arbeit zu bekommen, die über die ganz individuelle Interessenvertretung hinausgeht. Es sei aber darauf hingewiesen, dass die dezentrale Struktur der FAU verschiedene lokale Syndikate ermöglicht, die sich in ihrer internen Struktur nennenswert voneinander unterscheiden können. Eine syndikatsübergreifende Verallgemeinerung der Ergebnisse ist deshalb nur sehr begrenzt möglich. Die Datengrundlage bildet ein 45-minütiges leitfadengestütztes Face-to-Face-Interview, welches mit Einverständnis der:s Interviewpartner:in mit einem Diktiergerät aufgezeichnet wurde. Alle Angaben, die auf die Person hinweisen, wurden in der Transkription anonymisiert und durch Pseudonyme ersetzt. Das Interview wurde wörtlich transkribiert, lediglich Füllwörter ohne inhaltliche Relevanz wurden zur besseren Lesbarkeit weggelassen.

Das Interviewmaterial wurde nach dem Analyseverfahren der Grounded Theory nach Strauß und Corbin (1990) in intern homogene und extern heterogene Antwortcluster geteilt, welche wahrgenommene Eigenschaften der Basisgewerkschaft abbilden. Dafür wurden die einzelnen Aussagen aus den Rohdaten erstmals mittels offener Kategorisierung in Codes und Kategorien formuliert, anschließend wurde in einem mehrstufigen Verfahren zwischen axialem, offenem und selektivem Kodieren gewechselt, um diese Codes in Beziehung zueinander zu stellen und übergeordnete Kategorien zu formulieren. Das Ergebnis sind vier positiv wahrgenommene Potentiale und drei wahrgenommene Grenzen basisgewerkschaftlicher Partizipation, die sich wiederum jeweils in zwei bis drei Unterpunkte untergliedern lassen.

Die folgende Kategorienbildung bildet damit sowohl positive als auch negative kontextbezogene Eindrücke der basisdemokratischen Organisation der FAU ab, diese können ergänzende Impulse für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dezentralen politischen Partizipationsmöglichkeiten sowie einer Einordnung der gesellschaftlichen Rolle basisdemokratischer Gewerkschaften bieten. Insbesondere die durch flexibilisierte Arbeitsbedingungen seit der Industrialisierung einhergehenden Probleme mit zentralisierten Gewerkschaftsstrukturen und die damit einhergehende Suche nach neuen Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Partizipation macht eine Theoriebildung zu Möglichkeiten und Eigenschaften dezentraler Partizipationsmöglichkeiten notwendig. Die hier gefundenen Distinktionsmerkmale können also eine weiterführende Grundlage für eine entsprechende Verallgemeinerung dezentraler und/oder basisdemokratischer politischer Partizipationsmöglichkeiten darstellen.

## Forschungsergebnisse aus der Basisgewerkschaft FAU

Die gefundenen Cluster lassen sich wie folgt darstellen und werden im weiteren Verlauf des Beitrags näher erläutert:

Potentiale	Handlungskompetenz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Agilität</li> <li>• Konfrontationsbereitschaft</li> </ul>
	Erweiterter Bezugsrahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klassen-Zusammenschluss</li> <li>• Internationalistische Ausrichtung</li> <li>• Politisch/Aktivistischer Anspruch</li> </ul>
	Mitgliedereinbindung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kooperative Teilhabe</li> <li>• Einbeziehen individueller Lebenslagen</li> </ul>
	Kompetenzaufbau	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtliche Kompetenzen</li> <li>• Soziale Kompetenzen</li> </ul>
Grenzen	Reichweite	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tariflich</li> <li>• Politisch</li> </ul>
	Mitgliederanforderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiative</li> <li>• Zeitliches Investment</li> </ul>
	Struktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Offene Agenda</li> <li>• Zielkonflikte</li> </ul>

Abbildung 1: Cluster © eigene Darstellung

## Potentiale

### Direkte Handlungsfähigkeit

Ein Potential der Basisgewerkschaft ist die direkte Handlungsfähigkeit. Diese Kategorie setzt sich dabei aus zwei Komponenten zusammen: Die *Agilität* und die *Konfliktbereitschaft*.

*Agilität* bezieht sich auf die Stärke, innerhalb kurzer Zeit flexible und individuelle Lösungen zu finden, was sich in prekären, insbesondere in kurzfristigen Arbeitsverhältnissen als sehr nützlich erweist. Weil die Beschäftigten in kurzfristigen, unsicheren Arbeitsverhältnissen keine langwierigen Aushandlungen austragen

## Partizipation in Basisgewerkschaften

können, wird hier agiles Handeln als Vorteil gesehen (vgl. T1: Z. 185–194). Zur Agilität gehört auch, dass jede:r unmittelbar die eigenen Arbeitsbedingungen adressieren kann, um so kleine Änderungen zu bewirken (vgl. T1: Z. 79–87).

Das Potential der *Konfliktbereitschaft* wird vor allem im Vergleich zu den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen der Industrie- und Einheitsgewerkschaften unter dem Dachverband DGB gesehen (vgl. T1: Z. 171–178 oder T1: Z. 194–204). Genau wie die Agilität wird auch die Konfliktbereitschaft besonders in prekären Branchen als wichtig empfunden, weil eine konfliktreiche Maßnahme „unmittelbar und relativ schnell wirksam ist“ (T1: Z. 197). Konfliktbereitschaft ist dabei nicht nur aus Sicht der (prekär) Beschäftigten vom Vorteil, sondern sorgt oft für viel Öffentlichkeit, welche auch externe Akteure mobilisiert und deshalb durchaus positiv wahrgenommen wird (vgl. T1: Z. 21–26).

Insgesamt wird den Basisgewerkschaften mit dieser Kategorie also zugesprochen, besonders für schnelllebige und flexible Arbeit zu funktionieren, weil sowohl die Arbeitskämpfe als auch zusätzliche gewerkschaftliche Angebote auf einen kurzfristigen und schnelllebigen Arbeitsmarkt optimiert sind. Das Potential ergibt sich hier also genau für die Berufsgruppen, die sonst als schwer organisierbar gelten.

## Erweiterter Bezugsrahmen

Ein weiteres Potential-Cluster ist der erweiterte Bezugsrahmen. Dieser setzt sich zusammen aus einem *Klassen-Zusammenschluss*, der *internationalistischen Ausrichtung* und nicht zuletzt einem *politischen/aktivistischen Anspruch*.

Der *Klassen-Zusammenschluss* ergibt sich als Potential, weil wiederholt, ausgehend von einem antagonistischen Weltbild, die Relevanz eines die ganze untere Klasse übergreifenden Zusammenschlusses genannt wird, um soziale Gerechtigkeit herzustellen (vgl. T1: Z. 11–13 und T1: Z. 55–60).

Aus ähnlichem Grund wird auch die *internationalistische Ausrichtung* der Basisgewerkschaft als Potential genannt. Der Punkt wird als besonders wichtig erfahren, weil gewerkschaftliche Organisation, die an Ländergrenzen aufhört, als langfristig nicht erfolgreich wahrgenommen wird (vgl. T1: Z. 175–184).

Der *politisch/aktivistische Anspruch* ergibt sich zum einen daraus, mit der Partizipation in der Basisgewerkschaft etwas bewirken zu können und andere Personen in ihren betrieblichen Konflikten zu unterstützen (vgl. T1: Z. 74–77). Im Zusammenhang mit diesem Punkt wird insbesondere ein antirassistisches Engagement genannt (vgl. T1: Z. 90–96 und T1: Z. 277–281). Außerdem zeigt die Basisgewerkschaft die Bereitschaft, auch politische Forderungen in Tarifverhandlungen mit einzubeziehen (vgl. T1: Z. 206–216). Der Anspruch, nicht nur

betriebliche Angelegenheiten zu verhandeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Probleme zu thematisieren, hängt damit zusammen, dass ökonomischer Druck als essenziell verstanden wird, um gesellschaftliche Probleme politisch anzugehen (vgl. T1: Z. 239–244).

Der erweiterte Bezugsrahmen basisdemokratischer Gewerkschaften ist also insbesondere ein Potential, was die Entgrenzung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeit in den Blick nimmt. Da die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu großen Teilen mit gesellschaftlichen Ungleichheiten und als politisch wahrgenommenen Problemen in Verbindung gesetzt wird, wird hier auch ein Anknüpfungspunkt gesehen, sich aktivistisch mit diesen Problemen auseinanderzusetzen.

### Mitgliedereinbindung

Die Mitgliedereinbindung ist das Kernprinzip der basisdemokratischen Gewerkschaft und wird auch aus verschiedenen Perspektiven als Potential gesehen. Dazu gehören die *kooperative Teilhabe* und die *Einbeziehung individueller Lebenslagen*.

Der Kern des Potentials der *kooperativen Teilhabe* ist die gemeinsame Handlungsebene: „Erstmal finde ich, es ist ein Wert an sich sozusagen, dass man eine Organisation aufbaut, bei der Leute wirklich auf Augenhöhe eben gemeinsam die Dinge in die Hand nehmen“ (T1: Z. 170–171). Dazu gehört auch die Möglichkeit, jedes Gewerkschaftsmitglied einmal direkt anzusprechen und einen persönlichen Kontakt herzustellen (vgl. T1: Z. 317–321). Insbesondere ist es dabei ein Grund, sich für die FAU als Gewerkschaft zu entscheiden, dass man sich dort aufgrund der flachen Hierarchie nicht bevormundet fühlt (vgl. T1: Z. 60–70). Die Gewerkschaft bietet deshalb auch vor allem für diejenigen Potentiale, die selbst aktiv werden und eigene Handlungsmöglichkeiten lernen wollen. Genau hier ist die Struktur vom Vorteil, weil die direkte Teilhabe niedrigschwellig ist und ohne ein besonderes Amt gewährleistet wird (vgl. T1: Z. 269–276). Mehr Beteiligungsmöglichkeiten wirken dem Dienstleister-Prinzip entgegen (vgl. T1: Z. 362–370), sodass die Mitglieder die Gewerkschaft mehr „als ihr verstehen“ (T1: Z. 386). Es lässt sich argumentieren, dass diese Einbringung demnach *internes organizing*, also die Partizipation derer, die bereits Mitglied sind, erhöhen. Aber auch das *externe organizing*, also die Neumitgliederanwerbung wird erhöht, weil die Mitglieder die selbst begeistert von den Konzepten der Gewerkschaft sind und hinter dem Projekten stehen, diese Einstellung auch nach außen tragen und auf ihr Umfeld übertragen (vgl. T1: Z. 337–340 und Z. 354–355).

Der zweite Aspekt der Mitgliedereinbindung ist die *Einbeziehung individueller Lebenslagen*. Die Basisgewerkschaft hat das Potential auf die ganz konkreten

## Partizipation in Basisgewerkschaften

Bedürfnisse und Lebenslagen der Mitglieder einzugehen. Zum Beispiel kann eine gewerkschaftliche Kinderbetreuung dem Beispiel der spanischen Basisgewerkschaft CNT (*Confederación Nacional del Trabajo*) folgend, es Müttern einfacher machen, zu Gewerkschaftstreffen zu kommen (vgl. T1: Z. 223–228 und Z. 392–396 und Z. 408–409). Auch eine gewerkschaftliche Jobbörse kann die Lebensrealität in kurzfristigen Branchen mit häufigem Jobwechsel gut aufgreifen (vgl. T1: Z. 235–241 und Z. 388–392). Außerdem können die Mitglieder sich je nach Lebenslage und individuellen Bedürfnissen mal mehr oder mal weniger aktiv organisieren (vgl. T1: Z. 251–254). Insgesamt bietet die Organisationsstruktur also eine kooperative Teilhabe, die besonders in aktivistischen Kreisen sehr geschätzt wird, nicht zuletzt, weil die Organisation versucht, insbesondere auch familiäre, prekäre oder volatile Lebensbedingungen mitzudenken und aktiv in die Partizipationsstrukturen einzubeziehen.

## Kompetenzaufbau

Ein weiteres wahrgenommenes Potential der Basisgewerkschaft ist der Kompetenzaufbau, der sich zum einen auf rechtliche Kompetenzen und zum anderen auf soziale Kompetenzen erstreckt: Durch die Teilnahme und Partizipation in der Basisgruppe gibt es für Gewerkschaftsmitglieder viele Weiterbildungsmöglichkeiten rund um das Thema Arbeitsrecht (vgl. T1: Z. 48–49), insbesondere die praktische Anwendung dieser Kompetenzen wird dabei als positiv und lehrreich erfahren (vgl. T1: Z. 70–74 und T1: Z. 327–329). Dazu kommen die sozialen Kompetenzen, insbesondere Mediation, Moderation, Selbst- und Gruppenwirksamkeit (vgl. T1: Z. 342–330). Insgesamt werden den einzelnen Mitgliedern Werkzeuge für eine erfolgreich gesellschaftliche, politische und gewerkschaftliche Partizipation selbst an die Hand gegeben. Dies ermöglicht eine Ermächtigung der politischen Fähigkeiten und langfristig die Unabhängigkeit einer dezentralen Basis.

## Grenzen

### Anforderungen

Bei allen genannten Vorteilen stößt die Struktur der FAU für die Akteure auch auf Grenzen. Eine wahrgenommene Grenze der Basisgewerkschaft liegt in den Anforderungen. Dieses Cluster setzt sich zum einen aus der geforderten Initiative und zum anderen aus dem geforderten zeitlichen Investment zusammen.

Insbesondere, dass viele Personen sich weniger mit ihrer Arbeit und dem damit eingehenden gesellschaftlichen Status identifizieren, sorgt dafür, dass ebendiese

Personen weniger Initiative für gewerkschaftliche Partizipation aufbringen (vgl. T1: Z. 378–380). Auch die zeitliche Investition in die gewerkschaftliche Arbeit ist eine Anforderung, die eine Partizipation begrenzt (vgl. T1: Z. 378–379). Die organisatorische Arbeit wird auch außerhalb eigener Arbeitskämpfe in der FAU in der Regel unentgeltlich gemacht. Das gewerkschaftliche Projekt steht und fällt also mit der ehrenamtlichen politischen Arbeit der aktiven Mitglieder, worin auch eine Grenze des Wachstums gesehen wird (vgl. T1: Z. 120–129). Gerade Menschen, die Gewerkschaften als Dienstleister verstehen, fühlen sich von diesem partizipatorischen Modell nicht angesprochen (vgl. T1: Z. 371–376). Die Organisation fordert somit insgesamt mehr Engagement von den Mitgliedern als die traditionellen Gewerkschaften. Eine Wahl dieses Gewerkschaftsmodells geht deshalb oft mit größerer Eigeninitiative und (zeitlichen) Mehraufwand einher. Selbst wenn Motivation vorhanden ist, fehlt es vielen Personen neben der Erwerbsarbeit trotzdem gänzlich an zeitlichen Ressourcen für diese Art der Partizipation. Eine passive Mitgliedschaft ist zwar möglich (vgl. T1: Z. 251–254), würde aber in dieser Gewerkschaftsstruktur wahrscheinlich nur wenig Vorteile für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit bedeuten, da diese insbesondere von aktiven Mitgliedern getragen wird.

### Struktur

Eine weitere Grenze der Basisgewerkschaft ist dessen Struktur. Dieser Punkt lässt sich in die offene Agenda und Zielkonflikte gliedern: Zum einen wird das Problem genannt, dass einige Syndikate keine klare Agenda haben, die einen stringenten Arbeitsablauf ermöglichen. Insbesondere für neue Mitglieder kann das Probleme für die Einbindung und Orientierung bedeuten (vgl. T1: Z. 40–44). Damit einhergehend sind auch Zielkonflikte innerhalb der Gewerkschaft eine Grenze, insbesondere wird hier der Konflikt zwischen einer Ausrichtung auf reale Arbeitskämpfe und der Ausrichtung auf anarchistische Ideen genannt (vgl. T1: Z. 261–271).

Eine Fokussierung auf theoriegeladene Aushandlungen innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen kann demnach schnell die praxisbezogene Umsetzung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe in den Hintergrund verlagern. Langfristig können sich so interne Dynamiken verstärken, die eine gewerkschaftliche Partizipation in bestimmten Syndikaten deutlich erschweren.

### Reichweite

Die dritte Grenze von Basisgewerkschaften ist die Reichweite. Diese ergibt sich auf der einen Seite aus geringer tariflicher Reichweite und auf der anderen Seite aus geringer politischer Reichweite, wobei beide Effekte sich gegenseitig bedingen.

In der basisgewerkschaftlichen Tariffähigkeit werden zwei zirkelförmige Probleme wahrgenommen: Auf der einen Seite wird die tarifliche Reichweite deshalb begrenzt, weil die Individuen sich bei der Wahl einer Gewerkschaft an der Tariffmacht orientieren, weshalb es für Gewerkschaften wie der FAU, ohne viel Tariffmacht höchstproblematisch ist, eine Mitgliederbasis zu generieren (vgl. T1: Z. 133–140 und T1: Z. 204–206). Damit einhergehend bedingt die vergleichsweise sehr geringe Mitgliederzahl auch den Maßstab und damit die öffentliche Wahrnehmung der direkten Aktionen, was wiederum reziprok auf die Mitgliederzahlen wirkt (vgl. T1: Z. 112–124). Insbesondere bei Menschen in Großbetrieben und/oder Personen, die explizit auf einen Tarifvertrag aus sind, stößt die Organisationsstrategie der FAU hier an ihre Grenzen (vgl. T1: Z. 254–256).

Mit der kleinen Mitgliederbasis einhergehend kommt nicht nur die Tariffähigkeit, sondern auch die politische Reichweite an ihre Grenzen. Politische Kämpfe mit gesamtgesellschaftlicher Tragweite werden eher in mitgliedstarken Gewerkschaften ausgehandelt. Exemplarisch dafür wurden die durch großflächige Verhandlungen im Krankenhaus verbreiteten politischen Debatten zu Care-Arbeit genannt, die durch die Gewerkschaft *ver.di* angestoßen wurden (vgl. T1: Z. 151–160). Insbesondere wird Massenorganisation und eine starke Streikfähigkeit in aktuellen politischen Anliegen wie dem Klimastreik als sehr wichtig empfunden, worin derzeit eine Grenze der Basisgewerkschaft liegt (vgl. T1: Z. 239–244).

### Implikationen und Aussichten

Insgesamt haben sich aus Mitgliederperspektive vier Potentialcluster für die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsstruktur gezeigt: (1) Die flexible, individuelle und konfrontative Handlungskompetenz zeigt besondere Stärke in der Organisation schnelllebiger und individualisierter Arbeitnehmer:innengruppen, die bisher oft Probleme in der gewerkschaftlichen Partizipation hatten. (2) Der erweiterte Bezugsrahmen hebt den Handlungshorizont von innerbetrieblichen Verbesserungsversuchen auf gesamtgesellschaftliche und internationale politische Ansprüche an soziale Gerechtigkeit. (3) Die starke Mitgliedereinbindung begünstigt internes wie externes *organizing*. Mitglieder haben mehr Möglichkeiten, sich in die Gewerkschaft einzubinden, eigene Ideen einzubringen und zu erkämpfen, was sich auf eine personalisierte Gestaltung der Organisation auswirkt. (4) Auch ist es den



Mitgliedern möglich, selbst sowohl arbeitsrechtliche wie auch soziale Kompetenzen aufzubauen, was diese langfristig unabhängig von zentralistischen Strukturen macht.

Jedes dieser vier verschiedenen Potentiale führt in der Konsequenz auf die eine oder andere Weise zu einer verstärkten Emanzipation und Selbstermächtigung der Mitgliederbasis. Aus diesem Empowerment der Basis lassen sich zwei mögliche Konsequenzen schlussfolgern: Zum einen lässt sich argumentieren, dass diese Emanzipation der Basis über das Ausspielen primärer Machtressourcen auch die darauf aufbauende sekundäre Machtressource stabilisiert. Andersgesagt kann eine Wiederfokussierung auf strukturelle und gesellschaftliche Machtressourcen nach Schmalz und Dörre (2014) die darauf aufbauende institutionelle Macht (2014) und damit auch die Lohnabhängigenmacht insgesamt stärken und stabilisieren. Außerdem liegt es nahe, dass durch die Emanzipation der Basis die Machtressourcen dezentralisiert werden, was zentrale Ausfallfaktoren und Angriffsfläche minimiert und damit die gewerkschaftliche Struktur insgesamt stabilisiert. Ein zentrales übergreifendes Potential der Basisgewerkschaft könnte nach dieser Schlussfolgerung eine Stabilisierung der allgemeinen Lohnabhängigenmacht sein.

Dabei sollte allerdings nicht aus den Augen verloren werden, dass die Zielgruppe der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft auf zwei Ebenen anzutreffen ist: Auf der Betriebsebene ist die Basisgewerkschaft besonders für Personen geeignet, die in schnelllebigen, prekären, flexibilisierten oder vermarktlichten Branchen arbeiten. Auf der persönlichen Ebene ist die FAU dagegen besonders für Personen mit hohem politischem Interesse geeignet, welche bereit sind, aktiv zu werden und Initiative sowie zeitliches Investment mitbringen. Durch diese zweite Dimension wird die direkte Mitgliederzielgruppe der FAU auf eine deutlich kleinere Schnittmenge reduziert, was einer Massenorganisation und jeglicher großflächigen Tariffähigkeit im Weg steht.

Zusammenfassend lässt sich aus den Ergebnissen dieser Erhebung festhalten, dass die Basisgewerkschaft verschiedene Potentiale bietet, welche alle eine Emanzipation der Gewerkschaftsmitglieder fördern. Insbesondere in agilen, schnelllebigen und entgrenzten Branchen kann dies besonders vorteilhaft sein. Es lässt sich argumentieren, dass die Basisgewerkschaft deshalb ein wichtiges Standbein in der deutschen Gewerkschaftslandschaft ist und die Lohnabhängigenmacht insgesamt stabilisieren kann. Basisgewerkschaften bieten Raum für politisches und aktivistisches Engagement, sind aber auch auf dieses angewiesen was in Verbindung mit Zielkonflikten ebenso eine Grenze der Ausbreitung und Handlungsmöglichkeiten basisdemokratischer Strukturen darstellt.

## Partizipation in Basisgewerkschaften

Die Basisgewerkschaft ist deshalb zunächst nur als Ergänzung anderer Gewerkschafts- und Partizipationsformen zu denken. Eine relevante Forschungslücke in diesem Zusammenhang ist insbesondere die Beschäftigung mit gewerkschaftlichen Perspektiven von Menschen, die (zeitweise) ohne Lohnarbeitsverhältnis arbeiten, z.B. Mütter, Arbeitslose, Schüler:innen und Studierende sowie Solo- und Scheinselbstständige, welche Anlass für weitere Forschung bieten.

## Bibliographie

- Brinkmann, U.; Choi, H.-L.; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008). *Strategic unionism: aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms* (1. Aufl.). Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ebbinghaus, B.; Göbel, C. (2014). Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften. In: W. Schroeder (Hg.), *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 207–239.
- Fischer, P. (1997). *Arbeiten im virtuellen Zeitalter. Den Arbeitsplatz neu denken*. Wiesbaden: Springer.
- Heiland, H.; Schaupp, S. (2020). Digitale Atomisierung oder neue Arbeitskämpfe? Widerständige Solidaritätskulturen in der plattformvermittelten Kurierarbeit. *Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 9 (2), S. 50-67.
- Prinzipien und Grundlagen der FAU — Freie Arbeiter\*innen-Union. (2023, 15. Februar). <https://www.fau.org/gewerkschaft/prinzipien-und-grundlagen-der-fau> Zugegriffen: 15. Februar 2023.
- Rosenthal, G. (2015). *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. 5. Aufl. Weinheim, Beltz Juventa.
- Schmalz, S.; Dörre, K. (2014). Der Machtressourcenansatz. Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. *Industrielle Beziehungen* 21 (3), S. 217-23. <https://www.budrich-journals.de/index.php/indbez/article/view/27088>
- Strauss, A.; Corbin, J. (1990). *Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques*. Newbury Park, CA, Sage Publications, Inc.
- Weber, M. (1980). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie* 5., rev. Aufl., Nachdruck., Studienausgabe. Tübingen, Mohr.

# **Politische Partizipation von Jugendlichen im Göttinger Jugendparlament – Möglichkeiten und Grenzen**

Mona Oppenheimer

## **Demokratie durch Jugendliche**

In der deutschen Gesellschaft und dem politischen System der Demokratie bildet die Beteiligung aller Bürger:innen an politischen Entscheidungen ein Grundprinzip für dessen Fortbestand. Das Ausmaß der politischen Mitbestimmung Jugendlicher ist darin regelmäßig Gegenstand von politischen Debatten. Im Zentrum steht hierbei die Einbeziehung Jugendlicher in die Betätigung demokratischer Willensbildung in Form von Wahlen. Während auf Bundesebene die Vollendung des 18. Lebensjahres weiterhin Voraussetzung der Wahlberechtigung ist, dürfen in den meisten Bundesländern Jugendliche ab 16 Jahren an der Kommunalwahl und in einigen auch an den Landtagswahlen teilnehmen (vgl. Faas/Könneke 2021). Unter den Formen politischer Teilhabe und demokratischer Willensbildung, die auch Jugendlichen offenstehen, finden sich auch die in einigen Kommunen bestehenden Jugendparlamente. Diese ermöglichen es Jugendlichen, auf kommunaler Ebene politische Mitsprache auszuüben, eigene Anliegen einzubringen und so den eigenen Sozialraum mitzugestalten. Sie stellen eine Art Interessenvertretung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene dar (vgl. Fischer/Tews 2021: S. 55). Während die Jugendparlamentarier:innen zumeist über einen Wahlprozess bestimmt werden, sind ihre mit der Position verbundenen Befugnisse im politischen Prozess der Kommunen weitestgehend auf die Geltendmachung von Interessen beschränkt. Es stellt sich die Frage, welche Faktoren die Jugendlichen motivieren, wenn ihre Tätigkeit im Jugendparlament in Abwesenheit tatsächlicher Entscheidungskompetenz stattfindet.

Dieser Beitrag befasst sich mit der qualitativen Untersuchung der Motivation der Jugendlichen zur Teilnahme in einem Jugendparlament.

Zunächst wird der aktuelle Forschungsstand zur Partizipation Jugendlicher in Deutschland und speziell in Jugendparlamenten ausgeführt. Es folgt eine Darstellung des Forschungsvorgehens, der leitenden Fragestellung und des theoretischen Hintergrunds. Anschließend werden die Ergebnisse der Analyse vorgestellt, im Kontext der Theorie von Ryan und Deci betrachtet und in einem Fazit zusammengefasst.

## Politische Partizipation von Jugendlichen

Der Lebensabschnitt der Jugend ist dominiert von der Herausbildung der Identität und der Entwicklung der Persönlichkeit. Politik ist dabei kein Schwerpunkt jugendlicher Interessen. Allerdings lässt sich beobachten, dass sich die Einstellungen zu politischen Institutionen, Prozessen und Strukturen von Kohorte zu Kohorte wandeln. Inzwischen kritisieren jüngere Menschen die fehlenden Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten, während Politiker:innen die Sorge äußern, dass das jugendliche Engagement zurückgeht (vgl. Gürlevik et al. 2016: S. 6ff.). Verschiedene Forschungsarbeiten dokumentieren, dass die gesellschaftlichen und politischen Auffassungen zur Partizipation von Kindern- und Jugendlichen sehr unterschiedlich sind (vgl. Fatke/Schneider 2008: S. 7).

Ein zentrales Ergebnis der SINUS-Studie von 2020 ist, dass viele Jugendliche sich machtlos, nicht gehört und wirkungslos fühlen. Die fehlende Möglichkeit, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen, konnte als größtes Hindernis für die sozialpolitische Partizipation identifiziert werden (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 568). Betont werden dabei sowohl die fehlende Repräsentation der Generation im politischen Kontext als auch mangelnde Teilhabe an Entscheidungsprozessen (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 410). Die große Beteiligung an den Fridays-for-Future Demonstrationen zeige die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Jugend und wird durch die Ergebnisse der Studie nicht direkt als politische Partizipation, sondern als „Ausdruck [der] Ohnmacht und Empörung“ (Calmbach et al. 2020: S. 445) identifiziert. Ob diese Beteiligung zu einer anhaltenden (institutionellen) politischen Partizipation führen wird, bleibe nach Calmbach et al. abzuwarten, denn das politische Interesse der jungen Generation sei zwar gestiegen, aber die Bereitschaft, sich auf herkömmliche Weise zu engagieren, ist nicht größer geworden. Die Politik wird von den meisten Jugendlichen als losgelöst von ihrer Lebenswirklichkeit wahrgenommen und ruft oftmals Desinteresse und Distanz hervor (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 567).

In den Befragungen der SINUS-Studie wird häufig das Alter im Zusammenhang mit fehlenden (Wahl-)Rechten für Minderjährige als Hinderungsgrund für politisches Engagement genannt. Fehlende Zugangsmöglichkeiten, wenig Zeit und geringer Nutzen für die eigene Person sind weitere von den Befragten angeführte Faktoren (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 448f.). Auch die mangelnde Attraktivität politischer Partizipation als Hobby spielt eine Rolle (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 555). Allerdings warnen Calmbach et al. davor, von der geringen politischen Partizipation abzuleiten, dass die Jugendlichen grundsätzlich kein Interesse an politischen Entwicklungen aufweisen oder keine Kenntnis über die Möglichkeiten eines Engagements haben (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 444).

Sowohl die aktuelle SINUS- als auch die Shell-Studie bestätigen, dass sich das politische Interesse der Jugendlichen in Deutschland stabilisiert hat und thematisch divers aufgestellt ist (Albert et al. 2019: S. 13; vgl. Calmbach et al. 2020: S. 452).

Aus der Shell-Studie von 2019 geht hervor, dass der Anteil der Jugendlichen, die sich politisch stark interessieren, bei acht Prozent und der, die sich interessieren, bei 33 % liegt. In der Entwicklung seit 2002 stellt dies einen vergleichsweise hohen Anteil dar (vgl. Albert et al. 2019: S. 13).

Die SINUS-Studie hat in ihrer Untersuchung feststellen können, dass das Engagement Jugendlicher von den Erfolgsaussichten ihres Handelns und dem Vorhandensein einer Gruppe, in der sie sich engagieren können, beeinflusst wird (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 554). Zudem wurde ersichtlich, dass idealistische Wertorientierungen einen großen Einfluss auf die Partizipation haben (vgl. Albert et al. 2019: S. 21).

Die Auseinandersetzung mit globalen Problemen stellt jedoch in der subjektiven Wahrnehmung der Jugendlichen ein zu komplexes Themenfeld dar. Diese Auffassung führt dazu, dass die Verantwortung für die Lösung globaler Probleme in der Politik und nicht im individuellen Handeln verortet wird (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 550f.). Die Kommunalpolitik hingegen wird als lokale und überschaubare Institution wahrgenommen und eher weniger als Teil der politischen Sphäre (vgl. Calmbach et al. 2020: S. 423). Dabei konkretisieren sich auf kommunaler Ebene die staatlich initiierten politischen Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen, die auf den Erhalt des demokratischen Systems in Deutschland ausgerichtet sind (vgl. BMFSFJ 2020: S. 71).

Im Folgenden wird der Fokus auf die politische Partizipation in Jugendparlamenten gelegt.

## Jugendparlamente

Im Jahr 2018 wurden bundesweit 520 Kinder- und Jugendparlamente identifiziert. Setzt man diese Zahl in Relation zu den 11.014 deutschen Kommunen (Stand 23.12.2018), zeigt sich, dass nur in rund fünf Prozent aller Kommunen Kinder- und Jugendparlamente eingerichtet sind. Dabei handelt es sich bei dieser Partizipationsform um eine relativ beständige Form, da viele von ihnen bereits seit mehr als 10 Jahren existieren (vgl. BMFSFJ 2020: S. 495ff.).

Die Jugendparlamente werden vor dem Hintergrund der politischen Bildung als Ort des Erlernens, Hinterfragens und Entscheidens von politischen Prozessen, der Identitätsstärkung und Kompetenzerweiterung betrachtet (vgl. Fatke/Schneider 2008, S. 14ff.). Aus der Studie von Roth und Stange *Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale* geht hervor, dass die Jugendparlamente ausschließlich eine beratende und mitwirkende Position in den Ausschüssen einnehmen und die Beteiligung bei Entscheidungen und Umsetzungen selten bis gar nicht vorkommt (vgl. Roth/Stange 2020: S. 54). Dabei stellt die erfolgreiche Einflussnahme auf kommunaler Ebene eine Bedingung für fortlaufende politische Partizipation dar. „Rechte und Ressourcen“ (BMFSFJ 2020: S. 528) werden als essenzielle Mittel bezeichnet, um „über reale Konflikte und Probleme zu verhandeln und zu entscheiden“ (BMFSFJ 2020: S. 528). Ist dies nicht gegeben, bleibt den Teilnehmenden des Jugendparlaments als Interessenvertretung die Möglichkeit, ihre (sozial) Räume mitzugestalten verwehrt und es entsteht eine Art „Scheinpartizipation“ (BMFSFJ 2020: S. 72).

Aus dem derzeitigen Forschungsstand geht hervor, dass die Partizipation von Jugendlichen einerseits vielfach eingefordert wird, andererseits aber die Einrichtung von Jugendparlamenten auf kommunaler Ebene in vielen Bereichen noch stark ausbaufähig ist. Aus Sicht der politischen Bildung ist dies ein eher ernüchternder Befund, zeigt er doch die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Die Daten zeigen aber auch, dass es gute Gründe gibt, diese Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken und zu erweitern (vgl. BMFSFJ 2020: S. 501). Deutlich wird auch, dass der Wunsch der Jugend nach mehr Partizipation vonseiten der Politik verstärkt wahrgenommen wird. In der von der Bundesregierung veröffentlichten Jugendstrategie wird als zentrales Ziel genannt, die Beteiligungslandschaften auf kommunalpolitischer Ebene in Deutschland zu fördern und zu stärken, „mit besonderem Fokus auf die rund 500 Kinder- und Jugendparlamente und 300 Jugendforen“ (vgl. BMFSFJ 2019: S. 43ff.).

Bundesweit lässt sich feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Jugendparlament durch eine geringe Wirkungskraft gekennzeichnet

ist. Auch wenn die Mehrzahl der Kinder- und Jugendparlamente auf institutioneller Ebene verankert sind (rund 95 %), bedeutet dies nicht automatisch, dass ihre Beschlüsse auch entsprechend bedacht und ggf. umgesetzt werden (vgl. Fischer/Tews 2021: S. 58). Bereits 1998 zeigte die DJI-Studie ähnliche Muster wie heute. In jener Studie von Stange und Roth zeigt sich, dass es verschiedene Formen der Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Am häufigsten wird mit 67 % das Rede- und Antragsrecht in Ausschüssen gewährt. Im kommunalen Rat werden sie nur in 44 % der deutschen Jugendparlamente erteilt und ein Stimmrecht in den Ausschüssen kann nur in 8 % der Jugendparlamente nachgewiesen werden (vgl. Roth/Stange 2020: S. 34).

Der Handlungsrahmen sowie die Rechte des Jugendparlaments Göttingen sind in § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Göttingen für das Jugendparlament Göttingen vom 19.01.2022 geregelt. Demnach hat das Jugendparlament das Recht, unter den Voraussetzungen des § 71 Abs. 7 NKomVG Vertreter:innen als beratende Mitglieder mit Rede-, Frage- und Antragsrecht, jedoch ohne Stimmrecht in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Göttingen zu entsenden. Innerhalb des eigenen parlamentarischen Systems stehen den Jugendlichen Gestaltungsmöglichkeiten offen. Bei kommunalpolitischen Fragen können sie ausschließlich Anträge stellen und ihre Interessen und Wünsche äußern, ohne dass diese bei Entscheidungen berücksichtigt werden müssen (vgl. Satzung der Stadt Göttingen für das Jugendparlament 2022: S. 1f.).

Nach der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand wurde eine leitende Forschungsfrage formuliert: „Welche Motivation haben Jugendliche, in einem Jugendparlament zu partizipieren, obwohl sie auf kommunaler Ebene keine politischen Mitbestimmungsrechte haben?“. Diese Frage zielt darauf ab, die Gründe zu untersuchen, warum sich Jugendliche trotz fehlender kommunalpolitischer Mitbestimmungsrechte am Göttinger Jugendparlament beteiligen.

### Der methodische Zugang zum Feld

Zur Beantwortung der Forschungsfrage erscheint die qualitative Forschung am besten geeignet. Im Gegensatz zu einem quantitativen Forschungsdesign ermöglicht die qualitative Forschung das Abweichen vom chronologischen Verlauf des gesamten Auswertungsverfahrens. Durch die Möglichkeit, Teile des Verfahrens zu wiederholen, bleibt die Option bestehen, erst später einsetzende Erkenntnisse einzuarbeiten und in den weiterführenden Prozess und somit auch das Endergebnis miteinzubeziehen (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2019: S. 105). Besonders deutlich wird die Signifikanz dessen bei der Auswertung des Interviewmaterials. Aufgrund des Interesses an



möglichen impliziten Aussagen und Wirkungen und gegebenenfalls zufällig erwähnten Zusatzinformationen wurden semistrukturierte Leitfadenterviews geführt. Bei einem leitfadengestützten Interview wird bereits vor dem Interview ein Fragenkatalog mit offen gestalteten Fragen formuliert. Dieser bietet während des Interviews Orientierung und eine Teilstrukturiertheit. Zudem ist die Reihenfolge, in der die Fragen gestellt werden, nicht festgelegt, sodass auf diesem Weg eine gewisse Flexibilität entsteht. Zeitgleich leiten die vorformulierten Fragen die:den Interviewer:in an, in welcher Detailliertheit auf bestimmte Themen eingegangen werden soll. So lassen sich trotz der Flexibilität Themenschwerpunkte setzen.

Zudem eignet sich ein semistrukturiertes Interview dazu, Beschreibungen und Argumentationen im Kontext der subjektiven Wahrnehmung der interviewten Person zu erfassen. Die Aussagen lassen sich in der anschließenden Auswertung gut auf Zusammenhänge zwischen den Interviews untersuchen und weisen unter Umständen auf Aspekte hin, die zuvor nicht bedacht wurden (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 167ff.).

Zunächst wird jedoch eine einheitliche Definition von Jugend und politischer Partizipation für die weitere Arbeit festgelegt. Im Kontext dieses Projektes wird die gesetzliche Definition einer jugendlichen Person verwendet, wonach eine Person als jugendlich gilt, wenn sie zwischen 14 und 18 Jahre alt ist (vgl. § 7 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII). Bei der Definition von politischer Partizipation orientiert sich das Projekt an Kaase (zitiert nach Partezke/Klee 2016: S. 29). Demnach werden unter politischer Partizipation

all diejenigen Handlungen von Bürgerinnen und Bürgern verstanden, die diese freiwillig mit dem Ziel unternehmen, einen Einfluss auf den genannten politischen Prozess auszuüben, wobei sich die Versuche derartiger Einflussnahmen auf allen Ebenen des politischen Systems abspielen können (Partezke/Klee 2016: S. 29).

Bereits aus dem Kinder- und Jugendbericht von 2020 wird deutlich, dass sich das Feld der jugendlichen Partizipation weit erstreckt. Für dieses Projekt wurde der Fokus auf das Format des Jugendparlaments gelegt.

In Deutschland bestehen seit den 1980er-Jahren Kinder- und Jugendparlamente als partizipative Strukturen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Meinungen und Interessen in der Kommunalpolitik zu vertreten. Jugendparlamente sind institutionalisiert und folgen politisch-parlamentarischen Strukturen analog zu den Institutionen der professionellen Politiker:innen. Diese Beteiligungsform bietet den jugendlichen Mitgliedern ein parteiunabhängiges Mandat, das in einem verbindlichen Satzungsrahmen festgehalten wird. Die Mitglieder werden in regelmäßigen Abständen von den Kindern und Jugendlichen der Kommune gewählt oder von Jugendverbänden und Schulen entsandt. Das Jugendparlament

arbeitet in der Regel überparteilich und behandelt eigene Themen, die sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen orientieren und in die Kommunalpolitik eingebracht werden. Dabei ist es von Vorteil, wenn das Parlament über ein eigenes Budget verfügt, um die Umsetzung dieser Interessen effektiv verfolgen zu können (vgl. Fischer/Tews 2021: S. 56f.).

Als Forschungsfeld wurde ein lokales Jugendparlament ausgewählt. Der Feldzugang für das Projekt erfolgte über einen bestehenden Kontakt zur Geschäftsstelle des Göttinger Jugendparlaments. Daraufhin begann sowohl eine literaturbasierte als auch praktische Einarbeitung in das Themenfeld der politischen Partizipation von Jugendlichen. Der praktische Bezug fand in Form von Besuchen der öffentlichen Plenarsitzungen des Jugendparlaments in Göttingen statt.

### Interviewverfahren und Auswertung des Gesprächsmaterials

Auf der Grundlage von persönlichen Eindrücken aus den Sitzungen, des recherchierten Forschungsstandes und einer theoretischen Basis wurde die leitende Fragestellung für das Projekt formuliert. Anhand eines Leitfadens, der aus zehn Primär- und insgesamt sieben Sekundärfragen besteht, wurden vier semistrukturierte Interviews mit aktiven Mitgliedern des Jugendparlaments geführt. Die Trennung zwischen spezifischen Primärfragen und unspezifischen Sekundärfragen sollte den Gesprächsfluss erleichtern und Themenschwerpunkte verdeutlichen. Bei der Erstellung des Leitfadens wurde besonders auf leichte Sprache und eine offene Formulierung geachtet, sodass für den:die Interviewpartner:innen kein zusätzlicher Druck aufgrund von Verständnisschwierigkeiten aufkommt.

Durch die Strukturierung des Interviews war es möglich, den Jugendlichen persönlich oder per Videochat gegenüber zu sitzen, um einen Gesprächscharakter statt eines Interviewcharakters entstehen zu lassen und somit auch Zwischentöne in den Antworten wahrnehmen zu können. Die halboffene Gestaltung des Leitfadens ermöglichte es, flexibel auf den:die Interviewpartner:in zu reagieren und auf zuvor nicht vorgesehene Themen einzugehen. Der Interviewleitfaden wurde anhand eines Pretests geprüft und überarbeitet.

Die Interviews wurden entweder online per Videokonferenz oder in einem Raum innerhalb der Universität Göttingen in der Zeit von Ende Dezember 2022 bis Ende Januar 2023 durchgeführt. Vor Beginn der Interviews wurden die Befragten gebeten, anhand eines kurzen Fragebogens einige Fragen zu ihrer Person zu beantworten. Die Gespräche wurden aufgezeichnet.

Die anschließende Transkription der Interviews erfolgte gemäß den einfachen Transkriptionsregeln nach Kuckartz et al., sodass in der Analyse der Fokus auf den

Gesprächsinhalten lag und die Lesbarkeit erleichtert wird (Kuckartz et al. 2007). Für die Verschriftlichung der Interviews wurde mit dem Transkriptionsprogramm f4 gearbeitet.

Analysiert wurde das Material anhand der Richtlinien der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring und Fenzl (vgl. Mayring/Fenzl 2019: S. 636). Dazu wurden zunächst in einem deduktiven Prozess Codes gebildet und anschließend induktiv aus dem Material abgeleitet. Die Codes wurden nach dem ersten Codierungsdurchgang überarbeitet und an das Material zu einem Kategoriensystem angepasst.

Die zuletzt verwendeten Codes lassen sich in drei Kategorien gliedern – die Motivation mit neun Unterkategorien, intrinsische und extrinsische Motivation sowie das Bewusstsein über die Selbstwirksamkeit. Diese wurden in einem Codierungsleitfaden mit jeweiligen Ankerbeispielen und kurzen Erläuterungen festgehalten. Jede identifizierte Motivation wurde im Codierungsprozess zusätzlich mit den Codes intrinsisch oder extrinsisch gekennzeichnet. Als unterstützende Software wurde MaxQDA 2020 eingesetzt.

Im letzten Durchgang wurde das Kategoriensystem auf die vier Transkripte angewendet, sodass daran anschließend die Auswertung der Ergebnisse erfolgen konnte.

## Sampling

Als mögliche Interviewpartner:innen kamen alle aktiven Mitglieder des Jugendparlaments in Göttingen in Betracht. Ziel war es, eine möglichst große Vielfalt an Merkmalen abzubilden, um in der Analyse die Möglichkeit zu eröffnen, Kontraste oder Gemeinsamkeiten zu sondieren. Besonderer Wert wurde auf eine breite Altersspanne gelegt, da die ab 16-Jährigen im Rahmen der Kommunalwahl bereits die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben. Die Anzahl und damit die Auswahl der Fälle wurde jedoch durch die Bereitschaft der Jugendlichen stark eingeschränkt. Bei einem Besuch des Jugendparlaments wurde das Projekt vorgestellt und Kontakte zu Interessenten für die Forschungsarbeit geknüpft. Zusätzlich wurde ein vorformulierter Text mit Kontaktdaten an die Gruppe des Jugendparlaments weitergeleitet. Auch über die öffentlichen Profile der Jugendlichen als Parlamentarier:innen wurde Kontakt gesucht.

Die Interviews dauerten zwischen 14 und 26 Minuten und wurden mit Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren geführt. Alle Interviewpartner:innen sind seit sieben Monaten im Jugendparlament aktiv und engagieren sich dort ca. 3-4 Stunden pro Woche.

## Selbstbestimmung als theoretisches Konstrukt

Die Verallgemeinerung und Analyse der Interviewaussagen wird im weiteren Verlauf auf Basis der Selbstbestimmungstheorie von Ryan und Deci erfolgen (vgl. Deci/Ryan 1993: S. 223ff.). Es handelt sich dabei um eine Theorie zur menschlichen Motivation und Persönlichkeit. Sie bietet Erklärungsmuster, warum Menschen sich für bestimmte Aktivitäten entscheiden und wie sie diese aufrechterhalten und verbessern können. Die Theorie besagt, dass Menschen grundsätzlich danach streben, ihre Bedürfnisse nach Autonomie, Kompetenz und sozialer Eingebundenheit zu befriedigen. Autonomie bezieht sich auf das Bedürfnis nach Kontrolle und Selbstbestimmung über das eigene Verhalten und Handeln. Kompetenz erfasst das Bedürfnis, Fähigkeiten zu entwickeln und Herausforderungen zu meistern. Soziale Eingebundenheit bezieht sich auf das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und zwischenmenschlichen Beziehungen. Dabei wird zwischen intrinsischen und extrinsischen Motivationen unterschieden. Laut Deci und Ryan ist intrinsische Motivation eine stärkere Motivationsquelle als extrinsische Motivation. Sie erklären, dass Menschen eher intrinsisch motiviert seien, wenn ihre Bedürfnisse nach Autonomie, Kompetenz und sozialer Eingebundenheit erfüllt werden. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse trägt dazu bei, dass Menschen ihre intrinsische Motivation aufrechterhalten und verbessern können (vgl. Deci/Ryan 1993: S. 223ff.).

Nach der Darstellung und Analyse der Ergebnisse im folgenden Teil der Arbeit werden diese im Kontext der Theorie von Ryan und Deci betrachtet.

## Die Motive der Jugendparlamentarier:innen

Alle Interviewpartner:innen äußerten sich über die begrenzte Wirksamkeit ihres Handelns in Bezug auf ihre Tätigkeit im Jugendparlament sowie in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten (I1–23, I2–20, I3–8, I4–14). Darüber hinaus wurde kritisiert, dass allein der Weg bis zur Anhörung im kommunalen Gremium sehr aufwendig und langwierig sei, was den individuellen Eindruck der Teilnehmenden, dass sie über das Jugendparlament nicht effektiv partizipieren können, verstärken würde. Auffällig war, dass Demonstrationen mehrfach als die einzig wirksame Partizipationsform dargestellt wurde, die den Jugendlichen zur Verfügung stehe (I4–32, I1–31).

Generell scheint es aber ein Bewusstsein dafür zu geben, dass Jugendbeteiligung an der politischen Entscheidungsfindung ein zentraler Faktor des Jugendparlaments sei, jedoch fühlen sich die befragten Jugendlichen eher in einer beobachtenden Position denn in einer aktiv einflussnehmenden (I1–12).

Es zeigte sich auch, dass Politiker:innen nach außen mit der Beteiligung des Jugendparlaments werben, diese in den tatsächlichen Sitzungen aber wenig Interesse an den Vorschlägen der Jugendlichen zeigen (I1–21). Das von der Stadt zur Verfügung gestellte Jahresbudget von 2.000 Euro wird im Hinblick auf die Ziele des Jugendparlaments als unzureichend bewertet (I1–17). Die Grenzen der Wirksamkeit des durch die Beteiligungsform des Jugendparlamentes eröffneten Handlungsspielraums sind also allen Interviewpartner:innen bewusst und werden stark kritisiert.

Das heißt, wir sind als Jugendparlament theoretisch nur Ausschussmitglieder, in jedem Ausschuss ohne Stimmrecht. Und das ist einfach schwach und es ist keine Jugendbeteiligung. (I1–17)

Ja, ich würde mir wünschen, dass wir Jugendliche eben genauso wie alle anderen im politischen Prozess wahrgenommen werden. (I1–23)

Von vielen Jugendlichen wird darüber hinaus die Absenkung des Wahlalters sowie die Ausweitung einer Jugendvertretung auf Bundesebene (I1–19) gefordert. Im Folgenden soll auf die ermittelten Motive der Jugendlichen eingegangen werden.

Neben den verschiedenen thematischen Schwerpunkten der Interviews lassen sich Gemeinsamkeiten in den Motivationen der Teilnehmenden herausarbeiten. An erster Stelle steht der wahrgenommene Handlungsbedarf. In allen vier Interviews war diese Motivation zur Beteiligung erkennbar. Dabei wurden teils globale Themenschwerpunkte wie der Klimawandel (I4–20) sowie lokale Themen wie beispielsweise der Straßenausbau in Göttingen (I2–32) genannt. Es wird mitunter auch ideologisch sowie moralisch argumentiert, wie z. B.: „Also ich finde es immer total furchtbar, wenn man sich über Politik aufregt, aber selbst nichts tut“ (I2–14). Es stand der Anspruch im Vordergrund, dass die Meinung der Jugendlichen gehört werden sollte, d.h. ihrem Handeln im und außerhalb des Jugendparlaments eine höhere Wirksamkeit zukommen sollte.

Als weitere leitende Motivation für politische Partizipation hat sich die persönliche Entwicklung der Akteure im Sinne einer Stärkung ihres Selbstbewusstseins oder anderer Sozialkompetenzen herausgestellt (I3–20, I2–58). Auch das Kennenlernen und Einschätzen neuer Perspektiven spielt für die Jugendlichen bei ihrer Teilnahme eine große Rolle (I2–46). Der Wunsch, grundlegende strukturelle Veränderungen des Jugendparlaments voranzutreiben, stellte eine wichtige Motivation dar. Das zuvor beschriebene Bewusstsein der geringen Entscheidungsmacht zeigt sich unter anderem darin, dass eine Reform des Jugendwahlrechts von einem:r Interviewpartner:in besonders deutlich gefordert wurde. Das Jugendparlament wird als der falsche Ort für die Partizipation von Jugendlichen unter den derzeitigen Regelungen aufgefasst und es wird erneut auf die

Partizipationsform der Demonstration als effektivere Partizipationsform verwiesen (I1–31).

Neben der Veränderung der strukturellen Bedingungen des Jugendparlaments ist auch die Veränderung der gesellschaftspolitischen Welt eine erkennbare Motivation der Jugendlichen. Ähnlich wie bei dem benannten Handlungsbedarf ist ein idealistischer Gedanke leitend:

Ja, ich würde sagen, am meisten dann doch dieser Gedanke, dass wenn ich was ändern kann, sollte ich es auch tun. Ansonsten vielleicht noch, dass ich eigentlich immer so der Typ Mensch war, der sehr revolutionär gedacht hat. In dem Sinne. Vielleicht liegt es auch ein bisschen daran. Aber ich glaub mein Ziel ist am ehesten einfach die Welt ein Stück besser zu machen. (I2–36)

Wie bereits deutlich wurde, verfolgen die Jugendlichen mit ihrer Beteiligung auch persönliche Interessen. So ist der Einfluss der politischen Bildung nicht zu verachten. Durch die institutionelle Verankerung und den parlamentarischen Aufbau lernen die Teilnehmer:innen die Strukturen der Politik kennen. Auch der Austausch mit den Kommunalpolitiker:innen bringt ihnen die politische Welt näher und lehrt den Umgang (I4–10, I2–60). Mit Blick in die Zukunft erhoffen sich die Parlamentarier:innen Vorteile durch fördernde Maßnahmen für das Engagement wie z. B. Stipendien (I2–58, I2–56). Einen relativ geringen Einfluss auf die Motivation haben das soziale Umfeld und das Interesse am Jugendparlament vor der Aufstellung zur Wahl (I3–6, I4–10, I3–16).

Die wichtigsten Motivationsfaktoren sind die persönliche Weiterentwicklung und die Veränderung der Struktur des Jugendparlaments, aber vor allem auch der selbst empfundene Handlungsbedarf. Gerade letzteres fällt durch den Widerspruch zu den geringen Befugnissen des Jugendparlaments und dem entsprechenden Bewusstsein der Jugendlichen besonders auf.

### Ausdruck der Selbstbestimmungstheorie bei den Befragten

Ryan und Deci nennen in ihrer Theorie drei angeborene Grundbedürfnisse des Menschen (Autonomie, Kompetenz und soziale Eingebundenheit). Wenn diese Bedürfnisse erfüllt sind, fühlt sich der Mensch in seinem Handeln motiviert und hat den Wunsch, dieses Handeln fortzusetzen (vgl. Deci/Ryan 1993: S. 223ff.). Wendet man diesen theoretischen Ansatz auf die Fragestellung an, entsteht ein überzeugendes Erklärungsmuster für die Partizipation von Jugendlichen in Jugendparlamenten trotz geringer Einflussmöglichkeiten.

Jugendliche, die politisch aktiv sind und sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen, können ihr Bedürfnis nach Autonomie befriedigen, indem sie ihre eigene Meinung äußern und dadurch gesellschaftlich Gehör

finden. Sie können ihr Bedürfnis nach Kompetenz nachgehen, indem sie sich in politischen Fragen engagieren, ihr Wissen erweitern und Fähigkeiten entwickeln, um politische Veränderungen innerhalb ihres Handlungsrahmens herbeizuführen. Schließlich können sie ihr Bedürfnis nach sozialer Eingebundenheit erfüllen, indem sie sich mit anderen politisch aktiven Jugendlichen zusammenschließen und gemeinsam für politische Ziele eintreten.

Die in der Theorie genannten Punkte finden sich in den Interviews mit den Jugendlichen wieder. Sie berichten von gemeinsamen Arbeitsgruppen, in denen sie sich austauschen und neue Perspektiven kennenlernen können (I3–10, I2–44). Durch die Arbeitsgruppen des Kommunalparlaments und in der Parlamentssitzung sowie durch die Netzwerktreffen können neue Kontakte geknüpft werden und es entsteht ein Gemeinschaftsgefühl (I2–44, I1–25).

Die Interaktion mit den Kommunalpolitiker:innen trägt dazu bei, dass sich die jungen Parlamentarier:innen unabhängig von ihrem Alter Gehör verschaffen und ihre Interessen in einem politischen Raum sichtbar machen können (I3–8, I2–14). Auf diese Weise kann die politische Partizipation von Jugendlichen dazu beitragen, ihre Motivation und ihr Engagement zu fördern und ihr Wohlbefinden zu steigern. Durch diese Interaktion und die parlamentarisch organisierte Form der Partizipation erwerben sie zusätzlich Wissen über die politischen Strukturen in Deutschland und befinden sich in einem dauerhaften politischen Bildungsprozess (I4–22, I2–60).

Allerdings ist zu beachten, dass die Befriedigung der Bedürfnisse nach Autonomie, Kompetenz und sozialer Eingebundenheit der Jugendlichen durch politische Partizipation von der Qualität der politischen Prozesse und der Unterstützung durch die Gesellschaft abhängt. Hier werden intrinsische und extrinsische Motivationen relevant. In Bezug auf die politische Partizipation von Jugendlichen kann die Selbstbestimmungstheorie erklären, dass eine intrinsische Motivation zur politischen Partizipation eher zu einem dauerhaften und engagierten politischen Verhalten führt als eine rein extrinsische Motivation. Wenn Jugendliche beispielsweise aus einem tiefen inneren Wunsch heraus handeln, sich für eine Sache einzusetzen, oder wenn sie ein starkes Interesse am politischen Geschehen haben, wird ihr Engagement in politischen Aktivitäten wahrscheinlich länger bestehen.

Bei den Interviewpartner:innen lässt sich erkennen, dass der Großteil der Motivationen als intrinsisch zu bewerten ist. Die Jugendlichen erwähnten in den Interviews, dass sie sich für politische Prozesse interessieren und das demokratische System schätzen und besser verstehen wollen (I4–22, I3–16). Hinzu kommt die Motivation, sich mit anderen Parlamentarier:innen inhaltlich auszutauschen und Spaß zu haben (I3–28, I2–46) sowie die damit verbundene Persönlichkeitsentwicklung (I1–

25, I3–20). Auch die Möglichkeit, eigene Interessen zu kommunizieren und gemeinsam sowie individuell kommunalen Handlungsbedarf herauszuarbeiten und eigene Themenschwerpunkte zu vertreten, erweist sich als eine der leitenden Motivationen der Jugendlichen (I1–25, I2–44).

Darüber hinaus begründen die Jugendlichen ihre Partizipation teilweise auch mit eigenen Wertvorstellungen und empfinden die Arbeit im Parlament als erfüllend (I2–14, I4–20).

Auch extrinsische Motive lassen sich in den Aussagen der Jugendlichen erkennen. So wollen sie unter anderem die Struktur des Jugendparlaments verändern, um mehr Mitspracherecht zu erhalten (I1–17). Sie erwähnen, dass ihnen die Partizipation den Weg in die Berufspolitik ebnet (I4–26) oder Möglichkeiten für ein Stipendium eröffnet (I2–56).

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die intrinsische Motivation der befragten Jugendlichen überwiegt. Sie machen in ihren Aussagen deutlich, dass sie partizipieren wollen, dass ihnen dies aber auf der aktuellen Beteiligungsebene nicht ausreicht. Ihr Ziel ist es, ein größeres Mitspracherecht zu erhalten und die Wirksamkeit ihres Handelns zu steigern. Dennoch sind sie aus unterschiedlichen, meist intrinsischen Gründen motiviert, sich am Jugendparlament zu beteiligen und sich auf diesem Weg eine politische Vertretung für die Jugendlichen in Göttingen zu schaffen.

## Hohe Motivation trotz struktureller Grenzen

Die hier vorgestellte qualitative Untersuchung beschäftigt sich mit der Motivation der Jugendlichen zur Teilnahme am Jugendparlament. Trotz der geringen Einflussmöglichkeiten, die von den Teilnehmenden selbst wahrgenommen werden, zeigen die Jugendlichen verschiedene Motivationsgründe zur Mitarbeit im Jugendparlament. Hierzu gehören z. B. die persönliche Entwicklung, die Veränderung der Jugendparlamentsstruktur oder Wertvorstellungen. Die Jugendlichen berichteten von Lernprozessen und gestärktem Selbstbewusstsein als positive Folgen der Beteiligung.

Kritisch wurde angemerkt, dass der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene durch die Ausgestaltung des Wahlrechts eingeschränkt ist und das Jugendparlament eher eine observierende Rolle einnimmt. Die Beteiligung der Jugendlichen ist überwiegend intrinsisch motiviert.

Weitere Untersuchungen sind notwendig, um beispielsweise die möglichen Auswirkungen einer Herabsetzung des Wahlalters oder auch eine Erhöhung des Budgets auf die Partizipation von Jugendlichen zu untersuchen.



An dieser Stelle zeigen sich die Grenzen des Samples auf: die geringe Fallzahl (N=4), die Beschränkung auf eine Stadt und die geringe Heterogenität abseits des Alters der Befragten erschweren weitere Schlussfolgerungen.

Es wird betont, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen keine Scheinpartizipation sein darf. Erwachsene müssen bereit sein, einen Teil ihrer politischen Kompetenzen abzugeben, um Jugendlichen mehr Mitbestimmungsrechte einzuräumen, wie es auch im aktuellen Kinder- und Jugendbericht gefordert wird (vgl. BMFSFJ 2020: S. 528).

## Bibliographie

- Albert, M.; Hurrelmann, K.; Quenzel, G. (2019). 18. Shell Jugendstudie Zusammenfassung. Eine Generation meldet sich zu Wort. In: Deutsche Shell Holding GmbH (Hg.), Hamburg. [https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/\\_jcr\\_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call\\_to\\_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf](https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf). Zugegriffen: 14. März 2023.
- BMFSFJ. (2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung (2. Aufl.). Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ. (2020). 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter (1. Aufl.). Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Calmbach, M.; Flaig, B. B.; Edwards, J.; Möller-Slawinski, H.; Borchard, I.; Schleer, C. (2020). Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung). Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deci, E. L.; Ryan, R. M. (1993). Die Selbstbestimmungstheorie der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik. *Zeitschrift für Pädagogik* 39 (2), S. 223-238. doi:10.25656/01:11173
- Faas, T.; Könneke, A. (2021). Wählen Ab 16? Pro und Contra. Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/jugend-und-protest-2021/340349/waehlen-ab-16/>. Zugegriffen: 17. März 2023.
- Fatke, R.; Schneider, H. (2008). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.
- Fischer, L.; Tews, D. (2021). Kommunale Kinder- und Jugendparlamente und Jugendforen stärken unsere Demokratie! In: Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik (Hg.). *Schlaglichter auf die Einständige Jugendpolitik*. Berlin, S. 55–58.
- Gürlevik, A.; Hurrelmann, K.; Palentien, C. (2016). Jugend und Politik im Wandel? In: A. Gürlevik/K. Hurrelmann/C. Palentien (Hg.). *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*. Wiesbaden, Springer VS, S. 1–26.

- Kuckartz, U.; Dresing, T.; Rädiker, S.; Stefer, C. (2007). *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis* (1. Aufl.). Wiesbaden, VS Verl. für Sozialwiss.
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: N. Baur/J. Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.
- Partezke, M.; Klee, A. (2016). Partizipieren können, wollen und dürfen! Politikwissenschaftliche Aspekte der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel Wahlrecht. In: A. Gürlevik/K. Hurrelmann/C. Palentien (Hg.). *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*. Wiesbaden, Springer VS, S. 27–41.
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2019). Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: N. Baur/J. Blasius (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–123.
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2021). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch* (Lehr- und Handbücher der Soziologie, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage). Berlin, De Gruyter Oldenbourg.
- Roth, R.; Stange, W. (2020). *Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale*. Berlin, Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
- Stadt Göttingen. (2022). *Satzung der Stadt Göttingen für das Jugendparlament*. Amtsblatt der Stadt Göttingen Nr. 13. <https://www.jugendparlament-goettingen.de/go-und-satzung/>. Zugegriffen: 17. März 2023.

## **Motive, Ziele, Hürden – Politische Partizipation von Göttinger Jugendlichen im lokalen Jugendparlament**

Melina Lindberg

### Die Relevanz der politischen Partizipation von Jugendlichen

Nach Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland als eine Demokratie definiert, genauer, eine repräsentative Demokratie, bei welcher die politischen Entscheidungen von einer Volksvertretung, dem Parlament, ausgeführt werden (vgl. Art. 20 Absatz 1 Satz 1 GG). Das Volk soll demnach vertreten und stellvertretend repräsentiert werden. Die Frage danach, inwiefern dies zutrifft, wenn seit den 1990er-Jahren politische Parteien fast 50 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben und einen Altersdurchschnitt von 60 Jahren zu verzeichnen haben, ist durchaus angebracht (vgl. Gürlevik et al. 2016: S. 7). Aus der 18. Shell Jugendstudie geht hervor, dass 71 Prozent der Jugendlichen in Deutschland nicht glauben, dass sich die Politiker:innen um ihre Anliegen kümmern (vgl. Schneekloth/Albert 2019: S. 95). Dennoch nimmt die Bedeutung des politischen Engagements weiter zu, sodass der Anteil der Jugendlichen, die es wichtig finden, sich persönlich politisch zu engagieren, bei 34 Prozent liegt (vgl. Schneekloth/Albert 2019: S. 50–51). In Anbetracht zahlreicher globaler krisenhafter Entwicklungen wie der Klimaerwärmung oder andauernder Kriege ist es von zentraler Notwendigkeit, dass Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Es stellt sich die Frage, unter welchen Umständen Jugendliche aktiv werden und politisch partizipieren, d.h. welche persönlichen Motive sie antreibt. Motive sind hierbei die Vorstellungen der Akteur:innen, dass Handeln notwendig wird, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen (vgl. Schütz/Luckmann 2003: S. 473).

Den Forschungsgegenstand dieses Beitrags, der im Zeitraum von Oktober 2022 bis März 2023 untersucht wurde, bildet das Göttinger Jugendparlament. Hierbei wurden vier Jugendliche mittels qualitativer Interviews zu ihren Motiven und Zielen bezüglich ihrer Partizipation befragt. Es ist deutlich geworden, dass dem Engagement der Jugendlichen unterschiedliche Motive zugrunde liegen, die diese Arbeit näher beleuchtet und analysiert. Vorerst wird der Forschungsstand beschrieben und darauf aufbauend werden die Fragestellung und das Forschungsdesign sowie die theoretischen Grundlagen vorgestellt. Daran anschließend wird die Analyse der Daten dargestellt und ein abschließendes Fazit fasst die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts zusammen. Ein Ausblick für die zukünftige Forschung rundet den Beitrag ab.

## Kontextuelle Einordnung der politischen Partizipation

Innerhalb der wissenschaftlichen Debatte heben die sogenannten „partizipatorischen Demokratietheorien“ die Rolle der politischen Partizipation und somit das Engagement der Bürger:innen als essenziell hervor. Für ein Fortbestehen der Demokratie sei es notwendig, dass die Mitglieder einer Gesellschaft sich aktiv an ihr beteiligen (vgl. van Deth 2009: S. 141–142).

In den letzten Jahren ist die Frage nach der politischen Beteiligung der Jugend in den Fokus der Debatte gerückt und hat eine Diskussion bezüglich der Frage, wie Jugendliche am politischen Prozess beteiligt werden können und in welchem Ausmaß dies gesehen soll, hervorgerufen (vgl. Gürlevik et al. 2016: S. 1). Die Frage nach der Beteiligung von Jugendlichen ist vielschichtig und muss die für die Jugendlichen mehrfach existierenden Herausforderungen wie die Bewältigung jugendbiografischer Aufgaben und dem gleichzeitigen Erwachsenwerden innerhalb dynamischer gesellschaftlicher Verhältnisse miteinbeziehen (vgl. Gaiser/Rijke 2001: S. 8).

Um eine Einordnung des Forschungsgegenstands innerhalb der wissenschaftlichen Debatte näher erläutern zu können, wird in einem ersten Schritt der Begriff der Partizipation definiert, wobei die verschiedenen Definitionen der politischen Partizipation von einem engen bis hin zu einem sehr weiten Verständnis der Partizipation reichen (vgl. Steinbrecher 2009: S. 27–28).

Der Begriff der Teilhabe, anhand welchem sich der Schwerpunkt des Seminars „Politische Teilhabe erforschen“ orientierte, bezeichnet den Zugang zu gesellschaftlichen Gütern wie der Bildung oder der politischen Mitbestimmung (vgl. Kastl 2017: S. 236). Partizipation im Sinne von Teilhabe meint die Versuche der aktiven Einflussnahme und Entscheidungsfindungen, wodurch der Begriff der Partizipation über den der Teilnahme hinausgeht (vgl. Schnurr 2018: S. 634).

Unter der politischen Partizipation können alle Aktivitäten und Verhaltensweisen der Bürger:innen mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen, verstanden werden. Hierunter fällt z. B. die Beteiligung an Wahlen, das Sammeln von Unterschriften oder die Teilnahme an Demonstrationen (vgl. van Deth 2009: S. 141). Auch Kaase definiert die politische Partizipation als alle Tätigkeiten, die „die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ und hebt somit die Instrumentalität des Begriffs hervor (1997: S. 42).

Diesen Definitionen folgend, stellen Jugendparlamente eine Möglichkeit der Partizipation für Jugendliche dar, um in Entscheidungsfindungsprozesse auf kommunaler Ebene eingebunden zu werden und aktiv partizipieren zu können (vgl. Hafener/Niebling 2008: S. 124). Sie zählen zu der etablierten Form der Partizipation und sind in ihrer Durchführung versammelnd. Anhand ihrer Regularien, darunter Protokolle, Tagesordnungen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen, bilden sie das politische System „im kleinen“ ab (vgl. Hafener/Niebling 2008: S. 124–135). Die Teilnahme an Kinder- und Jugendparlamenten ist freiwillig, allerdings zeichnet sich diese Beteiligungsform durch ihren verbindlichen Charakter aus und operiert zwischen Verwaltung, Politik und der Öffentlichkeit mit dem Ziel, den Themen und Belangen der Jugendlichen Ausdruck zu verleihen (vgl. Hafener/Niebling 2008: S. 125).

Gerade in Anbetracht öffentlicher sowie wissenschaftlicher Debatten in Bezug auf ein scheinbar abnehmendes politisches Interesse von Jugendlichen sowie der Herabsenkung des Wahlalters ist eine Betrachtung der Motive und Ziele von Jugendlichen, welche politisch partizipieren, von besonderem Interesse. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher setzt sich mit dem Gegenstand der politischen Partizipation von Jugendlichen und der Frage auseinander, wie dieses gefördert werden könne. Hierbei sind die Motive für das Engagement zentral, wonach neun von zehn Jugendlichen der Aussage zustimmen, dass man versuchen müsse, einen störenden Zustand durch seine:ihre Handlung zu verändern (vgl. Gaiser 2015: S. 11–12).

In der Forschung wird neben dieser Studie ein anderer Fokus auf die Betrachtung der politischen Partizipation innerhalb von schulischen Systemen gesetzt. Hierbei erforschen Lischewski et al. den Einfluss von schulischer, nachschulischer und Erwachsenenbildung auf das Partizipationsverhalten und definieren die Förderung des politischen Wissens und die der politischen Partizipation als das zentrale Anliegen der Bildung (2020: S. 375–377). Anhand ihres integrativen Modells unter Kontrolle des familiären Hintergrunds zeigt sich, dass die unterschiedlichen Bildungsphasen einen

positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausüben, wobei der Effekt je nach Bildungsphase unterschiedlich stark ausfällt (2020: S. 375).

Auch die Fallstudie Ingrid Burdewicks, *Jugend-Politik-Anerkennung*: Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger setzt sich in qualitativen Interviews mit dem Partizipationsverhalten von Jugendlichen des Wittinger Jugendparlaments auseinander und legt einen Fokus auf das Motiv der Anerkennung sowie die Hürden der Partizipation, welche sich für die Jugendlichen ergeben (2003: S. 13). Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Jugendlichen sich mit ihren Interessen und Wünschen innerhalb der etablierten Politik nicht anerkannt fühlen und sich aufgrund der „starren“ Rahmenbedingungen des politischen Systems nicht wirksam einbringen können (2003: S. 279-280).

Neben diesem Beitrag untersucht Klaus Farin den Stellenwert, den Politik und politische Partizipation im Alltag von Jugendlichen einnehmen, als auch die scheinbare Jugend-Feindlichkeit verschiedener Institutionen (2020: S. 129). Es wird deutlich, dass sich die Strukturen von Jugendpolitik, Verbänden und weitere Institutionen verändern müssen, wenn diese Jugendliche zukünftig erreichen wollen (2020: S. 136).

Es ist zu erkennen, dass die Forschungslandschaft der politischen Partizipation sehr divers ist und unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden.

## Forschungsdesign

Wie im vorherigen Kapitel dargestellt wurde, sind Jugendliche und ihr damit zusammenhängendes politisches Partizipationsverhalten aus mehrfacher Hinsicht ein relevanter Forschungsgegenstand. Die in dem Seminar vorgenommene Forschung setzt sich mit der Partizipation von Jugendlichen im lokalen Jugendparlament der Stadt Göttingen auseinander. In vier qualitativen Interviews wurden die Hintergründe der Partizipation und die Motive und Ziele der Jugendlichen untersucht. Diese sind von wissenschaftlichem Belang, da sie deutlich machen, aus welchen Gründen das Engagement erfolgt und wie die Partizipation von Jugendlichen in einem nächsten Schritt gefördert werden könnte, um ein Fortbestehen der Demokratie zu sichern. Jene Relevanz und Aktualität der politischen Partizipation begründet die zugrunde liegende Forschungsfrage dieses Beitrags: „Inwiefern stellt die Unzufriedenheit mit politischen, gesellschaftlichen Gegebenheiten für Jugendliche ein Motiv dar, politische Partizipation auszuüben?“.

Motive, Ziele, Hürden

## Methodologische Positionierung

Die Analyse der Motive erfordert eine Herangehensweise, welche unterschiedliche Interaktionszusammenhänge berücksichtigt. Anhand von qualitativen, semistrukturierten Leitfadenterviews können detaillierte Informationen gewonnen werden.

Zugrundeliegende Prinzipien der Gesprächsführung stellen das Kriterium der Offenheit, dem Stellen von offenen Fragen am Anfang des Interviews, das Kriterium der Spezifität, dem Stellen spezifischer Nachfragen im Verlauf des Gesprächs sowie das Kriterium der Kontextualität und der Relevanz, das sich auf den Übergang zu neuen Fragenkomplexen bezieht, dar (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 166–167). Von Interesse sind einerseits die Antworten auf die Fragen sowie implizite Aspekte, welche nicht als direkte Antwort auf die eigentliche Frage zu verstehen sind.

Einem semistrukturierten Interview liegt ein Leitfaden zugrunde, welcher die festgelegten Fragen und Themen beinhaltet. Die Reihenfolge der Fragen kann hierbei improvisiert werden, was ein hohes Maß an Flexibilität eröffnet (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 168–169).

Ein qualitatives Forschungsverfahren wurde aufgrund der beschriebenen Flexibilität und dem zugrunde liegenden, antwortgenerierenden Charakter einem quantitativen Forschungsdesign vorgezogen. Im Gegensatz zu qualitativen Forschungsmethoden sind quantitative Verfahren auf möglichst viele Ergebnisse zur statistischen Auswertung angewiesen (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2019: S. 110–111).

## Das Göttinger Jugendparlament

Bei der Untersuchung der politischen Partizipation von Jugendlichen eröffnet sich ein weites Forschungsfeld, das sich jedoch innerhalb dieser Forschungsarbeit auf Mitglieder des Göttinger Jugendparlaments beschränkt. Das Gesetz definiert Jugendliche als Personen, die 14 Jahre, aber noch nicht 18 Jahre alt sind (vgl. § 1 Abs. 1 Satz 1 JuSchuG). Allerdings fasst das Göttinger Jugendparlament diese Definition weiter. Es besteht aus 31 gewählten und stimmberechtigten Mitgliedern, die Schüler:innen unterschiedlicher Schulformen im Alter von 12 bis 21 Jahren sind. Sie unterscheiden sich anhand ihres sozialstrukturellen Hintergrundes voneinander.

Der Feldzugang wurde über Zugänge der Dozentin geschaffen. Mittels nichtteilnehmender Beobachtungen mehrerer Sitzungen konnte ein grober Eindruck über die parlamentarischen Abläufe gewonnen werden, die bei der Erstellung des Leitfadens miteinbezogen wurden (vgl. Grümer 1974:34–35). Das Vorstellen der



Forschungsgruppe und der Forschungsabsichten definierte die eigene Rolle im Feld und stellt die wissenschaftliche Legitimation des Forschungsprojekts dar.

Die Kontaktaufnahme zu den Interviewpartner:innen stellte sich retrospektiv als kompliziert heraus, da nach der Vorstellung des Projekts auf eine Kontaktaufnahme der Parlamentarier:innen gesetzt wurde. Es wurden weitere Mitglieder persönlich kontaktiert, z. B. über die sozialen Medien und deren öffentliche Nutzerprofile als Parlamentarier:innen.

### Methodisches Verfahren

Als Erhebungsmethode dienen, wie unter der methodologischen Positionierung beschrieben, semistrukturierte Leitfadeninterviews. Eine Aufnahme der Interviews ermöglichte eine spätere Transkription mithilfe des automatisierten Transkriptionsprogramms *f4*, unter Anwendung der einfachen Transkriptionsregeln nach Kuckartz und Rädiker (vgl. Kuckartz/Rädiker 2022: S. 200–201). Die Transkripte der Interviews liegen in anonymisierter Form vor<sup>3</sup>.

Mittels der erhobenen Daten wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring und Fenzl durchgeführt, welche als qualitativ-interpretatives Verfahren anhand strenger Regeln eine intersubjektive Überprüfbarkeit ermöglicht (2019: S. 633). Anhand der strukturierenden Inhaltsanalyse wurde vorab theoriegeleitet ein Kategoriensystem entwickelt, welches die zu vergebenen Kategorien für einzelne Textstellen definiert und so den Kodierleitfaden (siehe Anhang 5) bestimmt. Dies geschah mittels der Anwendungssoftware MAXQDA.

Die Analyse erfolgte in mehreren Durchgängen, wobei das Kategoriensystem modifiziert, adaptiert und durch Unterkategorien ergänzt wurde, um eine entsprechende Intracoderreliabilität zu gewährleisten (vgl. Mayring/Fenzl 2019: S. 640). Textstellen wurden mehrfach codiert, wobei die Kodiereinheit einen Satz, die Kontexteinheit die Interviewantwort und die Auswertungseinheit den gesamten Absatz darstellen. Innerhalb der Analyse wurden sowohl deduktiv Kategorien entwickelt (z. B. „Partizipation“, „Motive“) als auch induktive Kategorien (z. B. „Klima“).

### Beschreibung von Datenmaterial und Sample

Von den insgesamt vier aufgenommenen Interviews (N=4), welche von jeweils einem Mitglied der Forschungsgruppe geführt wurden, fanden jeweils zwei Interviews online und in Präsenz statt. Im Vorhinein wurde die Einwilligungserklärung bezüglich der

---

<sup>3</sup> Der Verweis auf die jeweiligen Interviews erfolgt durch die Nennung der Nummerierung und des Absatzes (z.B. I2,10: Interview 1, Absatz 10).

## Motive, Ziele, Hürden

Aufnahme des Interviews als Audiodatei, der Verwendung der Daten und deren Anonymisierung ausgehändigt und unterschrieben. Die Interviewzeit beträgt 13 bis 25 Minuten.

Die Befragten sind Mitglieder des Göttinger Jugendparlaments, nehmen also regelmäßig an Sitzungen teil und haben das aktive Wahlrecht inne, sofern der:die Befragte ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Göttingen hat und zwischen 11 und 21 Jahren alt ist (vgl. § 6 Satz 1 Satzung). Die Jugendlichen unterscheiden sich anhand ihres Alters, ihres Genders, ihres Wohnorts, der besuchten Schulform, der Dauer der Mitgliedschaft innerhalb des Jugendparlaments und dem damit zusammenhängenden Zeitaufwand voneinander. Durch das kleine Sample sind die Möglichkeiten der Generalisierbarkeit begrenzt.

## Theoretischer Zugang

Vorhandene theoretische Modelle dienen als Rahmung der Forschung und verleihen ihr über die konkrete Forschung hinaus, Gültigkeit (vgl. Mayring/Fenzl 2019: S. 640). Karl-Dieter Opp und Steven E. Finkel untersuchen anhand ihres „Rational-Choice-Modells politischer Partizipation“ die zugrunde liegenden Ursachen für die Partizipation von Akteur:innen anhand verschiedener Formen von politischer Partizipation. Das entworfene Erklärungsmodell wurde mittels des ALLBUS 1998 empirisch überprüft. Hierbei stellen die Unzufriedenheit mit dem Ausmaß an angebotenen Kollektivgütern z.B. die Sauberkeit der Luft sowie moralischen- und sozialen Anreizen als auch persönlichen Ressourcen verschiedene Faktoren dar, welche das Auftreten von politischem Protest beeinflussen (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 74–77). Es wird betont, dass die Unzufriedenheit allerdings nur dann wirkt, wenn ein Individuum glaubt, dass die Partizipation die Unzufriedenheit verringert. Der wahrgenommene politische Einfluss (*Political Efficacy*) ist somit eine zentrale Determinante dieses Modells und stellt in Zusammenhang mit der Unzufriedenheit einen Interaktionseffekt dar (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 75).

Die Operationalisierung der *Political Efficacy* erfolgt in dieser Untersuchung mitunter anhand der Frage, inwiefern die Jugendlichen das Gefühl haben, mit ihrem Engagement im Jugendparlament etwas bewirken zu können.

Die zentrale Hypothese dieses Rational-Choice-Modells lässt sich wie folgt zusammenfassen: Je größer die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen politischen Verhältnissen ist und je stärker der wahrgenommene politische Einfluss (*Political Efficacy*) ist, desto stärker ist die politische Partizipation einer Person (Lüdemann 2001: S. 47). Das Modell bildet die Grundlage der Fragestellung, da es die politische Wirksamkeit anhand zweier Dimensionen differenziert betrachtet (Diekmann und

Voss 2004: S. 19). Die *internal Efficacy* beschreibt die Selbsteinschätzung einer Person, über die Ressourcen zu verfügen, politischen Einfluss auszuüben. Die *external Efficacy* hingegen bezieht sich auf den Glauben einer Person, inwiefern das politische System auf die Einflussversuche reagiert (Vetter 1997: S. 12).

Hinsichtlich der Fragestellung stellt das Modell eine Möglichkeit der Operationalisierung dar, inwiefern die Mitglieder des Göttinger Jugendparlaments die Unzufriedenheit als ein Motiv zur Ausübung politischer Partizipation beschreiben und darüber hinaus ihre Einflussnahme einschätzen. Die Einordnung zweier Dimensionen stützt sich auf das erläuterte Modell, allerdings sind die Items oftmals nicht eindeutig zuzuschreiben, wodurch Unklarheiten bezüglich der Zuordnung nicht auszuschließen sind (vgl. Vetter 1997: S. 53).

## Motive und Ziele der Partizipation

Um die Unzufriedenheit als Motiv der Partizipation zu erklären, werden im nachfolgenden die verschiedenen Dimensionen der Fragestellung in den Ergebnissen dargestellt und anhand der Theorie und erhobenen Daten erläutert. Es wird die politische Partizipation der Jugendlichen sowie deren Hintergründe, die verschiedenen Motive und Anreize der Partizipation analysiert und versucht darzustellen, inwiefern dies mit dem Konzept der politischen Wirksamkeit in Verbindung steht. Hierbei wird die Bandbreite der Codierung dargelegt und die Ergebnisse u. a. in Bezug auf die methodischen Verfahren kritisch beleuchtet.

## Einordnung der politischen Partizipation

Die Partizipation der Jugendlichen in dem Göttinger Jugendparlament lässt sich durch seine repräsentative Struktur und dessen Wahlmodus als eine Form von politischer Partizipation definieren (vgl. Hafenecker/Niebling 2008: S. 124–125). Die politische Partizipation der Jugendlichen variiert innerhalb des Samples von der bloßen Anwesenheit bei den Sitzungen bis hin zu dem Engagement in Arbeitsgruppen und dem Ausführen von leitenden Ämtern.

Auch die behandelten Themen, mit welchen sich die Jugendlichen innerhalb des Jugendparlaments befassen, z. B. die Überdachung von Bushaltestellen (I4, 14), das Erstellen der Website (I2, 2) oder das Planen von Veranstaltungen (I3, 2) variieren neben ihrem investierten Zeitaufwand.

Zwei der vier Befragten geben an, neben ihrer Funktion im Jugendparlament noch weitere Ämter zu bekleiden oder sich zusätzlich in anderen Gruppen,

## Motive, Ziele, Hürden

Institutionen oder Gremien auf Landesebene zu engagieren (I2, 15). So gibt Tim<sup>4</sup> an, zusätzlich zu seinem Engagement im Jugendparlament eine leitende Aufgabe in seiner Schule auszuüben (I4, 2).

Darüber hinaus schätzen die Jugendlichen die politische Partizipation ihrer eigenen Generation unterschiedlich ein. Das politische Interesse ist als eine generelle, der Politik zugewandte Aufmerksamkeit definiert, die individuelle Bedürfnisse, Wertorientierungen und Nutzenerwartungen darstellt (vgl. Holtmann 2000: S. 271–274). Drei der vier Jugendlichen sind der Meinung, dass ihre Generation politisch aktiv sei und sich dies durch die Teilnahme an Demonstrationen von Fridays for Future oder ihrem generellen politischen Interesse ausdrücken würde (I1, I2, I4).

## Motive der Partizipation bei Jugendlichen

Die Analyse der zugrunde liegenden Daten hat gezeigt, dass die Motive der politischen Partizipation von Jugendlichen vielfältig und nicht auf die alleinige Unzufriedenheit mit den aktuellen politischen Gegebenheiten zu beschränken sind. Neben der Unzufriedenheit bilden auch moralische und soziale Anreize, sowie die Auswirkungen des Engagements auf die berufliche oder die persönliche Zukunft Motive.

## Unzufriedenheit

Es liegt die Annahme zugrunde, dass die Unzufriedenheit der Jugendlichen mit verschiedenen aktuellen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten ihr Partizipationsverhalten beeinflussen könnte. Da der vorab erstellte Leitfaden nur die Frage enthält, inwiefern aktueller Handlungsbedarf seitens der Jugendlichen empfunden wird, wurde jene zur Operationalisierung des Begriffs der Unzufriedenheit verwendet. Hierunter fallen aktuelle Zustände, die seitens der Jugendlichen kritisiert, für verbesserungswürdig gehalten oder als problematisch eingestuft werden.

Es zeigt sich, dass sich die Unzufriedenheit in verschiedene Themen ausdifferenzieren lässt. Die Unterkategorien der Unzufriedenheit stellen strukturelle Bedingungen wie das Wahlalter und das Klima dar, wobei jede der befragten Personen Unzufriedenheit in Form von empfundenem Handlungsbedarf äußert. Die Unzufriedenheit stellt somit ein Motiv dar, als dass verschiedene Handlungen für die Überwindung der Unzufriedenheit erfolgen müssen, um die antizipierten Handlungsziele der Jugendlichen zu erreichen (vgl. Schütz/Luckmann 2003: S. 473–475).

---

<sup>4</sup> Die Interviews liegen in anonymisierter Form vor, somit sind die Namen der Befragten pseudonymisiert.

Innerhalb der Kategorie der Unzufriedenheit machen strukturelle Bedingungen die häufigsten Aspekte aus. Strukturelle Bedingungen sind relativ dauerhafte Bedingungen, die einen Einfluss auf die Lebensbereiche der Jugendlichen haben und stellen außerdem ihre Einschätzungen gegenüber den politischen Organisationsstrukturen dar. Die Interviewpartner:innen kritisieren hierbei die aktuellen Rahmenbedingungen der Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im Allgemeinen sowie die Bedingungen der Partizipation im Jugendparlament. Anton bemängelt die grundsätzlichen Rahmenbedingungen des deutschen politischen Systems, welches Jugendliche nicht genügend einbinden würde (I2, 19). Die generelle Überalterung der Politik würde außerdem für eine fehlende Repräsentation von Jugendlichen sorgen (I4, 24). Tim beschreibt das Antragsverfahren innerhalb des Jugendparlaments als langwierig, wobei erst ein Antrag durchgekommen sei (I4, 8). Dies beobachtet auch Anna und erklärt, dass dies mit dem fehlenden Stimmrecht der Jugendlichen in den Ausschüssen zusammenhängen würde (I3, 31).

Neben fehlenden Möglichkeiten der Einflussnahme innerhalb des Jugendparlaments wird von allen Befragten eine Herabsenkung des Wahlalters in Deutschland als ein Mittel angesehen, um die politische Partizipation von Jugendlichen zu fördern. Der Hauptgrund hierfür sei laut Jonas „[...] den Jugendlichen auch ein richtiges Mittel, ein richtiges Werkzeug [zu] geben, um ihre Meinung zu vertreten“ (I1, 28).

Auch der Klimawandel ist ein Thema, welches die Jugendlichen beschäftigt und wobei Unzufriedenheit mit der bisherigen politischen Vorgehensweise besteht. Sie geben an, dass ungenügende Maßnahmen erfolgen würden (I2, 25), was aufgrund der Langfristigkeit des Klimawandels als kritisch eingestuft wird (I1, 16). In diesem Zusammenhang äußern zwei Befragte, dass sich viele Jugendliche innerhalb ihrer Generation an Protesten beteiligen würden, um die Aufmerksamkeit auf das Problem des Klimawandels zu lenken (I2, I4). Teilnehmer:innen einer Demonstration wollen ein gemeinsames Ziel erreichen und wünschen sich, wie in diesem Beispiel, eine größere Menge eines Kollektivguts.

Opp und Finkel beschreiben ebenfalls Kollektivgutanreize, die einen Einfluss auf die Teilnahme von Jugendlichen an Protesten und somit ihrer Partizipation haben (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 76). Ein Gut, was, wenn es einmal hergestellt ist, allen Mitgliedern einer Gruppe zugutekommt (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 74–75). Diese Güter können beispielsweise saubere Luft oder die generelle Erhaltung der Erde darstellen.

Motive, Ziele, Hürden

### Moralische und soziale Anreize

Neben der Unzufriedenheit können auch moralische- und soziale Anreize sowie die erhoffte Auswirkung der Partizipation auf die berufliche- oder persönliche Zukunft Motive der Partizipation darstellen. Moralische Anreize werden als internalisierte Normen, also dem Gefühl der Verpflichtung, sich engagieren zu müssen, zusammengefasst (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 76).

Anna gibt an, dass ein als störend empfundener Zustand durch eine Handlung geändert werden müsse (I3, 20). Die damit zugrunde liegende Norm wird durch den Beitrag, sich schon immer als revolutionär angesehen zu haben (I3, 48) und dem Ziel, die Welt verbessern zu wollen, unterstützt (I3, 50). Die Einschätzung spiegelt somit eine Annahme des eigenen Wertesystems wider.

Auch soziale Anreize wie Netzwerke, innerhalb derer ihre Mitglieder beispielsweise Anerkennung erhalten, oder Bezugspersonen, die dem Engagement positiv gegenüberstehen, sind von Bedeutung für die Ausübung politischer Partizipation (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 76). Anna nimmt die Anerkennung durch ihre Eltern wahr, indem sie sagt: „Meine Eltern würde ich sagen, finden das super, dass man mit mir schon mal angeben kann“ (I3, 10). Anton beschreibt, dass er selbst Freunde habe, die politisch aktiv seien, was sich wiederum verstärkend auf seine persönliche Partizipation auswirke (I2, 6).

Die Auswirkung des Engagements der Jugendlichen im Jugendparlament auf ihre persönliche und berufliche Zukunft wird als grundsätzlich positiv eingeschätzt und variiert von der Vorstellung, später einmal in dem beruflichen Feld der Politik arbeiten zu wollen (I1, 22) über den Nutzen für den persönlichen Lebenslauf (I3, 78) hin zu der Erlangung verschiedener Fähigkeiten, z. B. ein grundsätzliches politisches Verständnis (I3, 82) oder rhetorische Fähigkeiten zu erlangen.

### Politische Wirksamkeit

Die politische Wirksamkeit oder der wahrgenommene politische Einfluss beschreibt das Gefühl eines Individuums, dass politischer und sozialer Wandel möglich sei und durch die eigenen spezifischen Handlungen hervorgerufen werden kann. Sie definiert sich anhand der zwei genannten Dimensionen (vgl. Vetter 1997: S. 9).

Die Einstufung als *internal Efficacy* wurde vorgenommen, wenn die Jugendlichen positive Einschätzungen bezüglich ihrer eigenen Person angaben, beispielsweise politische Sachverhalte verstehen- oder sich bei Gesprächen zu politischen Themen beteiligen zu können (vgl. Vetter 1997: S. 12). Es wird deutlich, dass die Jugendlichen in Bezug auf die Partizipation im Jugendparlament die

Einschätzung vertreten, dass persönliche Fähigkeiten wie ein besseres Verständnis von Politik (I3, 82) durch die Partizipation gefördert wurde und sich auch positiv auf das Selbstbewusstsein auswirken würde (I4, 10). Auch ein starkes Interesse an politischen Themen könnte so verstärkend auf die Partizipation wirken (I1, 18).

Über die Effekte der *internal Efficacy* in Zusammenhang mit der Unzufriedenheit als Motiv lassen sich aufgrund der mangelnden Operationalisierung nur bedingt Aussagen treffen. Es ist des Weiteren nicht genau differenziert, inwiefern die Unzufriedenheit mit den aktuellen politischen Gegebenheiten, die Jugendlichen zu der Partizipation im Jugendparlament oder zur generellen Teilnahme an Protesten oder anderen Formen der Partizipation motiviert.

Für die *external Efficacy* wird deutlich, dass das empfundene Maß der eigenen Einflussnahme auf das politische System unterschiedlich wahrgenommen wird. Es variiert von der Aussage bei Jonas, in einem kleinen Ausmaß etwas bewirken zu können (I1, 10), bis hin zu dem Gefühl bei Anna, mit dem Jugendparlament bisher viel erreicht zu haben (I3, 24). Die Jugendlichen wurden hierbei u. a. bezüglich ihrer Einstellungen gegenüber Berufspolitiker:innen und der entgegengebrachten Anerkennung befragt. Anton erklärt, dass er die empfundene Wirksamkeit eher durch sein anderweitiges Engagement empfinde, wo er in einem größeren Ausmaß etwas bewegen könne als durch die Partizipation im Göttinger Jugendparlament (I2, 31)

Da keine Einschätzung über die Stärke des perzipierten Einflusses vorgenommen wurde, kann dies nur bedingt auf die zugrunde liegende Unzufriedenheit angewendet werden. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Jugendlichen bezüglich verschiedener aktueller Themen und Diskussionen Handlungsbedarf sehen und innerhalb des Jugendparlaments oder durch anderweitiges Engagement den Eindruck haben, etwas mit ihrem Engagement politisch bewirken zu können.

## Die Bedeutung der Unzufriedenheit als Motiv der Partizipation

Den Interviews sind diverse Gründe der politischen Partizipation zu entnehmen, z. B. das generelle politische Interesse, die Gemeinschaft innerhalb des Jugendparlaments oder die Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten. Es lässt sich schließen, dass die verschiedenen Anreize und Motive sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern ergänzen.

Die befragten Jugendlichen haben eine differenzierte Vorstellung davon, was sie als störend empfinden, z. B. die strukturellen Rahmenbedingungen des politischen Systems oder jene innerhalb des Jugendparlaments. Auch moralische- und soziale Anreize, sowie der antizipierte Einfluss des Engagements auf die berufliche und

persönliche Zukunft scheinen für die Jugendlichen Motive der Partizipation darzustellen. Durch ihr Engagement im Jugendparlament, beispielsweise innerhalb verschiedener Arbeitsgruppen, versuchen sie Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben.

Die Operationalisierung der Motive und Ziele der Jugendlichen stellte sich im Vergleich zu der Operationalisierung der Unzufriedenheit als eindeutiger heraus. Eine Grenze dieser Studie stellt somit die Operationalisierung der Unzufriedenheit dar, wobei es von Relevanz wäre, herauszufinden, welche Arten der Unzufriedenheit auf die Partizipation wirken. Anzunehmen ist, dass Individuen bei bestimmten Arten von Unzufriedenheit eher als bei anderen das Gefühl haben, mit ihrer Partizipation etwas verändern zu können (vgl. Opp/Finkel 2001: S. 104).

Die Forschung bezüglich des Motivs der Unzufriedenheit ist für den Rahmen dieser Forschungsarbeit abgeschlossen. Für zukünftige Forschung ist eine Messung der *internal* und *external Political Efficacy* anhand der *Political-Efficacy*-Kurzsкала interessant, welche die *internal* und *external Political Efficacy* anhand eines fünfstufigen Kategoriensystems untersucht, um der Einschätzung der Jugendlichen gegenüber ihren Kompetenz- und Einflussüberzeugungen Ausdruck zu verleihen (vgl. Beierlein et al. 2012: S. 7–8). Verschiedene Studien zeigen, dass Jugendliche zwar die Notwendigkeit des Engagements wahrnehmen, aber nicht der Überzeugung sind, dass das politische System darauf reagiert (vgl. Schneekloth/Albert 2019: S. 51). Diese Einschätzung hat somit weitreichende Konsequenzen für das Fortbestehen der Demokratie und könnte sich bei einer zunehmenden Unzufriedenheit sowie dem Gefühl der fehlenden Einflussmöglichkeiten negativ auf dieses auswirken.

Neben dem Erforschen verschiedener Motive wäre es außerdem wichtig, die von den Jugendlichen als störend empfundenen Rahmenbedingungen genau zu identifizieren und in Anbetracht des hohen Altersdurchschnitts innerhalb etablierter Parteien die Angebote der politischen Partizipation für Jugendliche zu verbessern (vgl. Gürlevik et al. 2016: S. 6-7).



## Bibliographie

- Barnes, S.; Kaase, M. (1997). Konventionelle politische Partizipation. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS). <https://doi.org/10.6102/ZIS153>.
- Beierlein, C.; Kemper, C. J.; Kovaleva, A; Rammstedt, B. (2012). Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen: Political Efficacy Kurzsкала (PEKS). Köln, GESIS- Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Burdewick, I. (2003). Jugend, Politik, Anerkennung: eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Opladen, Leske + Budrich.
- Deth, J.W. van (2009). Politische Partizipation. In: V. Kaina/A. Römmele (Hg.). *Politische Soziologie: ein Studienbuch*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, S. 141–161.
- Diekmann, A; Voss, T. (2004). Die Theorie rationalen Handelns. Stand und Perspektiven. In: A. Diekmann/T. Voss (Hg.). *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Probleme*. München, R. Oldenbourg, S. 13–29.
- Farin, K. (2020). Jugend – Politik – Partizipation. In: M. P. Haarmann/S. Kenner/D. Lange (Hg.). *Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische, Bürgerbewusstsein*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 129–137.
- Gaiser, W. (2015). Partizipationswünsche junger Menschen ... und wie man darauf reagieren könnte. In Friedrich Ebert Stiftung (Hg.). *FES-Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse*, S. 11–12.
- Gaiser, W.; Rijke, J. de (2001). Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend – Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44, S. 8–16.
- Grümer, K.-W. (1974). Beobachtung. Stuttgart, B. G. Teubner.
- Gürlevik, A.; Hurrelmann, K.; Palentien, C. (2016). Jugend und Politik im Wandel? In: A. Gürlevik/K. Hurrelmann/C. Palentien (Hg.). *Jugend und Politik*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–24.

Motive, Ziele, Hürden

- Hafeneger, B.; Niebling, T. (2008). Kinder- und Jugendparlament. In: N. Kersting (Hg.). *Politische Beteiligung*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123–141.
- Holtmann, E. (Hg.) (2000). Politik-Lexikon. 3., völlig überarbeitete und erw. Aufl. München, Oldenbourg.
- Kastl, J.-M. (2017). Inklusion, Integration und Teilhabe. In: J. M. Kastl (Hg.). *Einführung in die Soziologie der Behinderung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 211–250.
- Kuckartz, U.; Rädiker, S. (2022). Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung: Grundlagentexte Methoden. 5. Auflage. Weinheim Basel, Beltz Juventa.
- Lischewski, J.; Busse, R.; Seeber S.; Baethge, M. (2020). Der Einfluss von schulischer, nachschulischer und Erwachsenenbildung auf die politische Partizipation. Ein integratives Modell unter Kontrolle des familiären Hintergrundes. *Soziale Welt* 71 (4), S. 375–406.
- Lüdemann, C. (2001). Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998. In: A. Koch/M. Wasmer/P. Schmidt (Hg.) *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 43–71.
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: N. Baur/J. Blasius (Hg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.
- Opp, K.-D.; Finkel, S. E. (2001). Politischer Protest, Rationalität und Lebensstile. Eine empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle. In: A. Koch/M. Wasmer/P. Schmidt (Hg.). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73–108.
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2019). Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: N. Baur/J. Blasius (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–123.
- Schneekloth, U.; Albert, M. (2019). Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: M. Albert/K. Hurrelmann/G. Quenzel (Hg.). *Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort, Bd. 18, Shell Jugendstudie*. Weinheim, Beltz, S. 48–97.

- Schnurr, S. (2018). Partizipation. In: G. Graßhoff, A. Renker und W. Schröer (Hg.) *Soziale Arbeit*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 631–648.
- Schütz, A.; Luckmann, T. (2003). *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK Verl.
- Steinbrecher, M. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Nomos.
- Vetter, A. (1997). *Political efficacy - Reliabilität und Validität: alte und neue Messmodelle im Vergleich*. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl.

# UNSTRUKTURIERTE FORMEN DER POLITISCHEN PARTIZIPATION

---

# **Postkoloniale Aufarbeitung in Göttingen– Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen**

Frieda Tertelmann

## **Zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss für postkoloniale Aufarbeitung**

Bis heute werden die Spuren des Kolonialismus in deutschen Städten durch Denkmäler, welche deutsche Soldat:innen des Genozids an den Herero und Nama ehren, kolonial verherrlichende Straßennamen oder koloniale Sammlungen in deutschen Museen gekennzeichnet. Erst im Jahr 2018 erklärte die deutsche Bundesregierung im Koalitionsvertrag, dass „[...] zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland die Aufarbeitung [...] der deutschen Kolonialgeschichte [...] [gehört]“ (CDU/CSU/SPD 2018: 168). Dieser späte Bruch in der Amnesie bezüglich deutscher kolonialer Aufarbeitung trägt zu den immer noch bestehenden postkolonialen Spuren auch im städtischen Bild bei.

Gegen diese verzögerte postkoloniale Aufarbeitung haben sich in einzelnen deutschen Städten Menschen und Gruppen zusammengeschlossen, um postkoloniale Aufarbeitung zu fördern. Ein Beispiel stellt die Vernetzung *Göttingen Postkolonial* dar, welche sich in Göttingen gegründet hat, um zu postkolonialer Aufarbeitung und kolonialen Kontinuitäten zu arbeiten. Einen Teil ihrer Arbeit umfasst beispielsweise die Gestaltung eines postkolonialen Stadtrundganges in Göttingen zur Förderung der Sichtbarkeit lokaler kolonialer Geschichte. Das Bestehen und die weitgehend ehrenamtliche Arbeit der Vernetzung gründet sich wesentlich auf die aus ihrer Perspektive nicht ausreichenden Aufarbeitungskonzepte bezüglich des Kolonialismus in der Stadt Göttingen (Ausschuss für Kultur und Wissenschaft/ Stadt Göttingen 2022).

Aufgrund dessen befasst sich dieser Beitrag mit der übergeordneten Frage, inwiefern sich Interessenkonflikte in den postkolonialen Aufarbeitungsprozessen zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen<sup>5</sup> wiederfinden. Diese wird durch zwei Unterfragen konkretisiert: Erstens, wodurch sich mögliche Interessenkonflikte auszeichnen und zweitens, welche Problemfelder mit diesen Interessenkonflikten in Verbindung stehen. Zwei qualitative Interviews liegen dieser Arbeit zugrunde.

Um sich mit der oben genannten Thematik auseinanderzusetzen, wird erstens die wissenschaftliche und politische Relevanz aufgezeigt und der Begriff „postkolonial“ in die wissenschaftliche Debatte eingeordnet. Darauf folgt zweitens eine Darstellung des Theoriebezugs, in welcher die *Dekolonisierung des kollektiven Gedächtnisses* von Torres (2017) aufgegriffen wird. Drittens wird das Forschungsdesign bezüglich der qualitativen Forschungsmethode, des Forschungsfeldes, der Erklärung des methodischen Verfahrens und des Samplings sowie der Theoriebildung dargestellt. Die gewonnenen Ergebnisse werden viertens in Bezug auf einen bestehenden Interessenkonflikt, den damit zusammenhängenden Einflussfaktoren und Problemfeldern sowie den Forderungen der Vernetzung Göttingen Postkolonial gegenüber der Stadt Göttingen dargestellt, diskutiert und mit den theoretischen Bezügen aufbereitet. Abschließend werden im Fazit die Ergebnisse hinsichtlich der Fragestellung erneut aufgegriffen und zusammengefasst. Ein kurzer Ausblick auf mögliche weiterführende Forschungsmöglichkeiten rundet den vorliegenden Beitrag ab.

## Postkoloniale Forschung

Themengegenstand des Beitrags sind Veröffentlichungen zur Postkolonialität. Der Begriff postkolonial bedarf einer definitorischen Einordnung, denn „trotz aller Versuche der Klärung [...] [bleibt] der Begriff „postkolonial“ unscharf und heiß debattiert“ (Castro Varela/Dhawan 2005: S. 16). Unter dem Begriff Postkolonial wird sich der Einordnung von Castro Varela und Dhawan angeschlossen, welche Postkolonialismus als etwas verstehen, dass „[...] nicht einfach als etwas gedacht werden [kann], dass ›nach‹ dem Kolonialismus eingetreten ist, sondern muss als eine Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen betrachtet

---

<sup>5</sup> Die Verwendung des Begriffs Stadt Göttingen wird aus dem Deutungsrahmen der Interviewperson übernommen. Dabei bleibt meist unklar, welche konkreten Akteure (bspw. die Kommunalverwaltung, die Bürgermeister:in, der Kulturausschuss) gemeint sind. Um eine begriffliche Einheitlichkeit zu erlangen, wird der weniger häufig, aber meist äquivalent zu Stadt Göttingen verwendete Begriff Stadtpolitik Göttingen, nicht verwendet.

werden“ (2005.: S. 16). Relevant ist dabei der Aspekt des Fortbestehens kolonialer Kontinuitäten.

Innerhalb der Forschung und der Zivilgesellschaft finden sich nur marginal Beiträge, die postkoloniale Aufarbeitung in Städten hinsichtlich zivilgesellschaftlichen Engagements betrachten. Auch konzentrieren sich die vereinzelt Arbeiten eher auf deutsche Großstädte und weniger auf kleinere Städte wie der Zwischenbericht *Decolonize Berlin* (Decolonize Berlin e. V. 2020) mit Fokus auf die Großstadt Berlin zeigt. Der regional begrenzte Zwischenbericht *Decolonize Berlin* (Decolonize Berlin e. V. 2020) beschreibt die „[...] ersten Ergebnisse des Beteiligungsprozesses für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit [...]“ (ebd.: S. 4). Zur Analyse der postkolonialen Debatte in Deutschland erklärt Pape, dass aufgrund der im europäischen Vergleich kurzen expansiven deutschen Kolonialepoche von 30 Jahren die Relevanz und Auswirkungen dieser Zeitepoche bisher als weniger wichtig in der deutschen historischen Aufarbeitungskultur angesehen wurde (2017: S. 2). Dies kann eine Erklärung für die geringe Forschung zum Thema Postkolonialität und seine Aufklärung liefern.

Das Sammelwerk *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven* (Zwischenraum-Kollektiv 2017) erweitert durch unterschiedliche wissenschaftliche und teilweise aktivistische Perspektiven, die dekolonisierende Wissensgenerierung in Bezug auf europäische Städte. Zentral wird die Manifestierung von Postkolonialität im europäisch-städtischen Raum und die Ausgestaltung einer dekolonialen Stadt thematisiert.

Die Arbeit *Multidirektionale Formen des Erinnerns und Vergessens* von Trzeciak (2020) greift Postkolonialität am Beispiel einer postkolonialen und postsozialistischen Stadtführung in Cottbus aus dem Bereich der *memorie studies* mit Bezügen zur Stadtgeschichte auf. Darin wird analysiert, „[...] wie entinnerte und marginalisierte Geschichten durch dialogische und multiperspektivische Methoden der Erinnerungsarbeit sichtbar gemacht werden können“ (ebd.: S. 10). Dabei zeigt sich, dass „[...] die dialogische Methode der Stadtführung [...] einen Raum für ambivalente, sich überlagernde Formen der multidirektionalen Erinnerung herstellen kann“ (ebd.: S. 2).

Hinsichtlich der Erkenntnisse zu postkolonialem Aktivismus in Deutschland finden sich nur vereinzelt Erwähnungen innerhalb der Forschung wieder. Pape erklärt exemplarisch, dass sich die ersten Gründungsentwicklungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche sich mit kolonialer Aufarbeitung beschäftigen, ungefähr ab Mitte der 2000er-Jahre abzeichneten (2017: S. 6). Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen

Organisationen beinhaltet mitunter dekoloniale Stadtrundgänge, Änderungen von Straßennamen und Bildungsarbeit (ebd.: S. 6). Auch Decolonize Berlin e. V. greift postkolonialen Aktivismus innerhalb Deutschlands auf und erklärt:

Wenn heute stellenweise diese Geschichten im öffentlichen Raum sichtbar werden, ist es dem ausdauernden Bemühen postkolonialer und afrodiasporischer Initiativen zu verdanken. Mit kolonialkritischen Rundgängen machen sie den öffentlichen Raum als Lern- und Erinnerungsort erlebbar, eröffnen Perspektivwechsel auf die eigene Geschichte und verinnerlichte Geschichtsbilder und fordern die Beteiligung an der Gestaltung des öffentlichen Raums ein. (2021: S. 32)

Die afrodiasporischen Initiativen müssen immer wieder betonen, dass eine Inkludierung ihrer Positionen und Perspektiven innerhalb der postkolonialen Aufarbeitung und Verhandlungen zu deutschen Reparationszahlungen zwingend notwendig ist, jedoch häufig wenig Berücksichtigung erfahren. So erklärte die *Herero People's Reparations Corporation* gegenüber Pape: „It cannot be about us without us. Anything about us without us is against us“ (2017: S. 4).

Wichtig in diesen Zusammenhang einzuordnen ist, dass die deutsche Bundesregierung erst 2021 den Genozid an den Herero und Nama von 1904 bis 1908 anerkannt hat (Deutscher Bundestag 2023: S. 4). Diese späte Verantwortungsübernahme der deutschen Bundesregierung wird immer wieder kritisiert, so auch im Rahmen des lokalen Beispiels dieser Forschung.

Das Süd-West-Afrika-Denkmal in Göttingen, welches die verstorbenen Soldaten im Genozid an den Herero und Nama ehrt, steht in der öffentlichen Kritik (Fachdienst Kultur der Stadt Göttingen 2007). Das Denkmal stellt in den geführten Interviews einen lokalen Aufhänger dar, weshalb es innerhalb dieser Arbeit als ein wiederkehrendes Beispiel auftritt.





Abbildung 2: Aktivistische Verhüllung des Süd-West-Afrika Denkmals © Göttingen Postkolonial

Im Hinblick auf diese Lücke zur postkolonialen Aufarbeitung in Städten und dem damit zusammenhängendem zivilgesellschaftlichen Engagement stellt diese Arbeit einen relevanten Beitrag innerhalb der wissenschaftlichen Forschung zur Postkolonialität und politische Partizipation dar.

## Dekolonisation des kollektiven Gedächtnisses nach Torres

Um die Forschungsfrage nach möglichen Interessenkonflikten zwischen der Stadt Göttingen und der Vernetzung Göttingen Postkolonial zu beantworten, wird das Konzept der *Dekolonisation des kollektiven Gedächtnisses in den Museen der Stadt* von Torres (2017) herangezogen.

Innerhalb des Konzepts der Dekolonisation des kollektiven Gedächtnisses übt Torres Kritik an den meisten Theorien zum kollektiven Gedächtnis aufgrund fehlender Berücksichtigung von Machthierarchien, Rassismus und der Rolle von *Weißsein*<sup>6</sup> (ebd.: S. 136). Dabei wird ein für alle geltendes universelles kollektives Gedächtnis konstruiert, welches jedoch eine *weiße* Perspektive repräsentiert und somit

<sup>6</sup> Die kleine, kursive Schreibweise des Begriffs *weiß* verdeutlicht, dass *weiß* eine Analysekategorie für unterdrückende Machtverhältnisse darstellt und keine physischen Merkmale benennt.

marginalisierte und andere Perspektiven ausschließt (ebd.: S. 136). Die zentrale Bedeutung der Analyse des kollektiven Gedächtnisses von Torres liegt darin, dass durch koloniale Machtstrukturen in westlichen Gesellschaften das derzeitige kollektive Gedächtnis als für die Gesamtgesellschaft repräsentativ dargestellt wird. Dass dieses jedoch von einer dominierenden Gruppe, die sich als *Weiß* definiert, erschaffen wurde, verdeckt die postkolonialen Machtstrukturen in den gesellschaftlichen Erinnerungsstrukturen und blendet ihre Herrschaftsstellung aus (ebd.: S. 142).

Die Theorie von Torres (ebd.) bezieht sich spezifisch auf den Museumskontext, welcher als Ort das vermeintlich universelle kollektive Gedächtnis greifbar und sichtbar macht. In dieser Arbeit wird die Theorie auf den städtischen Kontext angewendet, indem die Stadt (bspw. das Stadtbild, die Stadtpolitik, städtische Strukturen) als ein Ort begriffen wird, in dem das kollektive Gedächtnis und somit postkoloniale Strukturen sichtbar werden.

Torres erklärt, dass die Dekolonisierung des kollektiven Gedächtnisses einerseits durch ausgeglichene Repräsentationsmöglichkeiten aller Gesellschaftsgruppen und das Zusammenbringen dieser in einem kollektiven Gedächtnis ermöglicht wird und andererseits durch das Erkennen und Auflösen diskriminierender Strukturen. Zentral ist dabei die Schaffung eines gleichwertigen Dialogs zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihren historischen Erinnerungen ohne die Reproduktion diskriminierender Strukturen (ebd.: S. 143–144). Gleichzeitig „[muss] die zentrale Frage [...] lauten, ob die epistemische Grundlage eine Plattform für einen Dialog bietet oder tendenziell nicht. Es muss darum gehen, wie ein Dialog über das Fabrizieren von Repräsentation stattfinden kann“ (ebd.: S. 144). Torres betont, dass „es nicht [reicht], rassifizierte Personen mit ins Team zu holen. Wichtiger ist, dass Menschen eingeladen werden, einen Beitrag zu leisten, um den Dialog für Themen zu öffnen, die über eurozentrische Epistemologien hinausgehen“ (ebd.: S. 146).

Repräsentationsfragen, Dialog auf Augenhöhe, ohne die Reproduktion von diskriminierenden Strukturen und Ablehnung eines Eurozentrismus bieten einen geeigneten theoretischen Rahmen für die Analyse möglicher Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen.

## Empirische Durchführung

Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet: Inwiefern existieren Interessenkonflikte in den postkolonialen Aufarbeitungsprozessen zwischen der Stadt Göttingen und der Vernetzung Göttingen Postkolonial? Folgende zwei Unterfragen spezifizieren diese:

Erstens, wodurch sich mögliche Interessenkonflikte auszeichnen und zweitens, welche Problemfelder mit diesen Interessenkonflikten in Verbindung stehen.

Die Beantwortung dieser Fragestellung beruht auf einer qualitativen Datenerhebung mit zwei semi-strukturierten Leitfadeninterviews. Durch die Auswahl dieses Erhebungsinstruments wird trotz vorformulierter Leitfragen eine offene Herangehensweise an das oben genannte Thema ermöglicht. Dadurch können mögliche, vorher nicht beachtete Aspekte als relevant auftreten, wodurch eine erweiterte Erkenntnisgenerierung bezüglich des Themas dieser Arbeit entstehen kann.

Die Verwendung des semi-strukturierten Leitfadeninterviews ermöglicht es, einen groben thematischen Rahmen vorzugeben und geordnete Antworten zu erhalten. Folgende zwei Fragen stehen beispielhaft für die gestellten Interviewleitfragen: Auf welche größeren Hindernisse oder Probleme stoßt ihr bei eurer Arbeit? Wie ist die Reaktion der Stadt auf die Themen, die ihr als Vernetzung einbringt? Im Anschluss an die geführten Interviews wurde ein Interview-Memo erstellt, um unmittelbar nach dem Treffen die wichtigsten Erkenntnisse und Eindrücke der Interviews festzuhalten.

Bei der Überlegung bezüglich einer Interviewperson, welche erkenntnisgenerierende Antworten geben könnte, wurde ein Interview mit einer Person aus der Vernetzung Göttingen Postkolonial in Betracht gezogen. Aufgrund zeitlicher Kapazitäten und des festgelegten zeitlichen Umfangs dieser Arbeit konnte kein Interview mit einer Person aus dem Kulturausschuss der Stadt Göttingen stattfinden. Die Entscheidung, ein Interview mit der Vernetzung Göttingen Postkolonial zu führen, ist vor dem Hintergrund des vorgegebenen Seminarthemas „politische Partizipation“ einzuordnen. Da die Vernetzung Göttingen Postkolonial zivilgesellschaftlich organisiert ist und durch ihr Handeln versucht, Einfluss auf die Stadtpolitik und ihren Output zu erhalten, nehmen sie durch politische Partizipation aktiv am politischen Diskurs in Göttingen zur historischen postkolonialen Aufarbeitung teil. Auf Grundlage dessen wurde die Vernetzung Göttingen Postkolonial für eine Interviewanfrage kontaktiert. Der Erstkontakt zur Vernetzung erfolgte über Mail.

Die konkrete Personenauswahl für ein Interview aus der Vernetzung kam zufällig zustande, da der Auswahlprozess innerhalb der Vernetzung und somit ohne externen Einfluss stattfand. Das Interview wurde mit einer zentralen Person aus der Vernetzung geführt, welche bereits Vorerfahrung mit qualitativen Interviews besaß. Anzumerken ist, dass der:die Interviewte aus eigener Perspektive erzählte, jedoch viel Wissen über die allgemeinen Positionen und Strukturen der Vernetzung besitzt.

In Bezug zur Interviewsituation ergibt sich eine Besonderheit: Es wurden zwei semi-strukturierte Leitfadeninterviews zeitlich nacheinander an einem ruhigen Ort mit der gleichen Interviewperson und zwei Interviewerinnen durchgeführt, die einem unterschiedlichen Zweck dienten (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: S. 164). Die Fragen bezüglich des ersten Interviews wurden im Rahmen einer Abschlussarbeit einer Studierenden gestellt, wobei die Länge dieses Interviews 14:40 Minuten umfasste. Die Fragen des zweiten Interviews bezogen sich auf das hier beschriebene Forschungsprojekt. Letzteres hatte eine Gesamtlänge von 11:52 Minuten. Beide Interviews wurden mithilfe eines Handymikrofons aufgenommen. Da der/die Interviewte nur geringe zeitliche Ressourcen besaß, wurden die Interviews zusammengelegt und mit Einverständnis der späteren gegenseitigen wissenschaftlichen Nutzung durchgeführt.

Die Datenaufbereitung beruht auf den zwei geführten Interviews, welches mithilfe der Transkriptionssoftware f4 transkribiert und mit einem einfachen Transkriptionssystem überprüft wurde (Dresing/Pehl 2015: S. 21–23).

Die von Glaser und Strauss (1967) entwickelte Analysemethode der Grounded Theory stellt in Bezug auf die Forschungsfrage und angesichts der marginal ausgestalteten Literaturlandschaft eine geeignete Auswertungsmethode dar. Die Grounded Theory gibt vor, dass die Datenerhebung auf Grundlage der Forschungsfrage und die Theorieentwicklung auf Grundlage der Daten erfolgt, wodurch keine Hypothesentestung stattfindet (Mey/Mruck 2011). Innerhalb der Grounded Theory wurden für die Datenerhebung die Codes induktiv aus dem Material heraus gebildet, wodurch eine offene Herangehensweise an die Daten entsteht. Der Auswahlprozess erfolgte mittels des Auswertungsprogramms MAXQDA.

Für die Datenauswertung stellt die Codierung der Daten den ersten Schritt dar. Neben einem „offenen Codieren“, bei welchem erstmalig Codes für Textstellen generiert werden, wird „selektiv kodiert“, wobei die bereits vorhandenen Codes segregiert und ausgesucht werden. Im zweiten Schritt werden die bereits bestehenden Codes hierarchisiert und nach Verbindungen untereinander gesucht. Der dritte Schritt stellt eine Kategorienbildung dar, bei der die Codes zusammengefasst und übergeordnete Kategorien gebildet werden. Letztlich werden die schon möglicherweise erkennbaren theoretischen Verknüpfungen weiter herausgearbeitet und konkretisiert. Der ganze Kodierungsprozess muss als ein zirkulärer Vorgang begriffen werden, in dem die einzelnen Schritte wiederholt werden.

Bezogen auf diese Arbeit wurden die für die Beantwortung der Forschungsfrage als relevant betrachteten generierten Kategorien in ein Schaubild

übertragen und in Beziehung zueinander gebracht, um theoretische Zusammenhänge darzustellen. Dieses wird im nächsten Abschnitt dargestellt.

## Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen

Im Folgenden werden die gewonnenen Ergebnisse der Grounded Theory Methode, welche induktiv erhoben wurden, ausgeführt und in Abbildung 3 graphisch dargestellt.

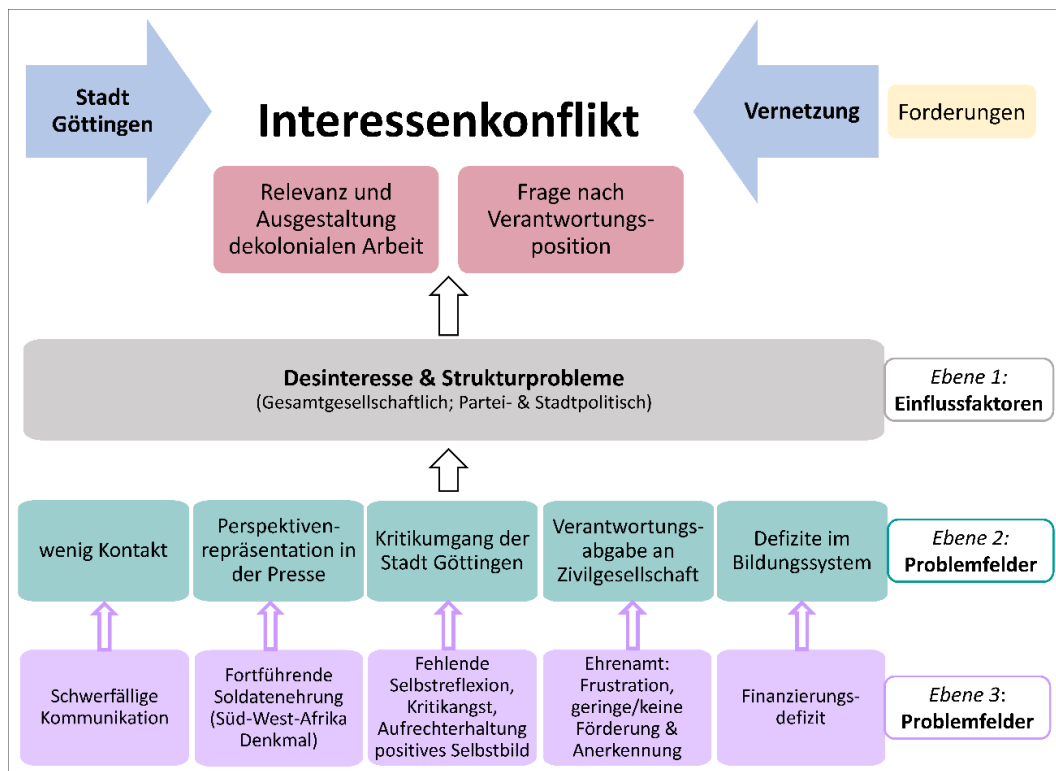


Abbildung 3: Interessenkonflikte zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen © eigene Darstellung

Aus der Analyse der zwei Interviews hat sich ergeben, dass ein Interessenkonflikt aus Sicht der Vernetzung Göttingen Postkolonial zwischen ihnen und der Stadt Göttingen in Bezug auf die postkoloniale Aufarbeitung und das Aufzeigen kolonialer Kontinuitäten besteht. Dabei kann der Interessenkonflikt verstanden werden als untereinander differierende Positionen, welche sich auf unterschiedliche Sichtweisen hinsichtlich der Relevanz und der Ausgestaltung dekolonialer Arbeit in Göttingen sowie die Zuständigkeiten in der Verantwortungsübernahme beziehen. Dies wird in der Abbildung 3 rot hinterlegt dargestellt.

### Einflussfaktoren (Ebene 1)

Zur Beantwortung der zwei Unterfragen, wodurch sich mögliche Interessenkonflikte auszeichnen und welche Problemfelder mit diesen Interessenkonflikten in Verbindung stehen, hat sich aus dem Interview ergeben, dass aus der Sicht von Göttingen Postkolonial folgende zwei wiederkehrende Einflussfaktoren mit dem Interessenkonflikt in Verbindung stehen: erstens ein grundlegendes gesamtgesellschaftliches, partei- und stadtpolitisches Desinteresse gegenüber dekolonialen Aufarbeitungsprozessen und der Arbeit der Vernetzung Göttingen Postkolonial. Zweitens liegen strukturelle Probleme in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen vor.

Diese zwei Einflussfaktoren sind für den Interessenkonflikt zugleich grundlegend, erzeugen oder verstärken ihn und in Abbildung 3 grau dargestellt. In Bezug auf das Desinteresse der Stadt Göttingen ist eine Differenzierung zwischen überparteilichen Desinteressen notwendig. Die Interviewperson verdeutlicht, dass die Stadtpolitik keinen homogenen Akteur repräsentiert, sondern Unterschiede zwischen den jeweiligen Parteien vorhanden sind:

[...] unterschiedliche politische, stadtpolitische Parteien, die auch unterschiedliche Schwerpunkte haben und wo ich denke, dass einerseits manche auch einfach kein Interesse haben, die Geschichte umzuschreiben, die ja gerade noch Deutschland weiter ehrt, auch in dieser Zeit und in diesem Krieg und den Genozid [...] [I1/B2, Z. 38-42].

Die in der Abbildung 3 dargestellten Problemfelder als Ebene 2 (grün) und Ebene 3 (lila) konkretisieren und erklären die zwei übergeordneten Einflussfaktoren des Desinteresses und der strukturellen Probleme.

### Analyse der Problemfelder (Ebene 2 und 3)

Auf zwei Ebenen wurden jeweils fünf einzelne Problemfelder herausgearbeitet:

Ebene 2: wenig Kontakt zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen; einseitige Perspektivenrepräsentation in der lokalen Presse; der Umgang der Stadt Göttingen mit der ihnen gegenüber geäußerten Kritik; Verantwortungsabgabe der Stadt Göttingen an die Zivilgesellschaft; Defizite im Bildungssystem bezüglich Kolonialismus und seiner Kontinuitäten.

Ebene 3: schwerfällige Kommunikation zwischen der Stadt Göttingen und der Vernetzung Göttingen Postkolonial; fortführende Ehrung der Soldaten bezogen auf das Süd-West-Afrika-Denkmal; fehlende Selbstreflexion, Kritikangst, Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes in der Stadt Göttingen; Frustration, geringe/keine Förderung und Anerkennung von Ehrenamt; Finanzierungsdefizit.

Die Hierarchisierung der Problemfelder auf zwei übereinander stehenden Ebenen verdeutlicht eine weitere Ausdifferenzierung der Problemfelder von Ebene 2

durch die Problemfelder von Ebene 3. Die Notwendigkeit, diese Ausdifferenzierung vorzunehmen, liegt in dem Anspruch, die zwei übergeordneten Einflussfaktoren des Desinteresses und der Strukturprobleme möglichst genau darzustellen.

Das erste Problemfeld (grün) zeigt sich in dem beschriebenen geringen Kontakt zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen. Dies verdeutlicht sich an folgender Aussage: „Aber es ist kein (...) also wir wurden jetzt noch nie wirklich eingeladen oder so. Oder eben es gab nie Treffen zwischen Stadt und Göttingen [...]“ (I2/B2, Z. 12-14).

Spezifiziert äußert sich der geringe Kontakt in einem eher schwerfälligen Kommunikationsverhältnis (lila), wie es von der Interviewten erklärt wird: „Es [ist] sehr träge und schwerfällig und man muss da schon eher hinterher sein und auch sehr viel Zeit und Energie reininvestieren“ (I1/B2, Z. 91-92).

Der von der Interviewperson beschriebene geringe Kontakt, welcher mitunter gekennzeichnet ist durch eine schwerfälligere Kommunikation, kann als Erklärung bezüglich des Desinteresses von städtischer Seite herangezogen werden. Dabei zeigen sich auf parteilicher Ebene Unterschiede, bei welchen die Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihre Jugendpartei die intensivsten Kontaktpartner:innen darstellen. Gleichzeitig kann statt eines Desinteresses ein zeitlicher und monetärer Kapazitätsmangel innerhalb der Stadt Göttingen vorliegen.

In Bezug auf die Theorie von Torres (2017) wird diesbezüglich deutlich, dass auch wenn die Stadt möglicherweise Interesse an einer Dekolonisierung des kollektiven Gedächtnisses hat, dieses durch fehlende finanzielle Mittel zeitlich nach hinten verschoben werden würde. In dieser Arbeit fehlt jedoch die Einschätzung der Kontaktintensität und mögliche Nennung von Gründen vonseiten der Stadt Göttingen, weshalb nur aus einseitiger Perspektive von einem geringen Kontakt und dem im Interview ausgedrückten Desinteresses gesprochen werden kann.

Das zweite Problemfeld stellt die fehlende Perspektivenrepräsentation in der lokalen Presse bezogen auf das Süd-West-Afrika-Denkmal dar (grün). Diese hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung der dekolonialen Arbeit und somit auch auf den Interessenkonflikt zwischen der Stadt Göttingen bzw. der konkret benannten Stadtverwaltung und der Vernetzung Göttingen Postkolonial.

„[...] wo wir auch die Presse eingeladen haben und niemand gekommen ist. Also von der Öffentlichkeit her ist es nicht so einfach, da eine Resonanz zu bekommen“ (I1/B2, Z. 139-141).

Aus der Perspektive der Vernetzung zeigt sich, dass die Fortführung der Ehrung der Soldat:innen durch das Süd-West-Afrika-Denkmal weiterhin ein zentrales Konfliktfeld in Bezug auf die Stadt darstellt (lila): „Und natürlich ist es ein Kritikpunkt an die

Stadtverwaltung, dass sie so einen Genozid verherrlichendes Denkmal weiter stehen lassen will seit Jahrzehnten“ (I2/B2, Z. 59-61).

Die von der Interviewperson beschriebene einseitige Darstellung der Perspektive, welche für das Bestehen des Süd-West-Afrika-Denkmal argumentiert, kann auch in Bezug zur Theorie von Torres (2017) gestellt werden. Der Ausschluss der Erfahrungen und Perspektiven der Nachfahren der Herero und Nama kann hierdurch als eine Festigung der Konstruktion des *weißen* universellen kollektiven Gedächtnisses verstanden werden, welches eine eurozentrische Sichtweise vertritt. Dabei kann dieser Ausschluss als ein Teil der Marginalisierung verstanden werden. Auch die Stadt Göttingen würde bezüglich der Theorie von Torres (2017) dieses konstruierte *weiße* universelle kollektive Gedächtnis durch das Bestehen und die fehlende Auseinandersetzung mit der Problematik des Süd-West-Afrika-Denkmal repräsentieren.

Der Kritikumgang der Stadt Göttingen erklärt aus Sicht von Göttingen Postkolonial das dritte Problemfeld (grün). Dieses konkretisiert sich durch eine fehlende Selbstreflexion, Kritikangst und den Versuch der Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes der Stadt Göttingen gegenüber den Bürger:innen (lila) und wird durch folgende Aussage verdeutlicht:

Und wenn man diese Kritik nicht hören will oder nicht annehmen will, auch als Selbstkritik, dann versperrt man sich so ein bisschen, eine gute Umgangsweise damit. Und wir müssen nicht in der Position sein, die von außen kritisieren, sondern das wäre eigentlich was, wo ich erwarten würde, dass man das als Stadt auch selber schafft und sich immer, nicht immer nur halt ins positive Licht rücken will (I2/B2, Z. 61-65).

Azarmandi und Hernandes erklären, dass an einem Prozess zur historischen Darstellung in der Stadt ein gleichwertiger dialogischer Austausch und eine Diskussion notwendig ist (2017: S. 101). Ein grundlegendes Element für einen gleichwertigen Dialog ist einerseits die Fähigkeit, sich mit Kritik auseinanderzusetzen, welche mitunter die Grundlage einer Beschäftigung mit Eurozentrismus und somit Dekolonialisierung bildet. Andererseits erklärt Torres, dass ein gleichwertiger und vielfältiger Dialog aus einer Perspektivenrepräsentation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bestehen muss, welche gleichermaßen miteinbezogen werden (2017: S. 143–144).

Die Vernetzung Göttingen Postkolonial stellt durch den Zusammenschluss mehrerer Initiativen und Einzelpersonen sowie durch die Zusammenarbeit mit den Nachfahren der Herero und Nama eine breitere Perspektivenrepräsentation dar. Die durch die Vernetzung Göttingen Postkolonial bereits vorhandene vielfältige Perspektivenrepräsentation könnte somit aufgegriffen und zu einem besseren



Kritikumfang sowie zu dekolonialen Aufarbeitungsprozessen innerhalb der Stadt Göttingen führen.

Das vierte Problemfeld beruht auf der Verantwortungsabgabe der Stadt Göttingen an die Zivilgesellschaft (grün). Dabei ist wichtig zu nennen, dass die Vernetzung Göttingen Postkolonial als Zusammenschluss aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen Teile der Zivilgesellschaft darstellt. Das vierte Problemfeld konkretisiert einen großen Frustrationspunkt innerhalb der ehrenamtlichen Arbeit, welcher sich in einer zu geringen bis keiner Förderung und Anerkennung darstellt (lila), wie sich folgend im Interview zeigt:

Ja, als wäre es unsere Aufgabe als Menschen, die das sehen und wahrnehmen und wichtig finden, das auch dann umzusetzen. Und das finde ich halt nicht, weil es reicht schon, wenn man darauf hinweist als Zivilgesellschaft (I1/B2, Z. 121-124).

Die Frage nach der Verantwortungsposition als ein Grundbaustein des Interessenkonfliktes knüpft an weitere Fragen an: Wer definiert, welches Ausmaß an Mitarbeit an dekolonialen historischen Aufarbeitungsprozessen die Stadt Göttingen legitimerweise von der Zivilgesellschaft erwarten kann? Eine Antwort auf die Frage würde in Bezug auf die Theorie von Torres (2017) bedeuten, in einen bereits oben angesprochenen, gleichwertigen Dialog über diese Frage zu treten. Dieser ist jedoch aus der Position der Vernetzung Göttingen Postkolonial durch wenig Kontakt und eine schwerfällige Kommunikation erschwert. Die Übertragung zeigt, dass die einzelnen Problemfelder in einem engen Zusammenhang miteinander stehen, sich teilweise gegenseitig bedingen und dadurch ähnliche Analyseelemente besitzen.

Als letztes Problemfeld können mögliche Defizite im Bildungssystem sondiert werden (grün). Auf Grundlage des Interviews richten sich diese an eine nicht ausreichende allgemeine schulische Bildung bezüglich Kolonialismus und einzelner historischer Personen, sowie eine postkoloniale Perspektive auf die Auswirkungen für bspw. Rassismus. So erklärte der:die Interviewte:

Ein Grundproblem ist, dass wir Kolonialismus nicht als Allgemeinwissen in der Grundausbildung, also in der Schule vermittelt bekommen und dass dadurch der Umgang mit dieser Vergangenheit sehr, sehr schwer, schwierig ist und auch eine entsprechende Einordnung schwierig ist (I1/B2, Z. 34-37).

Die bereits weiter oben erwähnte Analyse von Pape erklärt, dass im Vergleich mit anderen europäischen Staaten die deutsche expansive Kolonialzeit eine relativ kurze Zeitspanne umfasst und deshalb die Auswirkungen als weniger gravierend angesehen werden (2017: S. 2). Die von der:dem Interviewte:n angesprochene geringe Thematisierung des deutschen Kolonialismus in der schulischen Bildung kann potentiell damit in Zusammenhang stehen und als ein möglicher Grund für die geringe Aufarbeitung und das Desinteresse verstanden werden. Basierend auf den

Ausführungen der:des Interviewten zum Problemfeld des Bildungsdefizits findet sich weiterführend ein Finanzierungsdefizit der Stadt Göttingen (lila) bezüglich postkolonialer Aufarbeitung wieder:

Also ich glaube, generell ein großes Problem in der Stadt und in dieser Arbeit ist die schlechte Förderung. Also so in Göttingen gibt gab war ja schon mal ein Demokratie Leben Topf<sup>7</sup> zu der der wichtigste Topf für viele Sachen. Und auch da gibt es immer nur sehr kleine Budgets und finanziell ist es eh immer schwierig (I2/B2, Z. 127-130).

Die geringe Finanzierung beeinflusst wiederum mögliche monetäre Förderung gegenüber der bisher ehrenamtlichen Arbeit der Vernetzung Göttingen Postkolonial. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die Stadt Göttingen der Vernetzung Göttingen Postkolonial ein Filmprojekt mit 1.200 Euro bezuschusst hat, die Interviewperson jedoch dazu anmerkt, dass:

[...] das auch nicht so viel Geld ist. Also es geht weiterhin halt es ist weiterhin hauptsächlich ehrenamtliche Arbeit, die wir leisten müssen, was nicht so einfach ist, professionell eigentlich umgesetztes Projekt ist so ein Film (I2/B2, Z. 30-33).

Gründe für den Geldmangel bezüglich dekolonialer Aufarbeitung in Göttingen bleiben an dieser Stelle offen und benötigen weitere Forschung. Dennoch zeigt sich im Vergleich mit anderen deutschen Städten, dass beispielsweise Hamburg dekoloniale Arbeit finanziell fördert. Im Jahr 2022 stellte die Hamburger Kulturbehörde Sondermittel in Höhe von 150.000 Euro zur Förderung dekolonialer Projekte zur Verfügung (Behörde für Kultur und Medien Hamburg 2022). Dadurch, dass die Vernetzung Göttingen Postkolonial dekoloniale Bildungsarbeit leistet, welche sich beispielsweise in der Ausarbeitung eines umfassenden postkolonialem Stadtrundgangs in Göttingen zeigt, versuchen sie, die aus ihrer Perspektive vorhandene Bildungslücke zu schließen. Jedoch passiert dies, aus ihrer Sichtweise, auf der Grundlage von zu geringer finanzieller Förderung.

### Forderungen der Vernetzung Göttingen Postkolonial

Neben dem von der Interviewperson formulierten gesamtgesellschaftlichen, partei- und stadtpolitischen Desinteresses und den Strukturproblemen, sowie den damit verbundenen Einflussfaktoren und Problemfeldern, finden sich in den Aussagen der Interviewperson konkrete Forderungen gegenüber der Stadt Göttingen wieder (in Abbildung 3 gelb dargestellt). Diese Forderungen werden von der:dem Interviewten klar benannt: Eine Annäherung sollte vonseiten der Stadt Göttingen ausgehen.

Erstens formuliert der:die Interviewte die Forderungen nach „eine[r] finanzielle[n] Unterstützung, ein Budget, mit dem wir umgehen können, wo wir

---

<sup>7</sup> Bundesförderungsprogramm in den Jahren 2015–2019 gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit (keine lokalen städtischen Gelder).

irgendwie unsere Arbeit finanzieren können“ (I2/B2, Z. 131-132). Die Forderung nach Strukturschaffung steht im Zusammenhang mit dem Einflussfaktor des Strukturproblems und des Problemfeldes des finanziellen Defizits. Dabei bleibt offen, inwiefern die Stadt Göttingen monetäre Kapazitäten besitzt, finanzielle Unterstützung für die Vernetzung Göttingen Postkolonial zu leisten.

Die zweite Forderung äußert sich in der Umgestaltung des Süd-West Afrika Denkmals:

Oder vier, die paar Namen [der deutschen Soldaten auf dem Süd-West Afrika Denkmal, Anm. F.T.] namentlich irgendwie da lassen und die hunderttausende von Menschen, die Opfer von diesem Genozid waren, sind dann nicht mit Namen versehen. Das finde ich sehr, sehr schwierig. Also müsste man wirklich eine Umgestaltung machen, um das zu einem Mahnmal zu machen. Es ist immer einfach, das einfach nur dran zu schreiben. Aber ich glaube damit ist es halt nicht [...] getan (I1/B2, Z. 180-184).

Der:die Interviewte formuliert eine konkrete Handlungsaufforderung an die Stadt Göttingen und bringt die Notwendigkeit der historischen Aufarbeitung mit dem Süd-West Afrika Denkmal zum Ausdruck.

Wenn eine politische (Deutungs-)Machtfrage mit einbezogen wird, lässt sich hieran ableiten, dass die lokale politische Macht bei dem Göttinger Kulturausschuss liegt, welcher Handlungspotential hinsichtlich Veränderungen in der Erinnerungskultur Göttingens besitzt.

Drittens müssen, so die Interviewperson, die Stimmen für von Rassismus betroffenen Menschen mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden. Bezüglich der Theorie von Torres (2017) steht die Dekolonisierung des universellen *weißen* kollektiven Gedächtnisses und die Forderung nach einer vielfältigeren Perspektivenrepräsentation in einem engen Verhältnis zueinander. Beispielsweise ist der Einbezug der Nachfahren des Genozids an den Herero und Nama essentiell in der Auseinandersetzung mit dem Süd-West Afrika Denkmal. Die Forderung nach einem Einbezug von Menschen, welche von Rassismus betroffen sind, stehen in Verbindung mit der letzten Forderung nach einer Selbstreflexion der Stadt Göttingen bezüglich ihrer Rolle im Dekolonialisierungsprozess.

## Fazit zur postkolonialen Aufarbeitung in Göttingen

Die Forschungsfrage, inwiefern sich Interessenkonflikte in den postkolonialen Aufarbeitungsprozessen zwischen der Vernetzung Göttingen Postkolonial und der Stadt Göttingen wiederfinden, kann dahingehend als beantwortet betrachtet werden, als dass die ausgearbeiteten Ergebnisse auf Grundlage zweier Interviews für einen vorliegenden Interessenkonflikt vonseiten der Vernetzung Göttingen Postkolonial in zwei Bereichen sprechen. Einerseits, wie relevant die Ausgestaltung dekolonialer

Arbeit in Göttingen ist und wie diese Arbeit ausgestaltet sein soll. Andererseits, wer die Verantwortung für die dekoloniale Arbeit in Göttingen besitzt.

Bezüglich der ersten Unterfragen, wodurch sich mögliche Interessenkonflikte auszeichnen, konnten die mit dem Interessenkonflikt zusammenhängenden Einflussfaktoren des Desinteresses auf gesamtgesellschaftlicher, partei- und stadtpolitischer Ebene und der Strukturprobleme dargestellt werden. Die zweite Unterfrage, welche Problemfelder mit diesen Interessenkonflikten in Verbindung stehen, erklärt sich durch die jeweils fünf unterschiedlichen Problemfelder, welche hierarchisiert auf zwei Ebenen die Einflussfaktoren ausdifferenziert darstellen. Sie umfassen beispielsweise einen geringen Kontakt, welcher sich durch schwerfällige Kommunikation zwischen der Stadt Göttingen und der Vernetzung Göttingen Postkolonial äußert. Aber auch eine Verantwortungsabgabe der Stadt Göttingen innerhalb dekolonialer Aufarbeitungsarbeit an die Zivilgesellschaft, wodurch sich Frustration im Ehrenamt durch geringe bis keine Förderung und Anerkennung einstellt.

Angesichts des Interessenkonflikts äußert der:die Interviewte Forderungen an die Stadt, welche finanzielle Unterstützung, Veränderung des Süd-West-Afrika-Denkmal und mehr Aufmerksamkeit für marginalisierte Stimmen und von Rassismus betroffenen Personen beinhalten.

In Bezug auf das Konzept der Dekolonisierung des kollektiven Gedächtnisses von Torres (2017) findet sich vor dem Hintergrund der Analyseergebnisse eine Stabilisierung und Reproduktion des universellen kollektiven Gedächtnisses mitunter durch einen Ausschluss vielseitiger Perspektivenrepräsentation statt. Innerhalb der Presse und der Stadt Göttingen zeigt sich aus der Perspektive der Interviewperson ein Festhalten an dem universellen *weißen* kollektiven Gedächtnis durch die unkritische Darstellung und das kontinuierliche Bestehen des Süd-West-Afrika-Denkmal. Der von Torres (2017) angesprochene notwendige Dialog auf Augenhöhe mit vielfältiger Perspektivenrepräsentation kann in Bezug gesetzt werden mit dem von der Interviewperson problematisierten Kritikumgang der Stadt Göttingen. Ein Einbezug marginalisierter Perspektiven und Personen, welche von Rassismus betroffenen sind, setzt Bereitschaft der Stadt Göttingen zur Selbstkritik voraus, um einen Dialog auf Augenhöhe, wie ihn Torres (2017) beschreibt, zu ermöglichen. Außerdem ist dieser notwendig, um über die Frage nach der Verantwortungsposition dekolonialer Arbeit in Göttingen in einen Austausch zu gelangen.

Weiterführende Forschung zu kolonialrassistischen Strukturen (in Bezug auf Dekolonisierung in Städten) kann durch den Einbezug weiterer Theoriebezüge bzw.

die Entwicklung eines eigenen Theoriemodells angestrebt werden. Des Weiteren wäre auch ein theoretischer Bezug auf grundlegende Interessenkonflikte zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen bzw. der Zivilgesellschaft und der Politik bezüglich der Art und Weise, wie gesellschaftliche Erinnerung organisiert und ausgestaltet wird, relevant. Um eine breitere Perspektivenvertretung und damit Erkenntnisgenerierung zu ermöglichen, ist im weiteren Verlauf der Forschung eine Einbindung zusätzlicher unterschiedlicher Perspektiven und Positionen relevant. Dadurch können weitere mögliche Interessenkonflikte, Einflussfaktoren, Problemfelder und Lösungsansätze ermittelt werden. Einerseits exemplarisch die Perspektive der Stadt Göttingen und spezifischer der Stadtverwaltung, der Bürgermeister:in, des Kulturausschusses und ihr Verhältnis zur Vernetzung Göttingen Postkolonial. Andererseits die Frage nach der Verantwortungsposition der Bundesebene oder ein Vergleich von Städten in Bezug auf Interessenkonflikte zwischen Stadtpolitik und zivilgesellschaftlichen Gruppen bezüglich postkolonialer Aufarbeitung.

Es zeigt sich, dass eine Erweiterung der Theorielandschaft mit Schwerpunkt auf den Zusammenhang zwischen Stadtpolitik und zivilgesellschaftlichen Gruppen im Hinblick auf historische Aufarbeitungsprozesse (hier: Dekolonialismus und kolonialrassistische Kontinuitäten) notwendig ist.

## Bibliographie

- Ausschuss für Kultur und Wissenschaft/ Stadt Göttingen (22.11.2022). Städtische Erinnerungskultur in Göttingen. Beschlusauszug. <https://www.goettingen.de/allris/to020?TOLFDNR=158648&SILFDNR=5648>. Zugegriffen: 27.08.2023.
- Azarmandi, M.; Hernandez, R. D. (2017). Koloniale Denkmäler und die Grenzen des spanischen Antirassismus. In: Zwischenraum Kollektiv (Hg.). *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven*. Münster, Unrast, S. 88-107.
- Behörde für Kultur und Medien Hamburg (2022, 08. Juni). Dekolonialisierung. „Hamburg dekolonisieren!“ – Kulturbehörde stellt Sondermittel für dekoloniale Projekte bereit. hamburg.de. <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16245316/sondermittel-dekoloniale-projekte/>. Zugegriffen: 10.07.2023.
- Castro Varela, M. d. M.; Dhawan, N. (2005). Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung. Bielefeld, transcript Verlag.
- CDU/ CSU/ SPD (2018). Ein neuer Aufbruch für Europa: Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenschluss für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode vom 12. März 2018, Berlin.
- Decolonize Berlin e. V. (2020). Decolonize Berlin Zwischenbericht. Berlin, Oktoberdruck GmbH.
- Deutscher Bundestag (2023). Sachstandsbericht zur Anerkennung kolonialen Unrechts als Völkermord. Intertemporales Völkerrecht im Kontext des deutsch-namibischen Versöhnungsabkommens.
- Dresing, T.; Pehl, T. (2015). Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Auflage. Marburg, Dr Dresing & Pehl GmbH.
- Fachdienst Kultur der Stadt Göttingen (18.04.2007). Süd-West Afrika Denkmal. <https://denkmale.goettingen.de/downloads/datei/inAHzIY077PZNUUnmfTDrVU4Z3Y1UIF4M2tUdDR2UTJUaGV1WEYwNk5IeVMxMDNaU0FqTHdCRWdUZUllMzlhY1ZvQmlneExiVk95OFZKQWZFSXlmN0FISUdiWDRJaTVubnlhVHhrOjZlak92dDhRYIBPWisyQndXNUR2dzR5eTQ1Ok0vcGZMZ3BvOFZVTlZs>. Zugegriffen: 07.08.2023.

- Glaser, B. G.; Strauss, A. L. (1967). *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. Mill Valley, CA, Sociology Press.
- Mey, G.; Mruck, K. (2011). *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pape, E. (2017). Postcolonial Debates in Germany – An Overview. *African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie* 21 (2), S. 2-14.
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2014). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. München, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Torres, A. M. (2017). Dekolonisation des kollektiven Gedächtnisses in den Museen der Stadt. In: Zwischenraum Kollektiv (Hg.). *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven*. Münster, Unrast, S. 136-155.
- Trzeciak, M. F. (2020). Multidirektionale Formen des Erinnerns und Vergessens. Das Beispiel einer postkolonialen und postsozialistischen Stadtführung. *Gesellschaft – Individuum – Sozialisation (GISo). Zeitschrift für Sozialisationsforschung* 1 (2), S. 1-14.
- Zwischenraum-Kollektiv, Konferenz (2017). *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven*. Unrast.

## Bildnachweise

- Göttingen Postkolonial (o.J.): Aktivistische Verhüllung des Süd-West-Afrika-Denkmal.  
<https://goettingen-postkolonial.de/wp-content/uploads/2022/05/EhZBRgjWAAMJd4p-1024x768.jpg>. Zugegriffen: 07. August 2023.

## **Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen - und die Rolle des sozialen Umfelds**

Jakob Willnow

### Die Relevanz politischer Partizipation

Die Frage der politischen Partizipation, also warum Menschen sich an politischen Protestaktionen beteiligen, ist längst ein interdisziplinär etabliertes Forschungsfeld und reicht unter anderem über die Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie. Dies ist kaum verwunderlich in Anbetracht der Vielzahl an Möglichkeiten der politischen Partizipation, vor allem aber nicht ausschließlich in demokratischen Systemen. Und auch wenn Partizipation an Protestaktionen zum Beginn der Partizipationsforschung vernachlässigt wurde (Wagner 2012: S. 19), hat diese spätestens mit Fridays for Future und den vielseitigen, meist radikaleren Nachfolgebewegungen wieder neue Relevanz erlangt. Ein Aspekt, der dabei häufig Teil der Erklärung für Partizipation ist, aber selten nur isoliert betrachtet wird, ist das soziale Umfeld. Dieses muss häufig vor allem leichter messbaren Erklärungsvariablen wie Einkommen und Bildung weichen, da diese durch einen augenscheinlich geradlinigeren Umgang den Eindruck eines effektiveren Wegs zur Erklärung von Partizipation erwecken.

In diesem Beitrag wird Partizipation an politischen Protestaktionen begünstigt durch das soziale Umfeld interpretativ verstehend untersucht. Dafür wurden zwei offene Leitfadeninterviews mit Teilnehmer:innen einer Besetzung im Rahmen der Klimaprotestbewegungen erhoben und durch eine qualitative Inhaltsanalyse angelehnt an Mayring und Fenzl (2019) ausgewertet. Das soziale Umfeld wird dabei aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und so Grundlage für verschiedene Erklärungsansätze bieten. Es werden etablierte Theorien, die über unterschiedliche Aspekte des sozialen Umfelds politische Partizipation erklären, in die Untersuchung



miteinbezogen und mit Bezug zum Material begutachtet. Neben anderen Theorien sollen hier vor allem Netzwerke im Rahmen des Civic-Voluntarism-Modells nach Verba et al. (1995) und Sozialisation nach Frankenberger et al. (2015) betrachtet werden. Ziel ist es, die verschiedenen Aspekte, durch die das soziale Umfeld politische Partizipation begünstigen kann, herauszuarbeiten und kritisch zu betrachten. Dafür wurde folgende Forschungsfrage formuliert: „Wie kann das soziale Umfeld die Teilnahme an politischen Protestaktionen erklären?“

Zuerst soll die Darstellung der verschiedenen verwendeten Theorieansätze, Definitionen und Eingrenzungen erfolgen, um danach eine Einführung in den Forschungsstand geben zu können. Danach werden die allgemeinen Ergebnisse der Erhebung dargestellt, um darauf aufbauend die individuellen Ergebnisse zu thematisieren. Im Abschluss werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und reflektiert.

## Politische Partizipation und das soziale Umfeld

### Theorierahmen

Im Folgenden sollen die zwei Theorien von Verba et al. (1995) und Frankenberger et al. (2015) zur Erklärung von politischer Partizipation dargestellt werden. Abgesehen davon, dass das Civic-Voluntarism-Modell von Verba et al. ein Klassiker ist, stellen beide Theorien gute Herleitungen für eine Erklärung von politischer Partizipation durch das soziale Umfeld dar.

Gefragt wird bei Verba et al. danach, warum Menschen sich nicht an Politik beteiligen. Darauf lässt sich auf drei Arten antworten: Sie können es nicht (Ressourcen), sie wollen es nicht (Motivation) und/ oder sie sind nicht gefragt worden (Netzwerke) (Verba et al. 1995: S. 269). *Ressourcen* sind dabei vor allem Geld und Zeit, können aber auch materielle Dinge (z. B. ein Auto) sein. *Motivation* ist notwendig, damit Menschen, die partizipieren können, dies auch wollen. Dazu gehören u. a. gesellschaftliche und politische Wertvorstellungen, Informiertheit oder ein Betroffenheitsgefühl. Als *Netzwerke* sind solche Gruppen zu verstehen, in denen sich das Individuum regelmäßig befindet und die entweder direkt oder indirekt zur Partizipation anregen. Dazu gehören der Freundeskreis, der Arbeitsplatz, die Nachbarschaft, die Universität, die Schule und viele mehr (Verba et al. 1995: S. 270–273).

Einer anderen Herangehensweise bedienen sich Frankenberger et al., welche Menschen in bestimmte entworfene Idealtypen von Lebenswelten einordnen. Diese, so Frankenberger et al., stellen dabei „den Erfahrungshorizont dar, in dem ein

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

spezifischer Wissensvorrat zur Verfügung gestellt wird und in dem die Relevanz von Themen und Wissensbereichen determiniert werden“ (Frankenberger et al. 2015: S. 154). Dies tun Frankenberger et al., um dann „zu erkunden, welche Auswirkungen diese auf Demokratie, Demokratiebewertung und Beteiligungsformen“, also zusammengefasst auf das Politik- und Demokratieverständnis, haben (Frankenberger et al. 2015: S. 155).

Aufbauend auf den beiden Theorien bedient sich diese Arbeit einiger zentraler Konzepte, die der Netzwerke, der politischen Sozialisation, der politischen Schlüsselereignisse, der sozialen Bestätigung und der politischen Partizipation.

Als *Netzwerke* sind Institutionen und Gruppen gemeint, in denen sich ein Individuum regelmäßig befindet und die es entweder indirekt zu Partizipation anregen oder direkt dafür rekrutieren. Diese können bspw. Freund:innen, Kommiliton:innen, Nachbar:innen, Kolleg:innen am Arbeitsplatz, Bekannte in Vereinen oder Freizeitgruppen, Mitglieder in einer Religionsgemeinschaft oder Gewerkschaft sein (Verba et al. 1995: S. 272–273). In Institutionen entwickeln Menschen die Fähigkeiten zur Organisation und Kommunikation, welche sich auf das politische Leben übertragen lassen. Institutionen dienen als Ort der politischen Rekrutierung (Netzwerke) und fördern politische Mitbestimmung. Institutionen beherbergen das soziale Netzwerk, durch welches Aufforderungen zu Partizipation mediert werden (Verba et al. 1995: S. 369–370). Genau wie Anfragen die Partizipation fördern können, kann auch Partizipation die Wahrscheinlichkeit für Anfragen erhöhen. Heißt, ein Individuum kann aktiv werden, weil er:sie gefragt wird oder kann gefragt werden, weil er:sie aktiv ist (Verba et al. 1995: S. 133).

Frankenberger et al. verweisen auf Hopf und Hopf (1997), welche *politische Sozialisation* als einen Prozess beschreiben, „in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene politische Orientierungen, Normen und Handlungsweisen in der Interaktion mit ihrer sozialen Umwelt erwerben“ (Hopf und Hopf 1997: 7, zitiert nach Frankenberger et al. 2015: S. 184). Als „besonders bedeutsame Instanzen politischer Sozialisation“ können Familie, Schule, Peergroups und Medien ausgemacht werden (Frankenberger et al. 2015: S. 184). Aber auch Vereine und Arbeit, politische Vorbilder, prägende Ereignisse und Selbstsozialisation im Lebensverlauf können das politische Selbstverständnis von Menschen prägen (Frankenberger et al. 2015: S. 184–185). Ganz besonders betonen Frankenberger et al. dabei die Adoleszenz und das Erwachsenwerden als bedeutende Phasen der politischen Sozialisation. Politische Sozialisation befindet sich bei Frankenberger et al. dabei häufig in einem Spannungsfeld. Dieses erstreckt sich zwischen „schon internalisierten Werten und Einstellungen“ auf der einen und „als politisch relevant wahrgenommenen

Situationen“ auf der anderen Seite (Frankenberger et al. 2015: S. 190). Wenn nun solche wahrgenommenen Widersprüche „zwischen eigenen Wertorientierungen und Bewertungen von konkreten lebensweltlichen Ereignissen“ (Frankenberger et al. 2015: S. 190) aufkommen, führt dies oft zu politischer Partizipation.

*Politische Schlüsselereignisse*, oft verbunden mit familiärer oder beruflicher Betroffenheit, dienen als persönliche Betroffenheitserlebnisse, die zum Auslöser für politische Partizipation werden (Frankenberger et al. 2015: S. 190). So kann auch die Betroffenheit innerhalb einer emphatischen Peergroup das Schlüsselereignis des Einzelnen zu dem der vielen werden.

Die verschiedenen Formen von Partizipation variieren stark in den Möglichkeiten für soziale Interaktion, dementsprechend variiert die Menge an Aktivist:innen, welche *soziale Bestätigung* als einen sehr wichtigen Grund zur Teilnahme nennen, stark zwischen den verschiedenen Formen von Partizipation. Dabei stechen u. a. Aktivitäten wie politische Kampagnen, Proteste oder Involvierung in informellen Gruppen als besonders interaktiv und damit wichtig für soziale Bestätigung heraus. Dazu passt, dass Menschen die Zeit anstatt Geld investierten, öfter soziale Bestätigung als Grund für Partizipation nennen (Verba et al. 1995: S. 117).

Außerdem soll sich für die Definition von *politischer Partizipation* in dieser Arbeit der Ansatz von Westle und Anstötz bedient werden: Dabei wird politische Partizipation als nicht-professionelle, freiwillige Aktivität zum Versuch politischer Einflussnahme verstanden. Akteure sind Personen, die allein oder in Gruppen ohne Zwang und nicht berufsbedingt versuchen Einfluss (...) zu nehmen (Westle/Anstötz 2020: S. 247).

### Verschiedene Lebenswelten und politisches Faktenwissen

Die Studiendesigns zur Erforschung politischer Partizipation variieren stark je nach Erkenntnisinteresse und Theorierahmen. Frankenberger et al. versuchen beispielweise herauszufinden, „wie die Befragten ihre politische Lebenswelt wahrnehmen und strukturieren“ und welche Aspekte diese Lebenswelten für die Befragten bilden (Frankenberger et al. 2015: S. 163). Über qualitative Interviews und standardisierte Fragebogen sollen die verschiedenen Lebenswelten der untersuchten Personen herausgearbeitet werden. Diese orientieren sich neben den „zentralen Konstruktionen“ wie Politik und Demokratie vor allem an Interessen, Partizipationsmustern, Wertorientierungen und soziodemographischen Merkmalen (Frankenberger et al. 2015: S. 215). Entsprechend strukturierte der Leitfaden sich vor allem an Fragen zum politischen System, Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten und allgemeinen Wertorientierungen (Frankenberger et

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

al. 2015: S. 156). Der standardisierte Fragebogen bestand aus 25 Fragen zu soziodemographischen Angaben der Befragten (Frankenberger et al. 2015: S. 158).

Frankenberger et al. können zusammenfassend drei Gruppen politischer Lebenswelten herausarbeiten, die Politikfern, die Delegativen und die Partizipatorischen, welche sich wiederum in verschiedene untergeordnete Lebenswelten aufteilen lassen. Die Politikfern partizipieren kaum und die Delegativen begrenzen sich massiv auf Wahlen als zentrale Beteiligungsform. Für die Partizipatorischen dagegen stehen deliberative und direktdemokratische Beteiligungsformen im Mittelpunkt (Frankenberger et al. 2015: S. 215).

Frankenberger et al. sehen zusammenfassend eine Pluralisierung von politischen Lebenswelten (Frankenberger et al. 2015: S. 214) mit postmaterialistischen Werten, Pflicht- und Akzeptanzwerten sowie altruistischen und stark individualisierten Motiven (Frankenberger et al. 2015: S. 214). „Es sind nicht die eindeutigen Muster und Konsistenz, sondern [die] kleinen Lebenswelten, welche das Bild prägen“ (Frankenberger et al. 2015: S. 214).

Westle und Anstötz setzen dagegen auf ein quantitatives Modell zur Erforschung der „Bereitschaft zu politischer Beteiligung in verschiedenen Formen“ und was diese begünstigt (Westle/Anstötz 2020: S. 247). Sie ziehen den ALLBUS 2018 als Datengrundlage heran. Dieser umfasst neben einer Vielzahl klassischer sozioökonomischer Fragen auch mehrere Items zur Bereitschaft zu politischer Partizipation, politischem Faktenwissen u.ä..

Westle und Anstötz haben fünf Hypothesen aufgestellt, welche die Themenbereiche politisches Faktenwissen, verfügbare Ressourcen, politische Motivation, stärkere soziale Integration, aktuelle Unzufriedenheit und Vertrauen in die Effektivität der Aktion umfassen (Westle/Anstötz 2020: S. 258–259). Um diese zu überprüfen, werden erklärende Variablen in multivariate Modelle integriert und separat für alle Partizipationsformen berechnet“ (Westle/Anstötz 2020: S. 262). Sie stellen fest, dass die Bereitschaft zu politischer Partizipation allgemein positiv mit politischem Wissen, der Verfügbarkeit von Ressourcen, politischer Involvierung und Netzwerken zusammenhängt (Westle/Anstötz 2020: S. 278).

Besonders interessant zu diskutieren ist, dass laut Westle und Anstötz die Bereitschaft zu politischen Protestaktionen mit politischem Faktenwissen ansteigt (Westle/Anstötz 2020: S. 275) und vor allem junge Menschen zu dieser Partizipationsform greifen (Westle/Anstötz 2020: S. 257). Aber auch Unzufriedenheit, Einschätzung der Responsivität oder (nicht paradoxerweise) Zufriedenheit mit der Demokratie können eine mobilisierende Wirkung entfalten (Westle/Anstötz 2020: 256, 277). Damit lassen sich, so Westle und Anstötz zwar fast alle aufgestellten

Hypothesen bestätigen, aber die Erklärungskraft der Ergebnisse ist im Vergleich zu den durch die Theorie erweckten Erwartungen meist gering (Westle/Anstötz 2020: S. 278). Dies könnte darauf hinweisen, dass noch andere Beweggründe relevant für eine Entscheidung für oder gegen politische Partizipation sind, welche bisher noch weitestgehend übersehen wurden. Um dies zu überprüfen, bedarf es eines qualitativen Forschungsdesigns, wie in diesem Projekt unternommen.

## Feld, Methode und Forschungsdesign

### Identifikation des Forschungsfeldes

Politische Protestaktionen können viele Formen annehmen. In diesem Beitrag wird eine unangemeldete Besetzung des größten Hörsaals an der Georg-August Universität in Göttingen vom 24. – 28.10.2022 durch die Bewegung *End Fossil: Occupy! Göttingen* untersucht. Diese ist eine Ortsgruppe der Bewegung *End Fossil: Occupy!*, welche primär aus Schüler:innen und Student:innen besteht und nach eigenen Angaben so lange aktiv sein will, bis „die fossile Ära zu Ende ist!“ (End Fossil: Occupy! Deutschland 2023). Dafür werden vor allem Schulen und Universitäten besetzt, um ihren Forderungen nach einer anderen Klimapolitik Nachdruck zu verleihen.

### Das Leitfadeninterview und die qualitative Inhaltsanalyse

In der Befragung haben wir ein offenes Leitfadeninterview verwendet, um eine angeleitete Befragung unseres Erkenntnisinteresses zu gewährleisten, ohne die Bedeutungs- und Strukturierungssysteme der Befragten zu hintergehen. Dafür wurde ein Interviewleitfaden mit einer erzählauffordernden Einstiegsfrage, acht Fragen im Hauptteil und einer abschließenden Frage für das Ende des Interviews entworfen.

Zu den insgesamt zwei durchgeführten Interviews waren jeweils drei Personen vor Ort, der/die Befragte und zwei Forschende. Das Interview wurde von einem Forschenden geführt, während die andere forschende Person ein Beobachtungsprotokoll geführt hat. Es wurde rotiert, sodass beide Forscher:innen jeweils ein Interview führten und ein Beobachtungsprotokoll schrieben. Den Interviewpartner:innen wurde erklärt, wofür das Material genutzt wird, die Anonymisierung der personenbezogenen Daten zugesichert und ein vorgefertigtes Dokument zur rechtlichen Absicherung unterschrieben.

Die Interviews wurden mit Hilfe der Spracherkennungssoftware f4x transkribiert, in Textform als Rich-Text-Format übersetzt und überarbeitet. Dafür wurde ein einfaches Transkriptionssystem mit ausgewählten Erweiterungen nach (Dresing/Pehl 2018: S. 21–23) angewandt. So wurde zwar grundsätzlich nach einem einfachen Transkriptionssystem transkribiert, aber für gewisse Regeln wurden

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

Erweiterungen eingebunden, wenn diese besonders sinntragend und bedeutungsvoll für das Datenmaterial erschienen.

Ein offenes Leitfadeninterview hat zum Ziel, in Hinblick auf eine bestimmte Fragestellung die „inhaltlichen Relevanzstrukturen und kommunikativen Ordnungsmuster der Befragten“ zu untersuchen und das erlangte Wissen zu strukturieren. Die Interessen der Forschenden werden untergeordnet (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 164). Dabei spielt der graduelle Wandel von Offenheit zu Spezifität eine zentrale Rolle. Diese Spezifität sollte immer an den Erfahrungs- und Alltagshorizont der Befragten angepasst werden (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 167).

Zur Analyse der generierten Interviews wird die qualitative Inhaltsanalyse angelehnt an Mayring und Fenzl (2019) verwendet. Ein Aspekt der qualitativen Inhaltsanalyse ist die systematische und regelgeleitete Vorgehensweise, die eine hohe methodische Nachvollziehbarkeit gewährleisten soll. Dabei wird besonderer Wert auf die Offenlegung des Analyseprozesses und der angewendeten Methoden gelegt, um eine kritische Überprüfung durch andere Forschende zu ermöglichen (Mayring/Fenzl 2019: S. 633). Bei der qualitativen Inhaltsanalyse werden sowohl qualitativ-interpretative als auch quantitative Methoden zur Textanalyse herangezogen (Züll/Menold und Kuckartz/Rädicke, zitiert nach Mayring/Fenzl 2019: S. 634).

Damit ist diese Methode nicht nur für unser Forschungsinteresse geeignet, sondern erlaubt auch vorsichtige Rückbezüge sowohl auf die qualitativen wie die quantitativen dargestellten Ergebnisse der Forschung.

Das Hauptmerkmal und „zentrale Instrument“ der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Kategoriengeleitetheit. Das Kategoriensystem kann sowohl deduktiv aus der Literatur als auch induktiv aus dem Datenmaterial gebildet werden (Mayring/Fenzl 2019: S. 634). „Es geht also nicht um eine Textanalyse per se, sondern um Schlussfolgerungen über den Text hinaus“ (Mayring/Fenzl 2019: S. 636).

Die Analyseeinheiten der Inhaltsanalyse wurden wie folgt definiert: Die Kodiereinheit als semantische Einheit, die Kontexteinheit als Absatz und die Auswertungseinheit als vollständiges Transkript. Dann wurden 12 Kategorien mit Definitionen, Ankerbeispielen und Kodierregeln aus der Literatur und dem Interviewleitfaden gebildet und die Texte damit kodiert.

Danach sind die Forscher:innen zusammengekommen, um Unklarheiten zu besprechen und den Kodierleitfaden zu überarbeiten, um noch ein zweites Mal dasselbe Interview zu kodieren und die Intrakoderübereinstimmung (Mayring/Fenzl 2019: S. 636–637) zu prüfen. Daraufhin wurde der Kodierleitfaden ein zweites Mal gemeinsam überarbeitet, um diesen als Maßstab für das Crossreading zu verwenden.

Dieses dient der Prüfung der Interkoderübereinstimmung (Mayring/Fenzl 2019: S. 636–637). Für die finalen Versionen der kodierten Interviews wurden dann Uneinigkeiten besprochen und ausgeräumt. Sowohl beim Intrakodercheck als auch beim Interkodercheck konnten weitere Kategorien induktiv aus dem Material gebildet werden.

### Sampling

Die zwei Interviews B1 und B2<sup>8</sup> gingen jeweils 20:14 und 29:46 Minuten lang. Unsere beiden Interviewpartner:innen waren beide nicht bei „End Fossil: Occupy! Göttingen“ aktiv, haben aber dennoch an der ca. vier Tage langen Hörsaalbesetzung teilgenommen und waren beide unterschiedlich stark in die Aktion eingebunden. Sie haben beide zum Besetzungszeitraum an der Universität Göttingen studiert und waren zwischen 21 und 25 Jahre alt. Die beiden Interviewpartner:innen waren zudem unsere *Gatekeeper* ins Feld, über die wir von der Besetzung erfahren haben und waren uns als Forscher:innen bereits persönlich bekannt. Aus unserer Forschungsperspektive waren sie also sowohl *Gatekeeper* als auch Befragte.

### Darstellung der Ergebnisse

Im Folgenden sollen nun die Ergebnisse der Analyse beider Interviews dargestellt werden. Dafür sollen zuerst zentrale allgemeine Ergebnisse gezeigt und die Kategorien vorgestellt werden. Hierzu wird ein quantifizierender Vergleich der Interviews angestellt, um einen guten Überblick über das Material zu bekommen. Danach wird der Theorierahmen herangezogen und unter Bezugnahme auf die Forschungsfrage betrachtet.

#### Allgemeine Darstellung der Forschungsergebnisse

Unter den ersten vier Kategorien beider Befragter sind jeweils drei in unterschiedlicher Rangfolge identisch. Diese sind K9: Engagement, K4: Partizipatorische Lebenswelt und K6: Identifikation mit den Teilnehmenden/ der Veranstaltung. Drei Kategorien sind nur bei einer der beiden befragten Personen zu finden. Bei B1 fehlen die Kategorien K7: *Efficiency* und K12: altruistischer Zeitgeist vollständig. Bei B2 dagegen fehlt die Kategorie K8: Politische Schlüsselereignisse. Beide Interviews weisen in Anbetracht der unterschiedlichen Interviewdauer, welche vor allem auf die jeweiligen Sprachstile zurückzuführen ist, ähnlich viele Kategorien auf. Es ist also trotz großer Unterschiede beider Interviews bei beiden, wie K4: Partizipatorische Lebenswelt und

---

<sup>8</sup> Für die Übersicht sollen die Interviews der beiden Befragten im Folgenden mit B1 und B2 abgekürzt werden.

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

K6: Identifikation mit den Teilnehmenden/ der Veranstaltung zeigen, ein klarer Bezug auf das soziale Umfeld zu erkennen, auch wenn dieser wie noch zu erkennen sein wird, bei beiden unterschiedlich ausgestaltet ist.

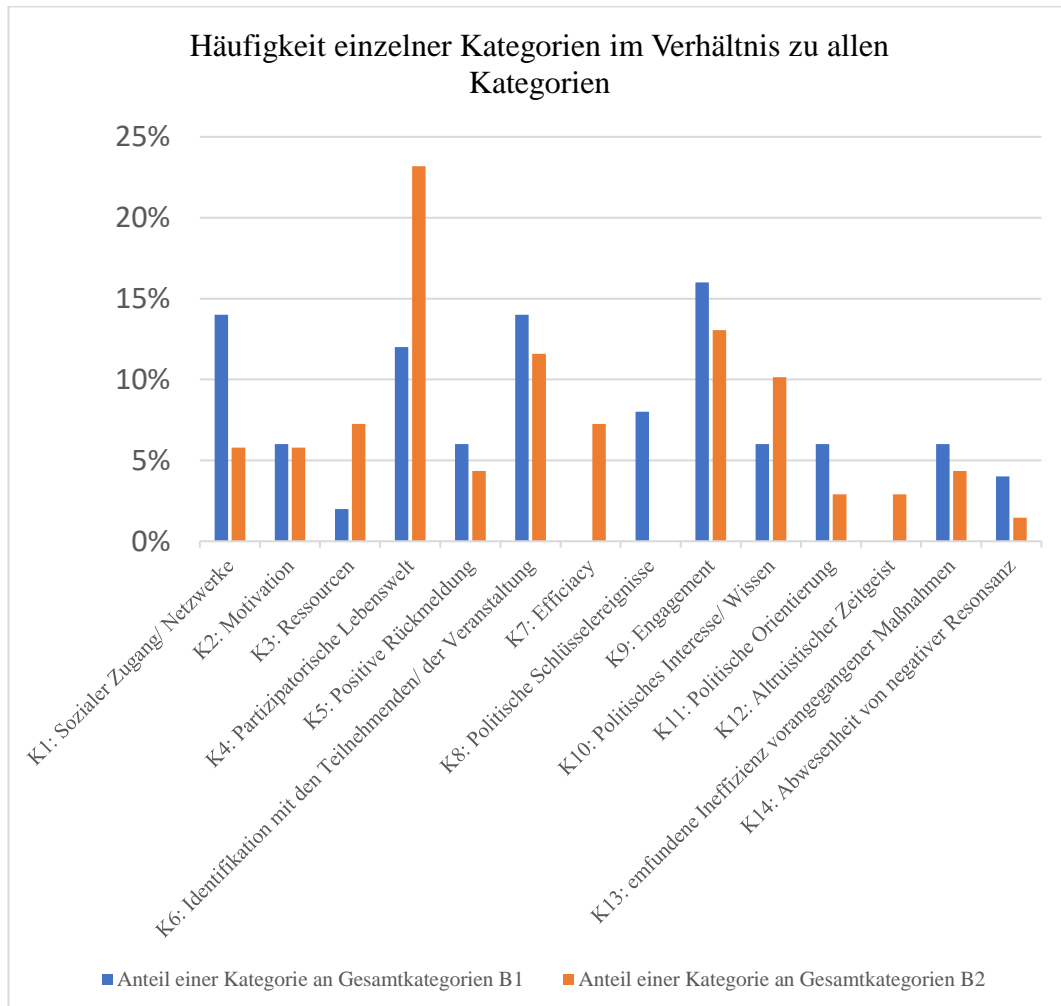


Abbildung 4: Häufigkeit einzelner Kategorien im Verhältnis zu allen Kategorien © eigene Darstellung

Abbildung 4 stellt die Häufigkeit einer einzelnen Kategorie eines Interviews in Abhängigkeit der Anzahl an Gesamtkategorien eines Interviews dar. Diese Darstellung soll helfen, die verschiedenen Relevanzstrukturen der beiden Interviewpartner unter Bezugnahme der verschiedenen Anzahl an Gesamtkategorien zu vergleichen.

Zu sehen ist, dass für B1 vor allem K9: Engagement, K1: Sozialer Zugang, Netzwerke, K6: Identifikation und K4: Partizipatorische Lebenswelt (in absteigender Wichtigkeit) als Gründe für politische Partizipation relevant sind. Bei B2 sind es dagegen vor allem K4: Partizipatorische Lebenswelt, K9: Engagement, K6: Identifikation und K10: Politisches Wissen (in absteigender Wichtigkeit).



Zusätzlich konnten induktiv aus dem Text zwei weitere Kategorien abgeleitet werden. Diese sind K13: Empfundene Ineffizienz vorangegangener Maßnahmen und K14: Abwesenheit von negativer Resonanz. Beide Kategorien konnten bei beiden Interviewten gefunden werden.

Analyse der Partizipation an politischen Protestaktionen erklärt durch das soziale Umfeld

Im Folgenden sollen die Interviews entlang der ausgewählten Theorie von Frankenberger et al. und Verba et al. in Bezug auf Partizipation an politischen Protestaktionen erklärt, durch das soziale Umfeld aufgeschlüsselt und die Erkenntnisse unterstützt durch ausgewählte Zitate dargestellt werden.

Netzwerke: Beide Befragten haben über Netzwerke von der Besetzung erfahren. B1 wurde bei einem Vortrag in einem feministischen Szeneort (einer Institution) über die Aktion informiert.

Da gab es einen Vortrag im Café und da ist dann eine Person mit Flyern umher gegangen am Ende des Vortrags und hat dann eben von äh von der Organisation End Fossil Flyer verteilt. Und eine Freundin und ich sind dann dadurch darauf aufmerksam geworden (B1: 2)

Zu beachten ist hier, dass selbst der Anwerbeprozess für B1 gemeinsam mit der Peergroup stattfindet. Dazu passt, dass B1 auch davon erzählt, in der Vergangenheit oft von Freund:innen zu politischen Protestaktionen angeworben worden zu sein. Auch B2 wurde direkt von einem Freund angeworben. Allerdings bedurfte es etwas Überredung und Klärung, bevor B2 sich bereit erklärte, zu partizipieren. Generell pocht B2 auffallend stark auf deren Individualität und tut sich schwer, Gruppen und Aktionen zu unterstützen, dessen politische Position für B2 nicht geklärt ist.

Wenn ich auf eine Demo gehe, muss ich ganz genau wissen, wofür und wie und was auch immer und wollte mich nicht eben irgendwelchen Demos anschließen, wo ich nicht weiß, wie alle anderen Leute dazu sich also die da mitmachen positionieren (B2: 16)

B2 ist auch in weiteren politischen Gruppen sehr aktiv. Es scheint also plausibel, dass B2 auch wegen deren vergangenen Engagements angeworben wurde.

Sozialisation: Beide Befragten berichten von den empfundenen Widersprüchen „zwischen eigenen Wertorientierungen und Bewertungen von konkreten lebensweltlichen Ereignissen“ (Frankenberger et al. 2015: S. 190). Für beide ist also die Bewertung gleich, dass die aktuelle Klimapolitik der Bedrohungslage durch den Klimawandel nicht gerecht wird. Entsprechend lässt sich bei beiden Befragten (K2: Motivation) erkennen, welche als Betroffenheitsgefühl und/ oder Kritik oder Gegnerschaft zu konkreten *Policies* kodiert ist. Zusätzlich haben beide das Gefühl, die

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

bisherigen Aktionen vorangegangener Bewegungen wären nicht effektiv genug, um den nötigen Druck auf die Regierung auszuüben (K13).

Es hat sich ja gezeigt, dass irgendwie jetzt schon seit ein paar Jahren junge Menschen auf die Straße gehen und quasi vonseiten der Politik fordern, dass entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung oder zur EINDÄMMUNG des Klimawandels getroffen werden und dass das aber nicht in angemessener Art und Weise bis jetzt passiert ist. (B1: 18)

Das ist genau das, was irgendwie so das Problem ist, dass viele quasi es zwar anerkennen, aber halt irgendwie (..) dann einfach ja zu lethargisch sind, irgendwie was zu tun oder so was (B2: 35)

Bei B1 haben diese Widersprüche auch schon in der Vergangenheit als Schüler:in eine Partizipation gefördert: „Und das hat mich total genervt, dass da so wenig Sensibilität für solche Themen war und. (...) Ja. (...) Deswegen hatte ich dann das Gefühl, ich muss mich positionieren“ (B1: 28).

Auch wenn beide Befragten sich in der Bewertung der Situation einig sind, sind sie in der Betrachtung ihrer persönlichen Sozialisation, die sie zu diesen Einschätzungen führt, doch sehr verschieden. Generell hat B1 in deren Heimatstadt vielseitig politisch partizipiert. B1 erzählt von einem linksorientierten Jugendforum, einem Schülerrat und einer Vielzahl von Demonstrationen. Dabei spielen die gemeinsam erlebte Zeit und politische Identifikation mit der Peergroup, dessen zentralen Ort der Sozialisation, eine große Rolle.

Und ich war dann auch in einem Freundeskreis, der einfach sehr sensibel bezüglich solcher Themen war. (...) Und wir sind zusammen auch zu solchen Demonstrationen gegangen. Also das hing alles dann so zusammen (B1: 28)

Bei B2 sind solche eindeutigen Orte und Trigger der politischen Sozialisation nicht ausfindig zu machen. Es ist vor allem die Selbstsozialisation, die B2 prägt. Zu sehen ist das an deren genereller Vorsicht großen politischen Gruppen gegenüber.

Aber habe mich irgendwie immer so ein bisschen rausgehalten von/ weil ich irgendwie nicht einfach/ mich sehr unwohl dabei fühle, mich einer Gruppe unterzuordnen oder zugehörig zu fühlen und dadurch quasi teilweise Gedankengut von dieser Gruppe einfach nur qua Beteiligung an der Gruppe irgendwie übernehmen möchte. (B2: 41)

B2 hat also Sorge, durch die Beteiligung und den persönlichen Einsatz für ein Thema unbeabsichtigt weitere Werte nach außen zu tragen, die nicht dessen eigene sind. B2 nennt auch altruistische Motive zur Partizipation (K12):

Jedes Mal, wenn ich irgendwie irgendwelche Tier Dokus über keine Ahnung wie cool die Natur eigentlich sein könnte anschau oder wenn ich irgendwas über Klimawandel lese oder irgendwie mich mit quasi der Welt beschäftige, denke ich halt okay, es ist eigentlich so offensichtlich, dass es halt irgendwie so nicht funktioniert (B2: 13)

Generell wird von eher uninteressanten Ämtern und Aufgaben innerhalb deren Vereine erzählt, zum Beispiel in der Buchhaltung. Dies alles zeigt, dass B2 sich zwar persönlich mit solchen Themen beschäftigt, diese aber viel weniger nach außen spiegelt

als B1. B2 ist auch bereit, alleine zuhause am Schreibtisch deren Anteil zu leisten und sieht große Gruppenaktionen auch als Gefahr für politische Instrumentalisierung.

Politischen Schlüsselereignisse: Ein starker Faktor in der politischen Sozialisation von B1 sind auch die politischen Schlüsselereignisse, welche stets als gemeinschaftliche Gruppenerfahrungen beschrieben werden.

Dass in (Heimatstadt) so viele Dinge passiert sind, die echt mir aufgestoßen sind. Also teilweise / ich glaube es wurde mal eine Schweinehaut vor einem vor dem Parteibüro, ich glaube von der CDU aufgehängt, weil ein. (...) Ein Abgeordneter dort, glaube ich jüdisch, also Jude war. (B1: 28)

Auch ein Kumpel und ich. Wir mussten dann mal nachts wirklich vor so einer Gruppe schwarz gekleideter junger Männer (stimme geht hoch) (lachen) weglaufen. (B1: 22)

Diese haben B1 und deren *Peergroup* nachträglich beeinflusst, sodass früh ein Gefühl aufkam, sich beteiligen zu müssen, um rechten Kräften, die B1 mit hohem Wahlerfolg in deren Heimat beschreibt, keinen Raum zu geben. B1 achtet also darauf, deren Kapazitäten für politische Beteiligung zielgerichtet nach persönlichen Überzeugungen einzusetzen. Diese Beteiligung wurde aber stets mit positiven Gruppenerfahrungen, gemeinsamen Aktionen und gegenseitigem Zuspruch verbunden.

Soziale Bestätigung: Soziale Bestätigung (K5) als Grund für Partizipation lässt sich bei beiden Befragten finden, z. B.: „ich habe das, glaube ich so ein bisschen in der Vereinsgruppe, wie ich das mache, irgendwie erzählt und die fanden das ganz cool“ (B2: 29). Auch schildern beide, wie ihnen die Partizipation durch die Abwesenheit von sozialem Rechtfertigungsdruck (K14) erleichtert wird: „Aber zum Beispiel in Göttingen habe ich noch keine negativen Erfahrungen mit politischen Protest-Aktionen gemacht“ (B1: 22). Dies passt zu B1 präferierter Form der politischen Partizipation, den Demonstrationen, welche in den meisten Fällen ein großes Maß sozialen Austauschs und gegenseitigen Zuspruchs ermöglichten.

## Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lassen sich verschiedene Beweggründe für politische Partizipation durch das soziale Umfeld mit verschiedenen starken Relevanzstrukturen erfassen. Beide Befragte sind auf Netzwerke als Form der Rekrutierung angewiesen und beide partizipieren aus erlebten Widersprüchen zwischen sozialisationsbedingten Normvorstellungen und echtweltlichen Erfahrungen, welche sie aber sehr verschieden erlangt haben. Prägende politische Schlüsselereignisse in der *Peergroup* werden nur von B1 thematisiert, aber soziale Bestätigung für die Partizipation ist beiden ähnlich wichtig. Dennoch kann festgehalten werden, dass B1 bei deren Partizipation sehr viel mehr vom sozialen Umfeld abhängig ist und Partizipation mehr über das soziale

## Eine qualitative Betrachtung der Partizipation an politischen Protestaktionen

Umfeld strukturiert als B2. Unter beiden betrachteten Theorien lässt sich für B1 eine höhere Relevanz des sozialen Umfelds feststellen als für B2.

Es scheint kaum vorstellbar, dass jemand nur oder gar nicht durch das soziale Umfeld zu politischer Partizipation gebracht wird, wobei sich theoretisch auch keiner dieser Fälle ausschließen lässt. Für unsere Befragten steht fest, dass das soziale Umfeld zwar eine notwendige, aber dennoch nicht hinreichende Bedingung zu politischer Partizipation darstellt. Beide sind stark politisiert und achten sehr darauf, wofür sie sich einsetzen. Dies ändert auch nicht, dass B2 höheres Misstrauen gegenüber potenziell kollektivistischen Bewegungen hat.

Es waren Muster aller dargestellten Theorien aus der etablierten Forschung erkennbar. So konnten sowohl die drei Gründe für (Nicht-)Partizipation des Civic-Voluntarism-Model als auch Konzepte der Sozialisation nach Frankenberger et al. in den Interviews gefunden werden. Generell lässt sich zwischen den Gründen für etablierte politische Partizipation und denen für politische Partizipation an Protestaktionen kein eindeutiger Unterschied erkennen.

Besonders relevant für die Erklärung von Teilnahme an politischen Protestaktionen durch das soziale Umfeld scheinen nach unseren Ergebnissen eine zum Protest geeigneten Sozialisation, die Abwesenheit von negativer Resonanz (K14), vor allem von Familie, aber auch Freundeskreis, das gemeinsame Erfahren politischer Schlüsselereignisse (K8) und positive Rückmeldung (K5) primär aus dem Freundeskreis zu sein.

Mit dieser Erkenntnis könnte in weiterer Forschung tiefer auf die Besonderheiten der Partizipation an (politischen) Protestaktionen in Einbezug des sozialen Umfelds eingegangen werden.

## Bibliographie

- Dresing, T.; Pehl, T. (2018). Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende (8. Auflage). Marburg, Eigenverlag.
- End Fossil: Occupy! Deutschland. (2023, 27. Februar). Startseite - End Fossil: Occupy! Deutschland. <https://endfossil.de/> . Zugegriffen: 13. März 2023.
- Frankenberger, R.; Buhr, D.; Schmid, J. (2015). Politische Lebenswelten. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.). Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Wiesbaden, Springer VS, S. 151–221. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09420-1\\_5](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09420-1_5).
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: N. Baur & J. Blasius (Hg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, Springer VS, S. 633–648. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21308-4\\_42](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21308-4_42).
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2021). Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch (Lehr- und Handbücher der Soziologie, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage). Berlin, De Gruyter Oldenbourg.
- Verba, S.; Schlozman, K. L.; Brady, H. E. (1995). Voice and equality. Civic voluntarism in American politics. Cambridge, Mass., Harvard Univ. Press.
- Wagner, T. (2012). „Und jetzt alle mitmachen!“: ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 32 (123), S. 15–38. [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/40894/1/ssoar-widersprueche-2012-123-wagner-Und\\_jetzt\\_alle\\_mitmachen.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/40894/1/ssoar-widersprueche-2012-123-wagner-Und_jetzt_alle_mitmachen.pdf).
- Westle, B.; Anstötz, P. (2020). Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung? In: M. Tausenpfund/B. Westle (Hg.). Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018. Wiesbaden, Springer VS, S. 245–290. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-30492-8\\_8](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-30492-8_8).

# **Die Hörsaalbesetzung des ZHG011 als Klimaprotestbewegung - Beteiligung und Motivation**

Lara Niemöller

## **Klimaschutz-Aktivismus und Partizipation**

„Die Bundesregierung sagte eine entschiedene Klimapolitik zu. Aktivisten gehen die Ergebnisse nicht weit genug“ (Tagesschau 2022). Diese über die UN-Klimakonferenz 2022 getroffenen und ähnliche Worte gehören seit einigen Jahren regelmäßig zu den bundesweiten Nachrichten. Die deutsche Bundesregierung hat sich 2015 wie viele andere dem Pariser Klimaabkommen angeschlossen und sich den Zielen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen verschrieben. Die Einhaltung des dort gesetzten 1,5 °C Ziels wird als „zunehmend unwahrscheinlich“ (NABU zitiert nach Tagesschau 2022) eingestuft. Seit einigen Jahren werden immer mehr Proteste laut, die die Einhaltung der gesetzten Ziele sowie weitere Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels fordern. Am prominentesten ist wohl die Bewegung Fridays-for-Future, unter der seit 2018 weltweite Demonstrationen stattfinden. Seit 2022 sind in Deutschland beispielsweise mit der Letzten Generation jedoch neue, radikalere Protestformen laut geworden, die mit Straßenblockaden und anderen Formen zivilen Ungehorsams Schlagzeilen machen (Tagesschau 2022).

Sehr aktuell ist daher die Frage, weshalb so eine große Bereitschaft herrscht, sich politisch zum Klimaschutz zu engagieren und dabei die eigene Komfortzone deutlich weiter zu verlassen, als es bei herkömmlichen Demonstrationen der Fall ist. Als Beispiel sei hier auf die Aktivist:innen der o. g. Letzen Generation verwiesen, die sich an Straßen festkleben oder für ihren Aktivismus Verhaftungen in Kauf nehmen (ZDF 2023).

Eine ebenfalls neue, radikalere Protestform im Klimaschutz-Aktivismus ist die der Besetzungen. Unter einem weltweiten Klimaprotest von End Fossil Occupy fanden solche im Herbst 2022 statt. Bei diesen wurden Hörsäle an Universitäten und Schulen besetzt, um unter anderem Forderungen für den Ausstieg aus fossilen Energien zu stellen.

In diesem Forschungsprojekt wurde der Versuch unternommen, die Gründe für die Partizipation an dieser Besetzung zu entschlüsseln. Dazu wurden Interviews mit zwei Beteiligten einer Hörsaalbesetzung in Göttingen geführt und diese mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring auf eine mögliche Einordnung in Konzepte der Partizipationsforschung untersucht. Ziel der Untersuchung ist es schlussendlich die komplexen Ursachen hinter der Partizipation darzustellen.

Dazu wird im zweiten Abschnitt zunächst die bisherige Forschung zur politischen Partizipation vorgestellt. In darauffolgenden Abschnitt folgt eine Einordnung analytischer Konzepte zur Partizipationsforschung, eine methodologische Positionierung für den Forschungsverlauf sowie die Vorstellung des Forschungsfeldes und des Samples. Im Analyseteil wird entlang gebildeter Kategorien deren Erklärungspotential für die Partizipation herausgearbeitet und im anschließenden Fazit eingeordnet und zusammengefasst.

## Politische Partizipation als Forschungsgegenstand

Im Folgenden sollen einige Ausschnitte aus der bisherigen Forschung zu den Ursachen für politische Partizipation vorgestellt werden.

In der Studie *Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung?* von Rolf Frankenberger et al. (2015) werden 275 Personen (2015: S. 156) in qualitativen Interviews zu ihrem Demokratieverständnis befragt und der Zusammenhang mit ihrer individuellen politische Beteiligung analysiert. Untersucht wurde die Bewertung des politischen Systems, bekannte Beteiligungsformen, „lebensweltlich geprägte[s] politische[s] Orientierungs- und Erfolgswissen“ und deren Zusammenhang mit Sozialisation (Frankenberger et al. 2015: S. 155). Die groß angelegte Studie gibt einen breiten Einblick, wie Beteiligung insgesamt mit anderen Faktoren wie der Bewertung des Systems oder politischem Wissen zusammenhängt. Für letzteres stellt die Studie fest, dass „(multiple) Partizipation“ „wahrscheinlicher ist“ je „elaborierter und komplexer die Wissensbestände sind“ (Frankenberger et al. 2015: S. 214). Protestaktionen spielen in der Studie von Frankenberger et al. nur eine nebengeordnete Rolle, was auf die Themensetzung durch die Befragten zurückzuführen ist. Die Beteiligung der meisten

## Die Hörsaalbesetzung des ZHG011 als Klimaprotestbewegung

Befragten beschränkt sich auf das Wählen gehen und nur wenige nutzen Demonstrationen als Protestform (Frankenberger et al. 2015: S. 182).

Bettina Westle und Pascal Anstötz folgen einem anderen Ansatz und untersuchen den ALLBUS 2018 auf den Zusammenhang von politischer Partizipation und politischem Wissen (2020: S. 259). Sie stellen die Zusammenhänge zwischen Unzufriedenheit mit aktueller Politik und dem Wissen über politische Prozesse und der Teilnahme an Protestformen von Partizipation heraus (2020: S. 275). Ähnlich wie Frankenberger et al. sehen sie die Relevanz von politischem Wissen für politische Partizipation. Westle und Anstötz knüpfen die Motivation hinter Partizipation spezifisch an Protestformen mit Unzufriedenheit (2020: S. 278) und kommen insofern durch die stärkere Fokussierung auf Proteste dieser Arbeit näher.

Die bisherige Forschung zu Hintergründen von Partizipation ist insgesamt umfangreich. Lediglich die Konzentration auf Protestformen ist bisher weniger häufig, nimmt in den letzten Jahren seit der Fridays-for-Future-Bewegung allerdings zu (siehe z. B. Ivanović et al. 2022; Wahlström et al. 2019). Der Forschungsstand zu anderen Bewegungen wird an dieser Stelle dennoch ausgeklammert, da die einzelnen Gruppen bzw. Bewegungen unterschiedlich ausgelegt sind und teilweise verschiedene Ziele und Herangehensweisen aufweisen.

Die hier fokussierte Besetzungsaktion der EndFossil-Bewegung soll daher losgelöst von anderen Klimabewegungen daraufhin untersucht werden, welche Partizipationsgründe für ihre Beteiligten bzw. für ihre gewählte Protestform spezifisch sind.

Mit der steigenden Bedeutung politischer Partizipation in Form von Klimaprotesten tut sich ein neues Forschungsfeld in der Untersuchung der Realisierung politischer Teilhaberechte auf. Diese Forschung soll dazu einen Beitrag leisten und bisherige Erkenntnisse zu Partizipationsgründen verschiedener Bewegungen ergänzen. Es soll betrachtet werden, wie sich die Ursachen für Beteiligung bei dieser Bewegung zusammensetzen, um die bereits vorhandenen Erkenntnisse einzuordnen und möglicherweise neue Hintergründe zu finden, die spezifisch mit dieser Bewegung zusammenhängen. Nach dieser Positionierung im Forschungsfeld folgen im nächsten Abschnitt die konzeptionellen und methodischen Einordnungen der Untersuchung.



## Herangehensweise

### Analytische Konzepte politischer Partizipation

Das vorrangig prägendste Modell für den Forschungsbereich auf Individualebene ist wohl das Civic-Voluntarism-Modell von Sidney Verba et al. (1995). Deren Unterteilung in Ressourcen, Motivation und Netzwerke als Erklärungsfaktoren für Partizipation wird in zahlreichen Studien verwendet und in ihrer Relevanz bestätigt (Westle/Anstötz 2020, S. 254). Die drei Kernfaktoren sollen auch in dieser Forschung herangezogen werden, um die Beteiligung der Befragten zu erklären.

Ergänzend dazu soll das Konzept der politischen Lebenswelten, insbesondere das der partizipatorischen Lebenswelten (im weiteren Verlauf abgekürzt als PL) von Frankenberger et al. (2015) auf die Forschungsergebnisse angewendet werden. Laut dem Konzept lassen sich „Partizipationstypen entlang unterschiedlicher Partizipationsmuster“ unterscheiden (2015: S. 191). Diese ergeben sich aus dem individuellen Verständnis von Politik und Demokratie (ebd.). Die partizipatorische Lebenswelt schließt aktiv partizipierende Bürger:innen ein, die bei Frankenberger et al. als „Mitgestalter und Mitbestimmer“ (2015: S. 203) bezeichnet werden. Weiter schreiben sie dieser Lebenswelt folgende „zentrale politische Werte und Normen“ zu: „Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Menschenrechte und Fairness“ und „Offenheit, Respekt und Toleranz sowie Gemeinschaftsgefühl“ (Frankenberger et al. 2015: S. 212). Das Verständnis von Politik wird „emanzipatorisch“ definiert und gilt für

„alle Äußerungen, in denen die Befragten auf eigene Aktivitäten, politisches Gestalten und Mitbestimmen abheben und so die Gestaltbarkeit des politischen Gemeinwesens betonen. Zentrale inhaltliche Aspekte dieses Politikbegriffs sind damit Partizipation als aktive Teilhabe und Gestaltungsmacht“ (Frankenberger et al. 2015: S. 191).

Das Konzept der partizipatorischen Lebenswelt soll angewendet werden, indem nicht von der Einstellung zum politischen System auf mögliche Partizipation geschlossen wird, sondern von vorhandener Partizipation auf mögliche Einstellungen zu Verständnissen vom System. Dazu soll untersucht werden, ob sich die oben aufgeführten Werte bei den Hörsaalbesetzer:innen wiederfinden lassen und wie sie sich zu deren Motivation zusammensetzen. Ergänzt wird die Konzeption der PL durch die Annahme, dass „sowohl analytisch wie empirisch die Grenze zwischen politischer Partizipation und sozialer Partizipation bzw. sozialem Engagement“ aufgegeben werden sollte (vgl. Wagner 2012: S. 19).

Neben den politischen Lebenswelten und den drei Faktoren des Civic-Voluntarism-Modell (Netzwerke, Motivation und Ressourcen) soll außerdem betrachtet werden, inwiefern

altruistische Motive (vgl. Frankenberger et al. 2015: S. 214),

(linke) politische Orientierung (vgl. Inglehart 1977: 293–295 nach Deth 2009: S. 153) und politisches Selbstvertrauen bzw. „Efficacy“ – „das Gefühl, mit seinen Aktivitäten etwas erreichen zu können“ (Deth 2009: S. 153)

die Teilnahme an der Hörsaalbesetzung erklären können. Damit soll empirisch die Zusammensetzung der spezifischen Gründe für die Partizipation an der Besetzung nachvollzogen und ihre jeweilige Relevanz sichtbar gemacht werden.

Frank Bätge et al. (2021: S. 4) zitieren Max Kaases (1992: S. 682) Definition politischer Partizipation als „Tätigkeiten, die Bürger [und Einwohner\*innen; Ergänzung Bätge et al.] freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“. Unter diese Tätigkeiten fallen demnach auch solche, „die von den Bürger\*innen und/oder Einwohner\*innen initiiert werden, wie etwa Bürgerinitiativen, Petitionen, Proteste und Demonstrationen“ (Bätge et al. 2021: S. 4). Genauer wird Protestbeteiligung bei Westle und Anstötz folgendermaßen definiert: „Bei Protestverhalten wird für gewöhnlich Kritik oder Gegnerschaft zu konkreten Policies, seltener auch zu politischen Akteuren geäußert“ (2020: S. 255).

Die Hörsaalbesetzung mit ihrer konkreten Kritik an Klimapolitik wird mit dieser Definition als Protestform verstanden und wird im weiteren Verlauf als solche behandelt.

### Methodologisches Vorgehen

Rolf Frankenberger und Daniel Buhr kommen in der Studie „*For me democracy is ...“ meanings of democracy from a phenomenological perspective* zu subjektiven Demokratiebedeutungen nach mehr als 380 qualitativen Interviews zu dem Schluss, dass groß angelegte Umfrageergebnisse nur beschränkt aussagekräftig für Demokratieverständnisse sind, da diese in der Realität weitaus komplexer sind, als die Forschungsmethode abzubilden vermag (2020: S. 395).

Ausgehend von der im vorherigen Abschnitt sichtbar werdenden Relevanz von Demokratieverständnissen für politische Partizipation wird in dieser Arbeit daher versucht, durch offene Leitfadeninterviews mit einzelnen Besetzungsteilnehmenden deren Partizipation zu ergründen und so ihrer individuellen Komplexität gerecht zu werden.

Mit dem offenen Leitfadeninterview als Erhebungsmethode sollen einerseits die vorhandenen Theorien überprüft und wiedergefunden werden. Andererseits sollen aber auch neue Erkenntnisse generiert werden, indem die Interviewten selbst Schwerpunkte in ihrer Erzählung setzen können. Dabei wird zwar ein „streng zu befolgende[s] Ablaufschema“ eingehalten, es ist aber insofern offen, dass die

Reihenfolge der Themen sowie die Erzählschwerpunkte von den „subjektiven Relevanzstrukturen der Befragten“ bestimmt werden, um sie keinem „vorab vorgenommenen Ordnungsraster“ zu unterwerfen (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: S. 164). Leitfadeninterviews seien besonders geeignet für Fragen, „die sich auf bestimmte berufliche und alltägliche Praktiken beziehen“ (ebd.: S. 165). Während die Hörsaalbesetzung keine alltägliche oder berufliche Praktik ist, wird die Methode durch die Bestimmtheit des interessierenden Ereignisses als angemessen in dieser Arbeit betrachtet.

Die Interviews wurden transkribiert, anonymisiert und mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring analysiert. Dabei sollen mit der Methode „auch latente Sinngehalte und subjektive Bedeutungen“ (Mayring/Fenzl 2019: S. 634) begriffen werden. D.h. es soll nicht nur Gesagtes, sondern auch Gemeintes kodiert und ausgewertet werden. Dabei wird darauf geachtet, dass durch die Methode „streng regelgeleitet[e]“ (ebd.: S. 633) Vorgehen einzuhalten, um „ein systematisches, intersubjektiv überprüfbares Durcharbeiten möglich“ zu machen (ebd.: S. 635).

Ziel der Arbeit ist es, die Zusammensetzung der Ursachen von Partizipation von zwei Teilnehmenden an der Hörsaalbesetzung zu ergründen. Dabei wird sich darauf konzentriert, wie sich die Gründe in die vorhandenen Konzepte einordnen lassen und ob weitere Erkenntnisse über die Zusammenhänge verschiedener Motivatoren gewonnen werden können. Insbesondere ist von Interesse, wie das Konzept der PL (Frankenberger et al. 2015) die Teilnahme erklärt. Die Aussagekraft der Lebenswelten soll in dieser Arbeit genutzt werden, um zu verstehen, wie sich die Ursachen für die Beteiligung zusammensetzen.

Bevor die Untersuchung und die Analyse vorgestellt werden, werden im folgenden Abschnitt zunächst die Protestbewegung, ihre Besonderheiten und die Auswahl der Befragten dargestellt.

### Hörsaalbesetzung von End Fossil Occupy und Sample

End Fossil Occupy ist eine von mehreren Klimaschutzbewegungen, die in den vergangenen Jahren mit dem Ziel, „die fossile Industrie auf eine sozialgerechte Weise zu stoppen“ (End Fossil: Occupy! Göttingen 2023), entstanden ist. Während die weltweit stattfindende Fridays-for-Future-Bewegung maßgeblich durch Demonstrationen agiert, wurden bei End Fossil Occupy im Oktober 2022 unter anderem deutschlandweit Hörsäle an Universitäten und Schulen besetzt (End Fossil: Occupy! Deutschland 2023). Damit setzt End Fossil auf Druck an lokal Verantwortliche, um einerseits Forderungen der übergeordneten Bewegung durchzusetzen und andererseits die Forderungen der jeweiligen Ortsgruppen wie

beispielsweise die Durchsetzung von Klimaneutralität an der örtlichen Hochschule zu verfolgen (End Fossil: Occupy! Göttingen 2023, End Fossil: Occupy! Deutschland 2023). Zu berücksichtigen ist, dass die einzelnen Ortsgruppen teilweise Besetzungen an mehreren Institutionen veranlasst haben (in Göttingen an drei Schulen und an der Georg-August-Universität, vgl. End Fossil: Occupy! Göttingen 2023) und sowohl eigene als auch übergeordnete Ziele vertreten. Die Besetzungen sind als wiederholte Ereignisse geplant, bisher allerdings einmalig durchgeführt worden<sup>9</sup>. Deshalb wurde sich in diesem Forschungsprojekt entschieden, sich auf die Untersuchung der Besetzung des ZHG 011 an der Universität Göttingen zu beschränken, die vom 24.–28.10.2022 stattgefunden hat (End Fossil: Occupy! Göttingen 2023).

### Erhebung und Auswertung

Es wurden Interviews im Dezember 2022 mit zwei Beteiligten der Besetzung erhoben, die beide in dem o. g. Zeitraum und am o. g. Ort an der Besetzung teilgenommen haben. Der Feldzugang wurde über einen privaten Bekanntenkreis hergestellt. Die Interviews waren zwischen 20:14 Minuten und 29:46 Minuten lang.

Zu Befragte:r 1 ist aufgefallen, dass das Interview mit 20 Minuten überraschend kurz ausgefallen ist. Das wird darauf zurückgeführt, dass die interviewte Person selbst mit der Forschungsmethode vertraut ist und es keine sichtbare Unsicherheit über den Rahmen des Gesprächs gab. Es gab wenig Nachfragen, sondern eher präzise und kompakte Antworten, wobei selbst Schwerpunkte gesetzt wurden, insbesondere auf der persönlichen Reflexion der eigenen Motive für Partizipation. Dagegen herrschte bei Befragte:r 2 etwas mehr Klärungsbedarf im Interview und es wurde bei neuen Zwischenfragen teilweise überlegt, welche genaue Erzählung relevant sein könne und nicht ‚einfach drauf losgesprochen‘.

Im Vorfeld zu den Interviews wurde ein Interviewleitfaden erstellt, der mit einer allgemeinen Eingangsfrage beginnt (Kannst du mir ganz allgemein erzählen, was du noch von der Hörsaalbesetzung weißt?) und anschließend Fragen beinhaltet, die auf einzelne Aspekte wie die Motivation und Entscheidung zur Teilnahme oder das sonstige politische Engagement abzielen. Bei der anschließenden qualitativen Inhaltsanalyse der Interview-Transkripte wurden zunächst deduktiv Kategorien aus den Theorien und aus dem Interviewleitfaden gebildet und anschließend ein vorläufiger Kodierleitfaden mit 12 Kategorien erstellt, „der für jede Kategorie eine

---

<sup>9</sup> Nach Verfassen des Beitrags hat die zweite Hörsaalbesetzung an der Georg-August-Universität Göttingen im Mai 2023 stattgefunden. Diese ist jedoch nicht mehr Bestandteil des Beitrags.

Definition, typische Textpassagen als Ankerbeispiele und Kodierregeln zur Abgrenzung zwischen den Kategorien enthält“ (Mayring/Fenzl 2019: S. 638).

Daraufhin wurden in einem wechselseitigen Prozess zwischen Kodieren, Abweichungen zwischen Arten der Kodierungen besprechen und Kodierleitfaden überarbeiten beide Transkripte zweimal kodiert und im letzten Schritt durch *Crossreading* einem Interkodercheck unterzogen (vgl. Mayring/Fenzl 2019, S: 636–637). Während des Kodierens wurden zwei zusätzliche Kategorien induktiv gebildet, sodass der finale Leitfaden 14 Kategorien enthielt. Die Kodierungen wurden zunächst auf Auffälligkeiten in den Häufigkeiten untersucht, um einen Ausgangspunkt für die Analyse zu bieten. Die häufigsten Kodierungen wurden auf besonders auffällige Unterschiede zwischen beiden Interviews überprüft und nach Mustern untersucht. Die einzelnen Kategorien werden im nächsten Schritt vorgestellt und anschließend die Ergebnisse mithilfe einiger Zitate vorgestellt.

## Analyse der Kategorien

Mit den ersten drei Kategorien Sozialer Zugang und Netzwerke (K1), Motivation (K2) und Ressourcen (K3) werden die Analysepunkte des Civic Voluntarism Model aufgegriffen.

Als Netzwerke wurden soziale Kontakte als Zugangs- oder Informationsquelle für konkrete Partizipationsformen kodiert. Als Motivation wurde das Nennen der bloßen Ziele der konkreten Aktion als Motivator (in diesem Fall Klimakrise bzw. die Gegnerschaft zu als falsch empfundenen Policies bezüglich dieser) kodiert. Unter die Ressourcen fiel das Erwähnen von Ressourcen wie Zeit, Geld oder Wissen. Hierbei waren insbesondere Erzählungen relevant, in denen das Aufwenden dieser Ressourcen als zumutbar empfunden wurde.

Weitere Kategorien wurden ebenfalls aus dem Theorierahmen entwickelt (z. B. Partizipatorische Lebenswelt (K4), Efficacy (K7), politische Orientierung (K11) und altruistischer Zeitgeist (K12)). Andere Kategorien entstanden als Ergänzung der Theorien bzw. um zu überprüfen, inwiefern die Beteiligung oder das Engagement insgesamt typisch für die Befragten ist. So wurde Engagement (K9) kodiert, wenn von den Befragten bisherige Aktivitäten oder Interesse an weiterem oder sogar verstärktem Engagement in der Zukunft bekundet wurden.

In Abb. 5 werden die gebildeten Kategorien in Relation zur Gesamtzahl der Kategorien in ihrem Interview dargestellt. Die Abbildung 5 zeigt sowohl die Unterschiede der Ausprägung wie auch die Zusammensetzung der Kategorien.

## Die Hörsaalbesetzung des ZHG011 als Klimaprotestbewegung

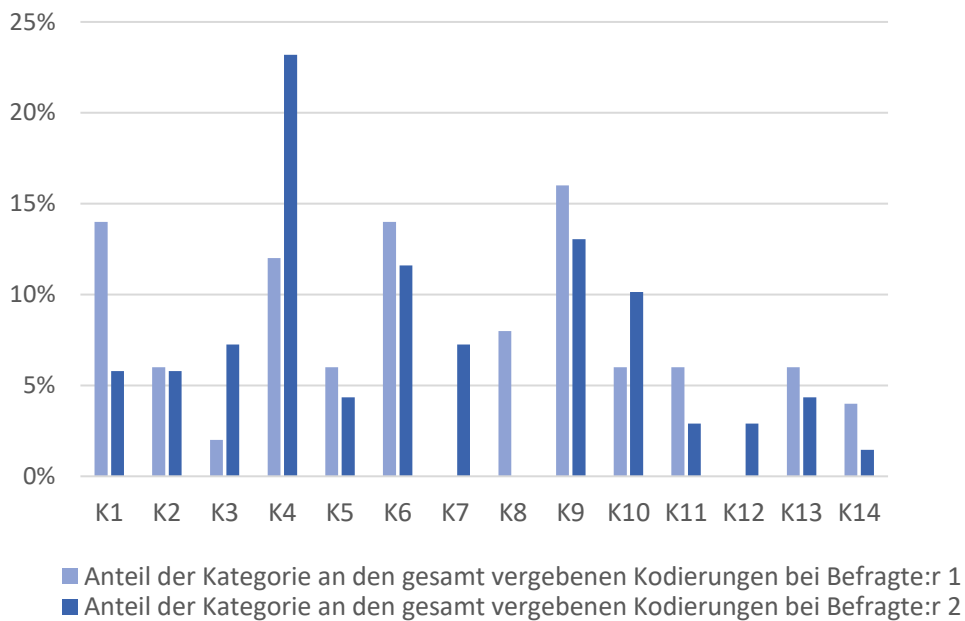


Abbildung 5: Kategorienhäufigkeit in Relation zu Gesamthäufigkeiten des Interviews in Prozent © eigene Darstellung

Bei der Betrachtung des Diagramms fällt auf, dass K4 (PL), K6 (Identifikation) und K9 (Engagement) insgesamt in beiden Interviews am häufigsten kodiert wurden. Mit K4 wurden die von Frankenberg et al. postulierten Werte der partizipatorischen Lebenswelt (2015: S. 212) kodiert. Auch die zwei anderen Kategorien K6 und K9 lassen sich im weiteren Sinne mit der PL verbinden, weshalb an dieser Stelle weiter auf sie eingegangen wird.

K4 (PL) wird hier definiert als „beteiligungsorientierte Demokratieverständnisse und emanzipatorische Herangehensweisen an Politik“ (Frankenberg et al. 2015: S. 202) und wurde kodiert, wenn die dazugehörigen oder sinngleiche Werte (implizit) als positiv oder notwendig hervorgehoben bzw. bewertet wurden oder wenn Ablehnung zu gegenteiligen Werten geäußert wurde. Ein Ankerbeispiel ist: „Deswegen ist so ein Miteinander dann irgendwie ganz schön gewesen und eigentlich so ein schöner, fruchtbarer Austausch“ (I2, 35).

Dieses Beispiel wurde wegen des Wertes Gemeinschaftsgefühl kodiert. In diesem Fall empfindet die befragte Person konstruktiven Austausch und den Umgang mit anderen Menschen als etwas grundsätzlich positives, sie verortet derartiges Verhalten in ihrem Wertesystem als etwas Gutes und Wünschenswertes. Dass diese Kategorie bei beiden Befragten häufig auftaucht, zeigt, dass sich die Beteiligten beide nach dem Konzept der politischen Lebenswelten als partizipatorisch klassifizieren lassen und bestätigt, dass der Wertekomplex einer Person ein Indiz für dessen

Beteiligung ist. Während K4 auf die partizipatorischen Werte der Befragten zugeschnitten ist, zeigen die anderen beiden Kategorien, inwiefern Partizipation zu ihrer „alltäglichen Lebenswelt“ gehört (Frankenberger et al. 2015: S. 154).

K6 (Identifikation) umschreibt, inwiefern sich die Beteiligten in der Veranstaltung bzw. zwischen den anderen Beteiligten wiedergefunden haben. Eine positive Identifikation bzw. Wahrnehmung der Protestumgebung ist ein Indiz dafür, dass sich die Befragten insgesamt in einer partizipativen Umgebung wohlfühlen bzw. häufig dort aufhalten. K6 zeigt, wie positiv die Befragten die Veranstaltung wahrgenommen haben und lässt darauf schließen, wie stark ihre Teilnahme mit ihrer eigenen politischen Lebenswelt zusammenpasst. Befragte:r 2 drückt diese positive Wahrnehmung über eine aktive Person aus der Hörsaalbesetzung aus und dass diese Person in seinen:ihren Augen Fähigkeiten hat, die bewundernswert bzw. erstrebenswert sind:

Oder es gab einen, in dem ich sehr beeindruckt war, auch der wahnsinnig gut Reden gegeben hat und so die Leute wirklich mitreißen konnte. Und irgendwie dachte ich ‚Boah, krass, das ist voll der Skill‘. (I2, 33)

Als Engagement (K9) wurden sowohl politisches als auch soziales Engagement (vgl. Wagner 2012: S. 19) und geäußertes Interesse an zukünftigem Engagement kodiert. Die häufige Nennung in beiden Interviews zeigt, dass beide Befragte sich bereits vor der Besetzung engagiert haben bzw. darüber hinaus Interesse an Engagement zeigen, wie die beiden folgenden Interviewausschnitte veranschaulichen:

Ich war auch vor einigen Jahren mal hier in Göttingen, dieser Greenpeace Gruppe ein bisschen ein paarmal bei den Treffen dabei. (I2, 17)

Ich habe auch Lust bei dem Schiff [hier ist die Rede von Seenotrettung im Mittelmeer, Anm. L.N.] noch mal bei einer größeren Mission dabei zu sein. Also genau, ich glaube, es gibt schon irgendwie viele Dinge, wo ich gerne weiterhin was tun möchte. (I2, 37)

Wenn auch keine häufige Kategorie wird auch an K14 (Abwesenheit von negativer Resonanz) die Bedeutung des Konzepts Lebenswelt für Partizipation sichtbar. Diese aus dem Material gebildete Kategorie verstärkt das Bild einer konstanten PL, in der auch gegenteilige Partizipation ablehnende Eindrücke ausbleiben, wie der folgende Satz aus dem ersten Interview zeigt: „Aber zum Beispiel in Göttingen habe ich noch keine negativen Erfahrungen mit politischen Protest-Aktionen gemacht“ (I1,22). Weiter gibt die zweite induktiv gebildete Kategorie K13 (empfundene Ineffizienz vorangegangener Maßnahmen) Hinweise darauf, wie die Einschätzung politischer Maßnahmen ein Motivator für Aktivismus sein kann.

Bei Betrachten der Unterschiede in beiden Interviews lassen sich für Befragte:r 1 eine größere Bedeutung von sozialen Netzwerken (K1) sowie politischen Schlüsselereignissen (K8) feststellen. Bei Befragte:r 2 sind im Vergleich politisches Selbstvertrauen (K7), Ressourcen (K3, vgl. *Resources* bei Verba et al. 1995: S. 270–272)

und mit deutlichem Abstand partizipatorische Werte (K4) wichtigere Faktoren für Beteiligung. Hierzu soll weiter auf Befragte:r 2 und dessen partizipatorische Lebenswelt im Rahmen des Engagements eingegangen werden, da sie bei dieser befragten Person besonders häufig kodiert wurde und im Vergleich aller Kategorien am prägendsten ist (siehe Abb.5).

Inwiefern partizipatorische Werte handlungsleitend für Befragte:r 2 sind, wird am folgenden Textbeispiel deutlich:

(Er) [ein Freund, der die Besetzung mitinitiiert und durch den Befragte:r 2 von der Besetzung erfahren hat; Anm. L.N.] hat mich zumindest überzeugt, dass es nicht darum ging, quasi so pseudomäßig irgendwelche Leute zu verhindern, sondern quasi ja, das (wie) eine konstruktive, schöne Sache für MICH geklungen hat. (I2, 7)

Thematisch geht es an dieser Stelle um die Abwägung von Befragte:r 2, bei der Besetzung teilzunehmen und die Relevanz für Befragte:r 2, keine Studierenden im Uniablauf einzuschränken. Die Häufigkeit von Ressourcen und dieses Beispiel zeigen einen klaren Abwägungsprozess hinter Befragte:r 2s Beteiligung. Diese Abwägung wird häufig an partizipatorischen Werten festgemacht, wie im Selbstanspruch fair zu handeln. Für Befragte:r 2 sind zwar ebenfalls soziale Zugänge wichtig für Informationen. In der Erzählung werden in diesem Kontext jedoch zusätzlich partizipatorische Selbstansprüche gestellt, gut abgewogene Entscheidungen zu treffen und „richtig“ zu handeln. Dies wird versucht, durch Diskussionen mit anderen und dessen Priorisierung vor Gruppenzugehörigkeit oder Konformität zu erlangen, wie der folgende Interviewauszug veranschaulicht:

Aber [ich] habe mich irgendwie immer so ein bisschen rausgehalten von weil ich irgendwie nicht einfach/ mich sehr unwohl dabei fühle, mich einer Gruppe unterzuordnen oder zugehörig zu fühlen und dadurch quasi teilweise Gedankengut von dieser Gruppe einfach nur qua Beteiligung an der Gruppe irgendwie übernehmen möchte. (I2, 41)

Die Antworten von Befragte:r 2 zeigen insgesamt ein stark ausgeprägtes Handeln nach partizipatorischen Werten und dem Ziel, das Richtige zu tun. Diese überwiegen sichtbar im Vergleich zu Gruppendynamiken und Anpassungsprozessen. Befragte:r 2 ist im Vergleich zu Befragte:r 1 weniger von sozialen Netzwerken motiviert und stärker, wenn auch nicht vollständig losgelöst vom Handeln anderer.

## Fazit und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, die Zusammensetzung der Ursachen von Partizipation von zwei Teilnehmenden an einer Hörsaalbesetzung zu ergründen. Als analyseleitendes Konzept wurden die politischen Lebenswelten nach Frankenberger et al. (2015) sowie weitere gängige Betrachtungsweisen von Teilhabe wie das Civic-Voluntarism-Model von Verba et al. (1995) herangezogen. Dazu wurden mittels der qualitativen



Inhaltsanalyse die Transkripte aus leitfadengestützten Interviews mit zwei Teilnehmer:innen der Hörsaalbesetzung in Göttingen untersucht.

Im Vergleich beider Befragter konnten ähnliche Gewichtungen der Analyseeinheiten festgestellt werden, wobei insbesondere die Werte der partizipatorischen Lebenswelt, generelles Engagement der Beteiligten auch außerhalb der Besetzung sowie eine hohe Identifikation mit dem Besetzungsumfeld als wichtige beide Fälle erklärende Faktoren ausgemacht wurden.

Während die berücksichtigten Konzepte bereits als aussagekräftig bekannt waren, konnte in dieser Untersuchung gezeigt werden, dass insbesondere beteiligungsorientierte Werte, wie sie von Frankenberger et al. postuliert wurden, eine große Rolle in der Erklärung der Partizipation von Seiten der Befragten spielen und gemeinsam mit weiteren Faktoren ein individuelles Bild ihrer Beteiligung zeichnen. Dabei unterscheiden sich die individuellen Zusammensetzungen durch eine unterschiedlich starke Gewichtung zum Beispiel des sozialen Umfelds oder des politischen Selbstvertrauens.

Diese Arbeit ermöglicht es, für zwei Teilnehmer:innen einer Hörsaalbesetzung durch End Fossil Occupy Aussagen über die Ursachen für ihre Teilnahme und die Einordnung in bisherige Partizipationskonzepte zu treffen. Eine Differenzierung zwischen dem Ausmaß ihrer Teilnahme, ob rein teilnehmend oder aktiv mitgestaltend und wie dieses zu erklären ist, obliegt weiterer Forschung. Der zeitliche Rahmen bestimmte zudem die Beschränkung auf zwei Teilnehmer:innen, wobei in einem längeren Forschungszeitraum auch zusätzliche Interviewpartner:innen interessant gewesen wären, die sich nach einer Abwägung gegen eine Teilnahme entschieden haben. Schließlich würden narrative Interviews die komplexen Lebenswelten der Befragten umfangreicher abbilden.

In dieser Analyse wurden die häufigsten Kategorien näher betrachtet, die sich besonders auf den bereits existierenden Konzeptrahmen von Frankenberger et al. stützen. Insbesondere für weitere Forschung an radikaleren Protestformen ist jedoch die Entwicklung zweier induktiver Kategorien (K13: empfundene Ineffizienz vorangegangener Maßnahmen und K14: Abwesenheit negativer Resonanz) interessant. Diese können zum Anlass genommen werden, sie in ähnlichen Studien als Erklärung für Partizipation an derartigen Protestaktionen zu untersuchen.

## Bibliographie

- Bätge, F.; Effing, K.; Möltgen-Sicking, K.; Winter, T. (2021). Politische Partizipation (Einführung, Begriffsklärung, Einordnung). In: F. Bätge/K. Effing/K. Möltgen-Sicking/T. Winter (Hg.). *Politische Partizipation*. Wiesbaden, Springer VS, S. 3–27.
- Deth, J. W. van (2009). Politische Partizipation. In: V. Kaina/A. Römmele (Hg.), *Politische Soziologie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- End Fossil: Occupy! Deutschland. (2023, 27. Februar). Startseite - End Fossil: Occupy! Deutschland. <https://endfossil.de/>. Zugegriffen: 2. März 2023.
- End Fossil: Occupy! Göttingen (2022, 4. Dezember). End Fossil Ortsgruppe Göttingen (Studis). *End Fossil: Occupy!* <https://goettingen.endfossil.de/studis/>. Zugegriffen: 2. März 2023.
- End Fossil: Occupy! Göttingen. (2023, 25. Februar). End Fossil Ortsgruppe Göttingen. <https://goettingen.endfossil.de/>. Zugegriffen: 1. März 2023.
- Frankenberger, R.; Buhr, D. (2020). “For me democracy is ...” meanings of democracy from a phenomenological perspective. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 14 (4), S. 375–399.
- Frankenberger, R.; Buhr, D.; Schmid, J. (2015). Politische Lebenswelten. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.). *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014*. Springer VS, Wiesbaden, S. 151–221. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09420-1\\_5](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09420-1_5).
- Ivanović, V.; Puđak, J.; Trako Poljak, T. (2022). What kind of mo(ve)ment is Fridays for Future? Motivation, success perception and climate action framing in Fridays for Future Croatia. *Interdisciplinary Description of Complex Systems: INDECS* 20 (4), S. 304–318.
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: N. Baur & J. Blasius (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer VS, S. 633–648. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21308-4\\_42](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21308-4_42).
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2021). Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch (Lehr- und Handbücher der Soziologie, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage). Berlin, De Gruyter Oldenbourg.
- Tagesschau (2022, 15. Februar). Kritik an Blockaden durch Aktivisten der "Letzten Generation". *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/inland/blockade-autobahnen-reaktionen-101.html>. Zugegriffen: 14. Juni 2023.

- Tagesschau (2022, 20. November). Reaktionen auf UN-Klimagipfel: "Es geht einfach zu langsam vorwärts". *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/cop27-klimakonferenz-ende-103.html>. Zugegriffen: 8. Februar 2023.
- Verba, S.; Schlozman, K. L.; Brady, H. E. (1995). *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass., Harvard Univ. Press.
- Wagner, T. (2012). "Und jetzt alle mitmachen!": ein demokratie- und machtheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 32 (123), S. 15–38. [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/40894/1/ssoar-widersprueche-2012-123-wagner-Und\\_jetzt\\_alle\\_mitmachen\\_.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/40894/1/ssoar-widersprueche-2012-123-wagner-Und_jetzt_alle_mitmachen_.pdf).
- Wahlström, M.; Sommer, M.; Kocyba, P.; Vydt, M. de; Moor, J. de; Davies, S.; Wouters, R.; Wennerhag, M.; van Stekelenburg, J.; Uba, K.; Saunders, C.; Rucht, D.; Mickecz, D.; Zamponi, L.; Lorenzini, J.; Kołczyńska, M.; Haunss, S.; Giugni, M.; Gaidyte, T.; Doherty, B.; Buzogany, A. (2019). *Research*, Keele University: Keele University; *Protest for a Future*.
- Westle, B.; Anstötz, P. (2020). Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung? In: M. Tausenpfund/B. Westle (Hg.). *Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018*. Wiesbaden, Springer VS, S. 245–290. [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-30492-8\\_8](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-30492-8_8).
- ZDF (2023, 6. März). Haftstrafe für "Letzte Generation"-Aktivisten. *Politik*. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/letzte-generation-haft-straft-heilbronn-100.html>. Zugegriffen: 26. Juli 2023.

## **Autor:innenverzeichnis**

### **Freuwört, Anke**

Anke Freuwört ist Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August Universität Göttingen. Als Sozialwissenschaftlerin lehrte sie im Wintersemester 2022/23 das sozialwissenschaftliche Lehrforschungsprojekt „Politische Teilhabe erforschen“, in dessen Rahmen dieser Sammelband entstanden ist. Im Rahmen ihrer interdisziplinären Dissertation befasst sie sich mit der politischen Teilhabe von Nicht-Staatsbürger:innen und untersucht formelle wie auch informelle Wege der politischen Partizipation. Sie erreichen sie unter: [anke.freuwuert@uni-goettingen.de](mailto:anke.freuwuert@uni-goettingen.de)

### **Kulla, Marlene**

Marlene Cäcilie Kulla studiert Sozialwissenschaften mit einer Spezialisierung auf Arbeits- und Industriesoziologie. Kontakt: [km.red6@gmail.com](mailto:km.red6@gmail.com)

### **Lindberg, Melina**

Melina Lindberg ist Studentin der Sozialwissenschaften an der Georg-August Universität in Göttingen. Die Schwerpunkte ihres Studiums machen die Fachbereiche der Soziologie und der Politik aus. Die Studentin verbrachte von 2022 bis 2023, zwei Semester an der Sciences Po in Toulouse, wo sie ihren Horizont in Bezug auf Politik und Kultur weiterentwickeln durfte. Neben den universitären Verpflichtungen, entwickelte sie eine Leidenschaft für die französische Sprache, das Land und die Kultur. Über ihr wissenschaftliches Interesse für politische und soziologische Themen hinaus, engagiert sich die Autorin seit einigen Jahre im Migrationszentrum Göttingen, im Mentoring Team der Universität Göttingen und ist gewerkschaftlich aktiv. E-Mail: [m.lindberg@stud.uni-goettingen.de](mailto:m.lindberg@stud.uni-goettingen.de)

### **Niemöller, Lara**

Lara Niemöller ist Studierende des BA Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Dort studiert sie die Fachbereiche Politikwissenschaften, Soziologie und Erziehungswissenschaften. Dabei interessiert sie sich besonders für Fragen der politischen Kommunikation sowie der Demokratiebildung und -förderung.

Im Rahmen des Lehrforschungsprojekts zu politischer Teilhabe war für sie daher spannend, sich mit der Realisierung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten auseinanderzusetzen. Bei Fragen kann Lara Niemoeller unter der folgenden E-Mail-Adresse erreicht werden: [lara.niemoeller@stud.uni-goettingen.de](mailto:lara.niemoeller@stud.uni-goettingen.de)

### Oppenheimer, Mona

Mona Oppenheimer studiert im achten Fachsemester Sozialwissenschaften an der Georg-August Universität in Göttingen. In ihrem Studium beschäftigt sie sich vor allem mit Fragen der Soziologie, Politik- sowie Erziehungswissenschaften. Das Thema der politischen Partizipation von Jugendlichen begleitet sie seit ihrer eigenen Jugend durch die Teilnahme an mehreren *Model United Nations* Veranstaltungen.

Bei Fragen kann Mona Oppenheimer per E-Mail erreicht werden unter: [mona.oppenheimer@stud.uni-goettingen.de](mailto:mona.oppenheimer@stud.uni-goettingen.de)

### Tertelmann, Frieda

Frieda Tertelmann studiert Sozialwissenschaften im sechsten Fachsemester an der Georg-August-Universität Göttingen. Ihre Fächer sind Politikwissenschaften, Geschlechterforschung und Soziologie. Dabei legt sie besondere Schwerpunkte auf postkoloniale und Geschlechterperspektiven, sowie die Politische Soziologie. Auf Grund dessen interessierte und erforschte sie im Rahmen des Seminars „Politische Teilhabe“ die postkoloniale Aufarbeitung und ihre Interessenkonflikte in Göttingen.

Bei Fragen kann Frieda Tertelmann per E-Mail erreicht werden unter: [frieda.tertelmann@stud.uni-goettingen.de](mailto:frieda.tertelmann@stud.uni-goettingen.de)

### Willnow, Jakob

Jakob Michael Willnow ist Bachelorstudent an der Georg-August Universität Göttingen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung studierte der 22-jährige Sozialwissenschaften im 6. Semester mit den zwei Hauptfächern Soziologie und Politikwissenschaften und einer Spezialisierung auf Volkswissenschaften. Erreichbar ist er unter der E-Mailadresse: [jakob.willnow@stud.uni-goettingen.de](mailto:jakob.willnow@stud.uni-goettingen.de)